

Politische Berichte



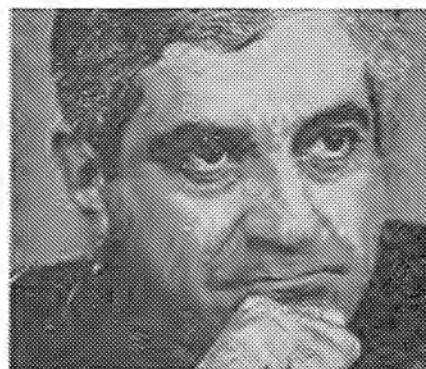
12. Juni 1987
Jg. 8 Nr. 12

G 7756 D

Preis:
2,50



Die Grünen: Grüne Spitzenpolitiker wollen soziale Orientierung bei den Grünen beseitigen Seite 10



Portugal: Urteil gegen Otelo de Carvalho: 15 Jahre für den Anführer der Nelkenrevolution Seite 15



Gesundheitspolitik: Die Gesundheit der Arbeiterbevölkerung verschlechtert sich weiter. Blüm für Arme-Leute-Krankenkasse Seite 34

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben von der Bundesdelegiertenkonferenz des BWK, 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/216442
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Telefon 0221/211658.

Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

Weltwirtschaftsgipfel: In Venedig ging es um Rüstung und Aggression 4

Chemiekonzerne: Rekordgewinne füllen die Kriegskasse 7

BRD-Kurdistan: Sozialdemokratische Kräfte fordern Verbot der PKK 7

Studenten Niedersachsen: Alle gegen Studiengebühren, nicht unbedingt gegen Elitebildung 8
Zur sozialen Lage der Studenten . 9

Die Grünen: Grüne Spitzenpolitiker gegen soziale Orientierung . . . 10
Aus der Diskussion der Grünen . . 11

Auslandsberichterstattung

Iran: Trotz schwerer Bedingungen Streiks und Kämpfe der Arbeiter . 12
Deutsche Expansion im Iran . . . 13

Philippinen: Der CIA-finanzierte Terror der „Jesus-Krieger“ 13

Italien: Kirche mischt sich in den Wahlkampf ein 14

Nikaragua: Autonomiestatut für Indianer der Atlantikregion 14

Kanada: Québec stimmt Verfassungsabkommen zu 15

Portugal: Urteil gegen Carvalho. 15
Jahre für den Anführer der Nelkenrevolution 15

Internationale Meldungen 16

Aus Verbänden und Parteien

Veröffentlichungen:

Süßmuth: „Frauen in Männerberufe“ 18
Schuldenkrise der Dritten Welt . . 18
Süßmuth legt Leimruten aus . . . 18
Studie über die Deutsche Bank . . 18

Evangelischer Kirchentag: „Markt der Möglichkeiten“ – mit politischer Erpressung gegen Apartheid 19
„Kirchentag gegen Apartheid“ . . . 20

Reportagen und Berichte regional

Regionale Nachrichten 21

Faschistische Pamphlete: BAG macht aus kollektivem Recht ein individuelles Recht für KDVler . . 22

Nachrüsten, abschrecken: Die BRD will die Bombe

Die folgende Entschliebung dokumentiert die Position der Bundesregierung zur Abrüstung bei den nuklearen Mittelstreckenraketen. Die Entschliebung ist am 4. Juni im Bundestag von den Regierungsparteien unter großem Wohlwollen der SPD verabschiedet worden. Sie ist voller Vorbehalte gegen den Abbau nuklearer Mittelstreckenraketen und verlangt die Beibehaltung der Pershing Ia. Die westdeutsche

Reaktion will auf jeden Fall eigene Atomwaffenträger, notfalls, sollte auch die Pershing Ia nicht zu halten sein, soll der Tornado zum Atomwaffenträger umgerüstet werden. Vor Verabschiedung der Resolution hatte Kohl noch einmal betont, wie wichtig der BRD atomare Waffen sind: „Lassen Sie mich mit aller Klarheit feststellen: Bestrebungen, die die völlige Abschaffung von Nuklearwaffen in Europa zum Gegenstand haben, können ... von uns nicht geteilt werden.“ – (rül)

Entschiebungsantrag von CDU/CSU und FDP

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

Oberstes Ziel unserer Politik ist es, den Frieden zu sichern und jeden Krieg – konventionell wie nuklear – zu verhindern. Aus diesen Erwägungen hat unser Bündnis seine bewährte Strategie der flexiblen Reaktion entwickelt. Sie ist eine Strategie der Kriegsverhinderung. Sie hat Kriege bisher verhindert und wird dies auch in Zukunft tun. Für sie gibt es in absehbarer Zeit keine Alternative. Für ihre Wirksamkeit und Glaubwürdigkeit bedarf es ausgewogener nuklearer und konventioneller Streitkräfte. Deshalb kann unser Bündnis auf absehbare Zeit auf Nuklearwaffen nicht völlig verzichten. Ebenso unverzichtbar für unsere Strategie der Kriegsverhinderung bleibt die Präsenz der verbündeten Truppen, insbesondere der amerikanischen Streitkräfte in Europa.

Der Deutsche Bundestag befürwortet in der Konsequenz und Kontinuität der Friedenspolitik der Bundesregierung die Herstellung stabiler, ausgewogener und damit für alle Staaten sicherer Kräfteverhältnisse in Europa durch weitgehende Abrüstung in allen Bereichen.

Der Deutsche Bundestag erstrebt Rüstungskontrollvereinbarungen, die erhöhte Sicherheit für alle Beteiligten auf einem möglichst niedrigen, gleichgewichtigen Streitkräfteniveau gewährleisten. Dies setzt voraus, daß die berechtigten Sicherheitsinteressen aller – der großen wie der mittleren und der kleineren Staaten – berücksichtigt werden. Grundlage unseres Bündnisses ist: Die Sicherheit des einen ist die Sicherheit des anderen. Es darf keine geringere Sicherheit geben, weder im Verhältnis der amerikanischen und europäischen Bündnispartner noch im Verhältnis der europäischen Bündnispartner untereinander . . .

Der Deutsche Bundestag unterstützt die zügige Beseitigung aller weiterreichenden landgestützten Mittelstreckenflugkörper im Reichweitenbereich zwischen 1000 und 5500 km (LRINF-Systeme) am besten weltweit zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Damit würde erstmalig ein weitreichender Schritt zur Abrüstung möglich. Dieser Erfolg wäre vor allem das Ergebnis der festen und geschlossenen Haltung der Bundesregierung wie des gesamten Bündnisses bei der Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses . . .

Der Deutsche Bundestag spricht sich dafür aus, daß die noch in Europa vorhandenen amerikanischen und sowjetischen bodengestützten nuklearen Systeme in einem Reichweitenbereich zwischen 0 und 1000 km in Verhandlungen Schritt für Schritt im Zusammenhang mit der Herstellung eines konventionellen Gleichgewichts und einer weltweiten Beseitigung chemischer Waffen deutlich und überprüfbar reduziert werden.

Ein erster Schritt wäre eine global geltende Vereinbarung der Vereinigten Staaten von Amerika und der Sowjetunion, daß sie in Zukunft keine Mittelstreckenflugkörper kürzerer Reichweite (500 bis 1000 km) haben werden. In diesem Sinne tritt der Deutsche Bundestag dafür ein, daß die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen in Genf so schnell wie möglich zum Erfolg gebracht werden.

Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß wie bisher die 72 Flugkörper von Typ Pershing Ia der Bundeswehr nicht Gegenstand der laufenden Verhandlungen sind und auch nicht werden können. Er befindet sich dabei – wie die Bundesregierung – in Übereinstimmung mit den Vereinigten Staaten von Amerika und mit den anderen Verbündeten.

Der Deutsche Bundestag hält als nächste Schritte auf dem Wege zu einer umfassenden Abrüstung für erforderlich und möglich:

- 50% Reduzierung der strategischen Kernwaffenarsenale der Sowjetunion und der USA;
- die weltweite Beseitigung der chemischen Waffen;
- die Verringerung der konventionellen Land- und Luftstreitkräfte in Europa vom Atlantik bis zum Ural auf ein ausgewogenes niedriges Niveau; dies setzt die Beseitigung der Überlegenheit des Warschauer Paktes bei den konventionellen Kräften voraus;
- die weitere substantielle Verringerung des in Europa noch vorhandenen nuklearen Potentials der USA und der Sowjetunion.

„Welt“ läßt deutsches Wesen fliegen

Sie suchen Sinn in den Ereignissen des Tages? Suchen Sie ihn in der „Welt“:

„... die jetzige Landung des Mathias Rust auf dem Roten Platz von Moskau kann geradezu interpretiert werden als der Tat gewordene Sehnsuchtsschrei einer allzugründlich unterdrückten Natur.“

Wieso Natur? Ist Rust ein Vogel? Eigentlich geht es ja um die Seele:

„Es war ein Fehler, daß Hegel & Co. bisher noch nie mit ‚Ziethen aus dem Busch‘ in Beziehung gesetzt wurden. Man hätte möglicherweise interessante, volkspädagogisch oder vielleicht sogar politisch verwertbare Aufschlüsse über die deutsche Volksseele erhalten.“

Wieso das denn? Nun weil:

„... die deutsche Philosophie voller husarenmäßiger Ritte über den Bodensee steckt.“

In der Ballade vom Ritt über den Bodensee erfährt ein Reisender, daß er, in der Nacht verirrt, den gefrorenen See überquerte; er erschrickt tödlich. Weder Husaren noch Matrosen spielen dabei eine Rolle. Nur Pferde und Wasser. Genug für einen Husaren.

„Die Taktik des Husaren ist die typische Taktik des quantitativ Unterlegenen. Wohl deshalb wurde sie gerade in Deutschland populär, das bei militärischen Auseinandersetzungen weder über genügend Menschenmassen verfügt, um eine ‚Dampfwalze‘ in Bewegung setzen zu können, noch materiell und räumlich aus dem vollen schöpfen kann wie die Amerikaner.“

G. Zehm schreibt nicht ‚verfügte‘, sondern ‚verfügt‘, das zieht den Krieg in die Gegenwart. In einer Liste der Husarenstücke ergeben sich die Befreiung Mussolinis und das Mogadischu-Unternehmen aus dem gleichen „alten, aber noch lebendigem Geist“. Das ist –

nichtsahnend, wie es diesem Autor meist beschieden sein wird – wahr gesprochen. Wer Manns&dumm genug ist, zum Gedankenkitzel von Welt-Männern umzukommen, kann es ja bei obiger Adresse versuchen. – (maf)

EKD erörtert neue Ostdenkschrift

Altbischof Scharf, bis 1972 evangelischer Bischof von Berlin und Brandenburg und Vorsitzender des Rates der EKD, obgleich sich seine Verfügungsgewalt seit 1961 nur über die evangelische Kirche in Westberlin und der BRD erstreckte, und der westdeutsche Theologieprofessor Wolfgang Huber haben gemeinsam die Herausgabe einer weiteren Denkschrift der EKD zur Ostpolitik angeregt. Die EKD hatte mit ihrer Denkschrift 1965 in die Debatte um die Ostpolitik eingegriffen und dabei zwar die Versöhnung mit Polen gefordert, aber immer daran festgehalten, daß die Wiedervereinigung mit der DDR eines ihrer bleibenden Ziele ist. In den Thesen für eine neue Denkschrift schreiben die Verfasser: Haupthindernis für Frieden und Verständigung mit der Sowjetunion sei heute der Antikommunismus in Kirche und Gesellschaft, seine Überwindung bilde die Voraussetzung für das gemeinsame Überleben. Die gesellschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik sei untergründig und nachhaltig davon mitbestimmt worden, daß in ihr die Schuld gegenüber den Völkern der Sowjetunion verdrängt worden sei. Die EKD will Einfluß nehmen auf eine Entwicklung der Ostpolitik, die den Kirchen eine Ausweitung ihrer reaktionären Tätigkeit in den osteuropäischen Staaten erlaubt. Mit Sicherheit zielt die Debatte in der EKD auch darauf, die gesellschaftliche und politische Isolierung der evangelischen Kirche in der DDR durch ideologische Schützenhilfe zu lockern. – (uld)

Arbeitslosigkeit: Versicherungsleistungen bieten kaum noch Schutz . 22

Sozialer Wohnungsbau: Wohneigentum billiger als Sozialmiete? . 23

„Hindenburg Treffen“: Patentschaft bekräftigt 23

Chemische Industrie: Nach tödlichem Arbeitsunfall zäher Kampf um betriebliches Rettungswesen . 24

Niedersachsen: Kritik gegen „Sparpolitik“ hat viele offene Flanken . 25

Westberlin: BMW-Führung für Gefolgschaftsdenken 25

Republikaner: Kandidatur zum Nürnberger Oberbürgermeister . 26

„Sammlungsbewegung“: Wo wird gesammelt? 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Coburger Convent: Demonstration gegen revanchistische Landsmannschaften und Turnerschaften 29

Aus Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

Film: Romantik im Leben einer Sekretärin 30

„Der große Diktator“: Satire auf „den Anstreicher, der mein Bärtchen stahl“ 30

ZDF: Heimat – glückliche Armut unter kirchlicher Obhut 30

Die schwarze Witwe: Am Ende siegt das Eigentum 31

Inenpolitik: Ein krimineller Bericht aus CSU-Kreisen 31

„Daimler-Benz-Buch“: Nützliche Beiträge gegen die Konzernpolitik im Faschismus 32

Spezialberichte

Gesundheitspolitik: Gesundheit der Arbeiterbevölkerung verschlechtert sich weiter. Blüm für Arme-Leute-Krankenkasse 34

BDA gegen Lohnfortzahlung . . . 34

Sachverständigenrat greift auf faschistische Gesundheitspolitik zurück 36

Steigende Arzneimittelpreise. An der „Tablettensucht“ liegt es nicht. Einkommenshöhe und Gesundheit 38

Titelbild: Karikatur, vog, Köln



„Deutsches Turnfest“: Zur 750-Jahr-Feier führte der Deutsche Sportbund die Veranstaltung in Westberlin durch, mit 120000 Teilnehmern das seit Jahren größte Turnfest. Von Weizsäcker, Kohl und Diepgen verpflichteten die Teilnehmer auf das Streben nach „deutscher Einheit“ – weil auch der Begründer der Turnerbewegung, Friedrich Ludwig Jahn, zu Beginn des 19. Jahrhunderts dafür gestritten hat. – (uld)

Weltwirtschaftsgipfel

Von „Entspannung“ keine Spur – in Venedig ging es um Rüstung und weitere imperialistische Aggressionen

Stärker als vielleicht jedes Treffen zuvor diente der diesjährige Weltwirtschaftsgipfel in Venedig der Vorbereitung gemeinsamer imperialistischer Aggressionen: der Aggression gegen die Staaten der Dritten Welt, speziell gegen die OPEC und hier speziell gegen den Iran, der Verstärkung des militärischen, politischen und wirtschaftlichen Drucks gegen die Staaten des RGW und von weiteren Angriffen auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen in den imperialistischen Ländern. Vier Schwerpunkte der Konferenz waren bei Redaktionsschluß dieses Artikels, d.h. vor Veröffentlichung der amtlichen Ergebnisse der Konferenz, erkennbar.

Imperialistische Militärintervention am Golf

Eines der Hauptthemen der Konferenz war die Vorbereitung einer imperialistischen Intervention am Golf. US-Regierungsbeamte sprechen bereits offen von einem „Präventivschlag“ gegen iranische Raketenstellungen an der Straße von Hormuz. Die Behauptung, man wolle damit den Öllexport durch den Golf „sichern“, ist eine dreiste Lüge. Wessen Ölexporte? Der Irak exportiert sein Öl über eine Pipeline zur türkischen Mittelmeerküste. Saudi-Arabiens Hauptexporthafen Yanbu liegt am Roten Meer. Außer dem Iran benutzen nur noch Kuwait und die Emirate diesen Wasserweg für ihre Exporte.

Tatsächlich geht es den Imperialisten gleich um mehrere Ziele. Sie wollen den Iran schwächen und womög-

lich wieder ihrem Einfluß unterwerfen. Gleichzeitig wollen sie ihre Seeherrschaft über den Golf sichern, um jede antiimperialistische Revolution in einem der umliegenden Staaten sofort militärisch angreifen zu können. Sie wollen Militärstützpunkte am Golf aus denselben Gründen. Das strategische Ziel ist, die Ölquellen am Golf wieder in das Eigentum der imperialistischen Ölkonzerne überführen zu können.

Die westeuropäischen Imperialisten sind an diesen Aggressionsvorbereitungen vielfältig beteiligt. Die Bundesregierung hat sofort nach Bekanntwerden der amerikanischen Absichten ihre Bereitschaft erklärt, „stellvertretend“ für abgezogene US-Einheiten Sicherungsaufgaben in der Nordsee und im Atlantik wahrzunehmen. Über den „Host-Nation-Support“-Vertrag, der eigens für die Vorbereitung solcher Aggressionen abgeschlossen wurde, ist die BRD an jeder größeren Militärangriff der USA in Nahost beteiligt. Zusätzlich zu Frankreich und Großbritannien, die bereits mit Kriegsschiffen im Golf vertreten sind, hat nun auch die niederländische Regierung ihre Bereitschaft erklärt, Kriegsschiffe in den Golf zu schicken (Newsweek, 8.6.87, S. 15).

Wie ernst die imperialistischen Drohungen gegen den Iran sind, hatte sich schon am 11. Mai angedeutet. Da trafen sich die Wirtschafts- und Energieminister der „Internationalen Energieagentur“ (IEA) in Paris zu ihrer Jahrestagung. Das Bundeswirtschaftsministerium berichtete über die Ergebnisse:

„Die Mitgliedsländer, die ihre Reservehaltungspflicht (für Ölvorräte, d. Red.) von 90 Tagen nicht erfüllen, wie z.B. Portugal, Irland, Luxemburg und die Türkei, werden dazu aufgefordert. Die Nettoimportländer sollen ... ihr Krisenvorsorgesystem verbessern. Hierzu gehört auch die Erhöhung der Ölvorräte. Die Nettoölexportländer sollen insbesondere die technischen Förderkapazitäten für den Krisenfall erhöhen.“ (Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, 15.5.87) Dieser „Krisenfall“ rückt nun näher. Der Persische Golf und die umliegenden Länder sollen wieder imperialistischer Militäraufsicht unterstellt werden.

Fortsetzung der Rüstung gegen RGW und Dritte Welt

Ein zweiter Schwerpunkt der Verhandlungen in Venedig gilt der Steigerung der Rüstung in den imperialistischen Staaten. Die von den US-Imperialisten geforderten „Konjunkturmaßnahmen“ in Japan und der EG bestehen ja wesentlich aus zwei Teilen: Einer Fortsetzung und Ausweitung der Steuerreformen zugunsten der Kapitalisten und Reichen, und einer Ausdehnung der Rüstungsprogramme. Die japanische Regierung hat kurz vor dem Gipfel bereits ein Konjunkturprogramm im Umfang von 70 Mrd. DM bekanntgegeben. Die Bundesregierung sperrt sich zwar noch öffentlich, gleichzeitig aber mehrten sich auch hier die Stimmen, die einer Erhöhung der konventionellen Rüstung das Wort reden.

Tatsächlich hätte eine solche Steige-

Blüm gegen Überstunden(zahlung) Macht der DGB mit?

Man wolle eine Arbeitszeitkommission bilden, teilten Blüm und Breit nach dem Spitzengespräch zwischen Bundesregierung und DGB mit. Nun vermißt man aber in der Presse eine Stellungnahme des DGB, was er in dieser Kommission zu dem angekündigten Arbeitszeitgesetz vorbringen will. Er hätte sich gut beziehen können auf die dem letzten Bundestag vorgelegenen (und durch die Neuwahl hinfällig gewordenen) Gesetzentwürfe von SPD und GRÜNEN, die beide Schranken gegen die Flexi-Politik der Kapitalisten enthielten. Man vermißt auch eine Stellungnahme gegen die vom Arbeitsministerium geäußerte Absicht, in einer Neuauflage des Regierungsentwurfs zur Arbeitszeitordnung das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen zu beseitigen und eine „europäische Harmonisierung“ bei den Maschinen-

laufzeiten zu erreichen. Stattdessen hört man vom DGB, daß er mit Blüm Überstunden abbauen wolle als Beitrag gegen die Arbeitslosigkeit. Was aber stört die Kapitalisten ein Überstundenverbot, wenn ihnen Blüm per Gesetz jeden Wochentag und jede Tagesstunde als Normalarbeitszeit *ohne* Zuschläge anbieten will? – (alk)

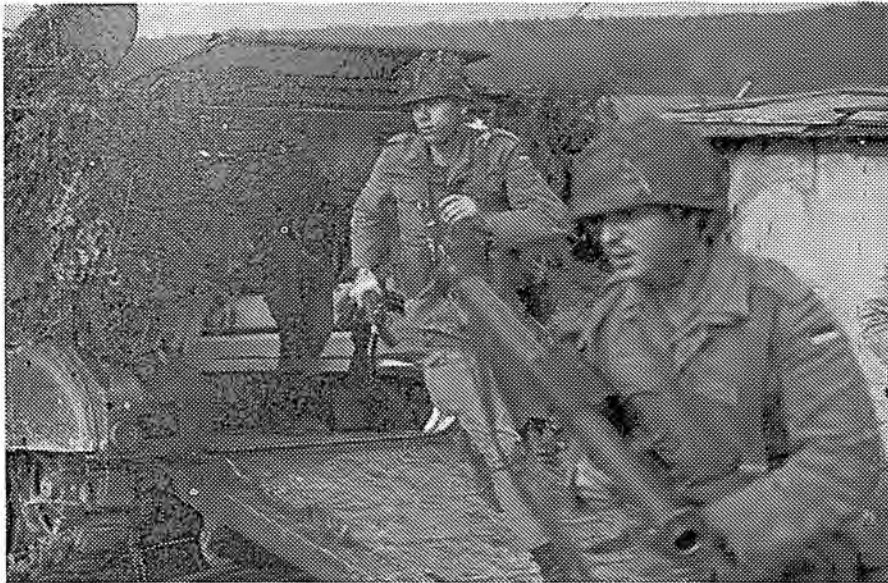
ÖTV will Prozeß gegen Gauweilers AIDS-Politik

Die Süddeutsche Zeitung vom 2. Juni meldet, daß die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr ihren Mitgliedern umfassenden Rechtsschutz gewähren will, wenn diese als Beamtenanwärter in Bayern den Aids-Zwangstest verweigern. Der bayerische ÖTV-Vorsitzende August Freund machte in Hannover am Montag entsprechende Angaben. Die ÖTV sehe in dem bayerischen AIDS-Maßnahmenkatalog einen eindeutigen Verfassungsverstoß. Der freie Zugang zum öffentli-

chen Dienst sei nicht mehr garantiert. Die Fronten in Bayern hätten sich derart verfestigt, daß nur noch die verfassungsrechtliche Überprüfung helfe. Am 5. Juni meldet die Süddeutsche, daß die Polizeigewerkschaft für den Zwangstest ist. Aus Gründen des Schutzes und der Fürsorge für andere Beamtenanwärter, insbesondere bei der kasernierten Bereitschaftspolizei, wäre es unverantwortlich, Aids-Infizierte in den Polizeidienst zu übernehmen. – (maf)

WEU: BRD festigt Einfluß

Nach „hartem Ringen“, so die „FAZ“ vom 2.6., hat die Versammlung der Westeuropäischen Union am 1.6. zu Beginn ihrer Frühjahrstagung einen neuen Präsidenten gewählt. Für ein Jahr, nach der üblichen Wiederwahl aber eher für zwei Jahre, wird damit der Luxemburger Charles Goerens Präsident der Versammlung. Ursprüng-



Bei einer Stärkung der konventionellen Rüstung wüchse das Gewicht der BRD in Westeuropa weiter.

Die Rüstung gleich mehrere Vorteile für die Imperialisten. Der militärische Druck gegen die Staaten des RGW und der Dritten Welt würde trotz evtl. Vereinbarungen über den Abbau der Mittelstreckenraketen weiter zunehmen. Den Kapitalisten in den imperialistischen Staaten würde eine Steigerung der Rüstung gerade bei einem weiteren Abflachen der Konjunktur dringend gewünschte Aufträge verschaffen. Schließlich könnten solche staatlichen Rüstungsaufträge auch gezielt eingesetzt werden, um das US-Handelsdefizit zu verringern. Die US-Monopole fordern das auch ganz offen. US-Wirtschaftsminister Baldrige beispielsweise verlangte wenige Tage vor dem Beginn des Gipfels von der japanischen Regierung beinahe ultimativ, ihre Pläne zum Bau eines eigenen

Kampfflugzeuges zu stoppen und stattdessen in den USA zu kaufen: „Unsere Kampfflugzeuge sind unübertroffen. Die Wahl des Verteidigungsgeräts liegt in Japans souveräner Verantwortung, aber es scheint eine Verschwendung knapper Ressourcen zu sein, wenn Japan in eigene Entwicklungsvorhaben investiert.“ Schließlich hätte eine Steigerung der konventionellen Rüstung zur Folge, daß auch militärisch das Gewicht der EG weiter steigt und die westeuropäischen Imperialisten sowohl gegenüber den Staaten Osteuropas wie des Mittelmeerraums bedeutend aggressiver auftreten können.

Eine solche Steigerung der Rüstungen in allen imperialistischen Staaten wäre auch für die Dritte Welt insgesamt bedrohlich. So hat der Vorstand der größten US-Bank, der „Citicorp“,

kürzlich erklärt, man wolle stärker als bisher versuchen, Schuldforderungen an Staaten der Dritten Welt in Anteilsscheine an Bodenschätzen und Fabriken in diesen Ländern umzuwandeln. Dasselbe propagiert Deutsche Bank-Sprecher und Kohl-Berater von Herrhausen schon länger. Ergänzung der Zinseintreibung durch die direkte Beschlagnahme von Bodenschätzen und Fabriken: Dieser Kurs aller Imperialisten gegenüber der Dritten Welt, über den in Venedig auch verhandelt wird, würde durch stärkere Rüstungen auch militärisch abgesichert.

Agrar: Bauernlegen wird Gipfelthema

Ein weiterer Schwerpunkt der Verhandlungen in Venedig war die Agrarpolitik. US-Finanzminister Baker hatte am 13. Mai vor der OECD-Wirtschaftsministerkonferenz erklärt: „Wir wissen, daß wir uns in einer Krise befinden und eine Reform durchführen müssen. Unsere Aufgabe besteht jetzt darin, gemeinsam auf diese Reform hinzuwirken, weil dies ein Bereich ist, in dem es die internationale Zusammenarbeit für jeden von uns leichter macht, die sehr harten innenpolitischen Reformmaßnahmen durchzuführen, die wir letztlich alle vornehmen müssen.“ Auf der OECD-Konferenz wurde unter Vorsitz Bangemanns ein Bericht gebilligt, der einen „konzentrierten Abbau der Hilfen für die Landwirtschaft“ verlangt und ausdrücklich als Ziel formuliert, die Zahl der selbständigen Bauern zu verringern, angeblich, um die Überschußproduktion in der Landwirtschaft zu senken.

Ein solches neuerliches Bauernlegen in den imperialistischen Ländern, betrieben durch weitere Senkungen der Einkommen der Bauern mittels Preissenkungen für ihre Produkte, hätte gra-

ulich hatte der amtierende französische Präsident Caro noch ein viertes Jahr amtierenden wollen. Dem widersetzten sich insbesondere westdeutsche Vertreter, die mit dem Luxemburger einen leichter zu lenkenden Mann zum WEU-Präsidenten machten. – (rül)

Enquetekommission zur Krankenkassen-Strukturreform

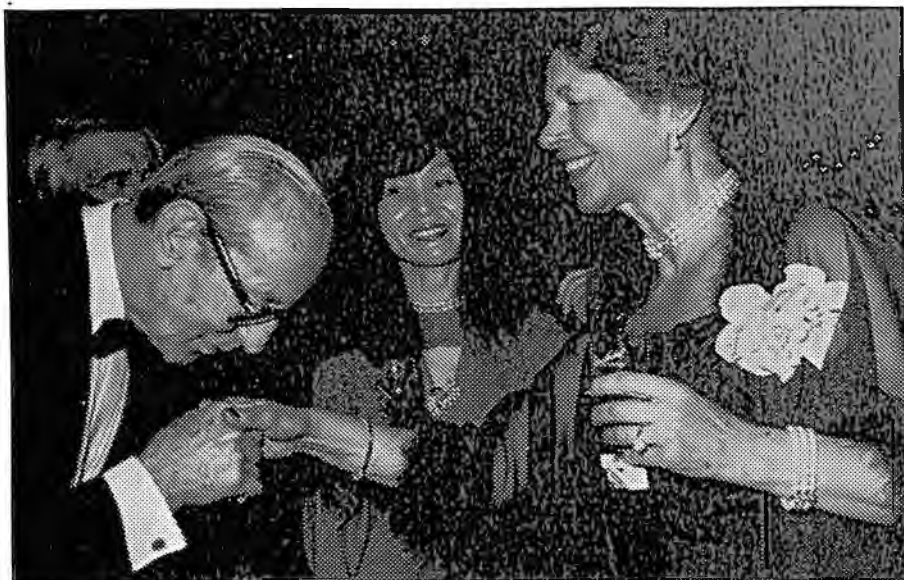
Mit den Stimmen der Regierungskoalition wurde am 5. Juni der Antrag der SPD-Bundestagsfraktion auf Einsetzung einer Enquete-Kommission „Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung“ angenommen. Neben Abgeordneten sollen ihr wissenschaftliche Sachverständige angehören; die Teilnahme von Gewerkschaften oder Versichertenvertretern ist nicht beantragt. Die Kommission soll Vorschläge für eine Strukturreform aufgrund von Untersuchungen vorlegen. Unter anderem will die SPD „Vor- und Nachteile von Tarif- und Leistungs-

differenzierungen sowie Kostenbeteiligungen“ aufgezeigt haben. Sie will also Pläne erörtern, deren Verwirklichung eine tiefgreifende Verschlechterung der Gesundheitsversorgung der Lohnabhängigen bedeuten würde. Fragestellungen, die den geplanten Angriffen der Regierung auf die Krankenversicherung etwas entgegensetzen könnten – wie zum Beispiel nach der Krankheitsverursachung durch Nacht- und Schichtarbeit, Monotonie, giftige Arbeitsstoffe – fehlen. Wie soll denn die „breite parlamentarische Mehrheit“ für die Strukturreform aussehen? – (evo)

Blüm will Kranke zur Arbeit verpflichten

Mitte Mai gab das Bundesarbeitsministerium seine Überlegungen zur „Teilarbeitsunfähigkeit“ bekannt. Die BILD-Zeitung dazu: „Wer krank oder verletzt ist, kein Fieber mehr hat oder schon wieder einen Gips trägt, soll

künftig arbeiten dürfen – zum Beispiel halbtags oder zwei Tage die Woche“ (14.5.87). Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Muhr kritisierte, daß Teilarbeitsunfähigkeit hauptsächlich im Hinblick auf die „stufenweisen Wiedereingliederung in das Erwerbsleben“ eingeführt werden solle. Auch werde der Arbeitgeber den Arbeitnehmer nicht nur im Rahmen der Rest-Arbeitsfähigkeit beschäftigen. Damit greift er ansatzweise die Betrachtung der kranken Menschen unter dem Gesichtspunkt der Verwertbarkeit ihrer „Rest-Leistungsfähigkeit“ an, formuliert aber nicht den berechtigten Anspruch der Lohnabhängigen auf vollständige Gesundheit, weil die Krankheiten in aller Regel durch die kapitalistischen Arbeits- und Lebensbedingungen verursacht werden. Wer noch arbeitsunfähig wieder dem Arbeitsprozeß ausgesetzt ist, dessen Kräfte verschleißt in erhöhtem Maße und schneller. – (evo)



Die Steuerreformen in allen imperialistischen Ländern sollen weitergehen. Bild: Einer der Nutznießer dieser Reformen (Neckermann) auf einer Party.

vierende Folgen. Die Monopolisierung aller Produktionsmittel und Reproduktionsmittel der Gesellschaft in den Händen der Kapitalistenklasse, genauer: In den Händen weniger großer Konzerne, würde weiter voranschreiten. Die wenigen verbleibenden Bauern würden – wie heute schon bei Milchquoten praktiziert – einer kriegswirtschaftlichen Züge tragenden Mengen- und Preiskontrolle durch staatliche Stellen oder direkt durch die großen Nahrungsmittel- und Chemiekonzerne unterworfen. Die Entstehung großer Armutsgebiete in ländlichen Regionen wäre unausweichlich, und die Kapitalisten würden die so erreichten Preissenkungen für Nahrungsmittel sofort zum Anlaß nehmen, um auch die Löhne entsprechend zu drücken. Die Lebenslage nicht nur der Bauern

selbst, sondern auch der Lohnabhängigen wäre weiter verschlechtert, ihre Abhängigkeit von den Kapitalisten noch weiter gesteigert.

Weitere Flexibilisierungsprogramme

Eine Einigung in diesen Fragen – Aggression gegen den Iran und die OPEC, Beschleunigung der konventionellen Rüstungen in allen imperialistischen Ländern, Übergang zur direkten Beschlagnahme von Reichtümern der Dritten Welt und gemeinsame Anstrengungen zur weltweiten Senkung der Agrarpreise – würde auch die Widersprüche unter den Imperialisten dämpfen. Die US-Monopole, bedeutende Gläubiger der Dritten Welt, könnten auf reiche Beute hoffen und sich sowohl von der Steigerung der

Rüstungen wie von der Senkung der Agrarpreise Möglichkeiten zur Ausweitung ihrer Exporte versprechen. Ihr Leistungsbilanzdefizit, im vergangenen Jahr immerhin bei 140 Mrd. Dollar (im gleichen Jahr erzielte Japan einen Überschuß von 80 Mrd. Dollar, die BRD einen von 35 Mrd. Dollar) würde vermutlich zurückgehen. Dennoch: Bis 1990 werden die US-Imperialisten mit 600 bis 800 Mrd. Dollar bei japanischen und westeuropäischen Geldgebern verschuldet sein, werden US-Monopole jährlich 40 bis 55 Mrd. Dollar ihrer Profite als Zins an ihre größten Konkurrenten abführen müssen. Kein Wunder, daß deshalb alle auf dem Gipfel vereinten Mächte weitere Angriffe gegen die Lohnabhängigen in ihren Ländern abstecken, um auf diese Weise ihre Stellung in der imperialistischen Konkurrenz zu verbessern.

So wurde auf der schon erwähnten OECD-Konferenz am 13. Mai auch ein Bericht verabschiedet, der in allen Ländern der OECD „flexiblere Arbeitsmärkte“ verlangt und die Absicht der Imperialisten kräftigt, durch weitere Flexibilisierung, Qualifizierungsprogramme und Beschäftigungsprogramme „einen neuen Rahmen für die Arbeitsmarktpolitik“ in ihren Ländern zu schaffen. Lohnsenkung, weitere Nacht- und Wochenendarbeit, „Qualifizierungsprogramme“ anstelle von Arbeitslosenversicherung und Zwangsarbeit, wo auch die „Qualifizierung“ sich für die Kapitalisten nicht mehr lohnt – nach diesen Grundsätzen streben alle Imperialisten eine weitere Besserung ihrer Stellung in der imperialistischen Konkurrenz an.

Quellenhinweis: BMWi, Aktuelle Beiträge zur Wirtschafts- und Finanzpolitik, 15.5. und 29.5.; USIS, Amerika-Wirtschaftsdienst, 21.5. und 1.6.; Handelsblatt, 3.6. bis 6.6. – (rül)

DGB für radikalenbeschlußgereinigte Maßnahmen der ILO

In seiner Stellungnahme vom 18.5.87 zum Bericht der ILO über die Berufsverbotspraxis der BRD fordert der DGB die Exekutive auf, „ihre Verwaltungspraxis im Sinne der Feststellungen des Ausschusses, der grundlegenden Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts und der daraus resultierenden DGB-Forderung zu ändern.“ Wie der Radikalenbeschluß des BVerfGE vom 22.5.75, der vom Beamten verlangt, sich im jeweils regierenden Staat zu Hause zu fühlen und anderen zu dieser Befindlichkeit zu verhelfen, mit den kritischen Feststellungen des ILO-Ausschusses zu vereinbaren sein soll, bleibt Geheimnis des DGB. Der ILO-Bericht kritisiert in den Abschnitten 480ff eindeutig das Konzept der Verfassungsfeindlichkeit des Radikalenbeschlusses, betont die Legalität nicht verbotener Parteien und ver-

langt, daß Staatsbeschäftigte sich in solchen Parteien organisieren können und das Recht haben, grundlegende Umwälzungen der Verfassungsordnung mit legalen Mitteln zu vertreten. Der DGB fordert, nur „konkretes, verfassungsfeindliches Verhalten“ zu disziplinieren, läßt aber offen, was er unter „verfassungsfeindlich“ versteht. – (zem)

BRD-F-GB: Gemeinsame Rakete gegen Panzer

Die drei Rüstungsdirektoren, d.h. die für die Rüstungsplanung zuständigen höchsten Beamten der Verteidigungsministerien der BRD, Frankreichs und Großbritanniens einigten sich am 3.6. über ein neues Rüstungsvorhaben. Eine gemeinsame Panzerabwehrrakete soll ab den 90er Jahren zur Verfügung stehen. Die Rakete soll ein „Fire and forget“-Infrarotleitsystem erhalten, also nach Abfeuerung selbständig ihr Ziel suchen. Das entsprechende Regie-

rungsabkommen soll noch im Oktober von den Verteidigungsministern der drei Staaten unterzeichnet werden. Eine solche Vereinheitlichung bei den panzerbrechenden Waffen würde auch auf anderen Gebieten eine weitere Standardisierung der Bewaffnung der westeuropäischen Imperialisten nach sich ziehen. Die „europäische Sicherheitspolitik“ rückt so durch Kooperation auf waffentechnischem Gebiet erneut näher. (Quelle: FAZ, 4.6.87 – rül)

Schiwkow in Bonn: Lauter Zumutungen

Vom 2. bis 6.6. besuchte der bulgarische Präsident Schiwkow zum zweiten Mal die BRD. Zum ersten Mal war Schiwkow vor 12 Jahren in die BRD gekommen. Einen 1984 geplanten zweiten Besuch sagte er wegen der Stationierung der Mittelstreckenraketen und der zunehmenden revanchistischen Hetze der BRD gegen die Staa-

Chemiekonzerne

**Rekordgewinne 1985/86/87
füllen die Kriegskasse**

Im Mai haben die Chemiekonzerne ihre Geschäftsberichte für 1986 vorgelegt. Nach dem als Rekordjahr gefeierten 1985 konnten Bayer, BASF, Hoechst 1986 erneut riesige Gewinne einsacken. Die meisten Unternehmen der chemischen Industrie konnten ihre Gewinne trotz Umsatzrückgang von mehr als 10 Prozent gegenüber 1985 nochmals – zum Teil erheblich – steigern. Die drei IG-Farben-Nachfolger schütteten wiederum je 20 Prozent Dividende auf den Aktiennennwert aus.

So erzielte der Bayer-Konzern 1986 trotz gesunkener Umsätze das beste Ergebnis in der bald 125jährigen Firmengeschichte. Der Gewinn vor Steuern erhöhte sich nochmals um 4,9% auf 3,3 Mrd. DM. Nach Angaben des Konzern-Vorstands waren anhaltend hohe Kapazitätsauslastung, gesunkene Rohstoff- und Energiepreise (u.a. aufgrund niedrigen Dollarkurses) und sinkende Zinszahlungen aufgrund erneuter Rückführung der Finanzschulden Voraussetzungen für diesen Rekordgewinn. Auch der Hoechst-Konzern konnte seinen Gewinn vor Steuern 1986 um ca. 2% auf 3,211 Mrd. DM steigern. Durch den Ende 1986/Anfang 1987 für fast sechs Mrd. DM vollzogenen Kauf des US-Konzerns Celanese hat sich Hoechst zum größten Chemiekonzern der Welt vor DuPont (USA), zum zweitgrößten Chemiekonzern der USA nach DuPont und zum größten Faserproduzenten der USA aufgeschwungen. Von dem Kaufpreis hatte Hoechst die Hälfte flüssig. Insbesondere sollte durch den Kauf auch

der deutliche Rückstand gegenüber seinen Konkurrenten Bayer und BASF auf dem US-Markt wettgemacht werden. Der BASF-Konzern weist zwar von den drei großen Chemiemonopolen den bei weitem geringsten Gewinn vor Steuern mit 2,627 Mrd. DM aus (minus 13%). Würde man allerdings außerordentliche bilanztechnische Maßnahmen berücksichtigen, stiege der Gewinn vor Steuern bereits auf mehr als 3,3 Mrd. DM an. BASF konnte seine Finanzschulden um knapp eine Mrd. DM senken und seine flüssigen Mittel um weitere 1,8 Mrd. DM aufstocken. Nach dem Kauf des Farben- und Lackproduzenten Inmont (USA) für ca. 3 Mrd. DM in 1985 sind bereits wieder reichliche Geldmittel „für die Realisierung neuer Ideen“ gesammelt. BASF, Bayer und Hoechst wendeten bei ihrem Geschäft der Gewinnmaximierung 1986 weltweit wieder ca. 485000 Arbeitskräfte an. Die Sachinvestitionen, von Firmenkäufen einmal abgesehen, erhöhten sich 1986 um Größenordnungen von 8 bis 15% auf Beträge zwischen 2,4 und 2,7 Mrd. DM. Während der Anteil des im Ausland erzielten Umsatzes aufgrund des Dollarkurses 1986 mit Ausnahme von BASF (Inmont-Kauf) leicht gesunken ist – BASF, Bayer und Hoechst haben einen Auslandsanteil von 64, 72 und 79 Prozent –, rüsten sich alle drei großen Monopole für weitere Erfolge in den imperialistischen Konkurrenzschlachten, insbesondere auf dem US-Markt. Allein BASF will in den USA in den nächsten fünf Jahren ca. zwei Mrd. DM in Sachanlagen und Ausrüstung investieren. Sieben Werke sind gegenwärtig bereits im Bau oder geplant. Allein 1986 eröffnete BASF drei neue Forschungszentren in den USA für Agrarchemie, für Farben und Lacke sowie für Verbundstoffe. Bayer

hat angekündigt, den Schwerpunkt seiner Forschungsaktivitäten künftig nach USA und Japan zu verlagern. Schon heute setzt Bayer 64% der Forschungskosten in der BRD ein, aber bereits 22% in den USA, 11% im übrigen Europa und 3% in Japan. Die drei großen Konzerne haben in den vergangenen Jahren ihre riesigen Gewinne – außer zur Zahlung einer kräftigen Dividende an ihre Aktionäre (1986 zusammen 1,7 Mrd. DM) – dazu verwendet, ihre Eigenkapitalquote drastisch zu erhöhen, die Verschuldung zu senken und die Rückstellungen aufzustocken. Der Aufwand für Sachinvestitionen sowie für Forschung wurde deutlich erhöht. Auch 1987 und in den nächsten Jahren erwarten sie riesige Gewinne. Bayer beispielsweise geht von einer Gewinn-Wachstumsrate von durchschnittlich fünf Prozent jährlich in den nächsten fünf Jahren aus. Es gibt wirklich allerhand gute Gründe, die IG-Farben-Nachfolger nicht weiter ihre Kriegskassen füllen zu lassen.

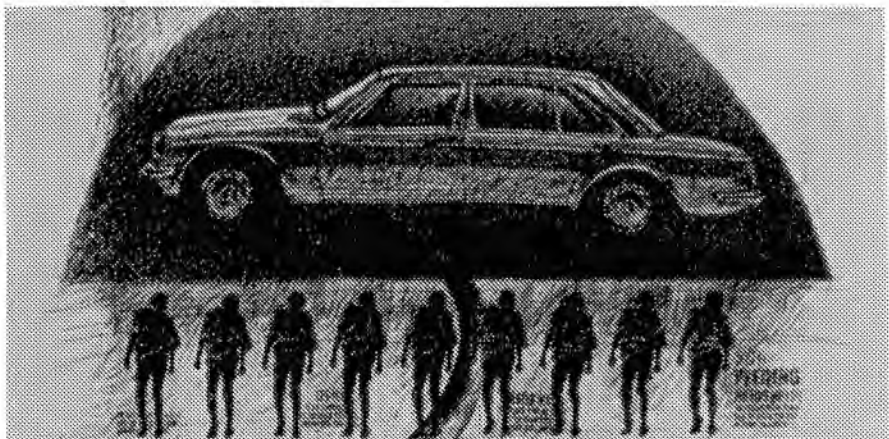
Quellenhinweis: Handelsblatt, 7.5., 14.5., 15.5., 18.5., 26.5.; – (mio)

BRD – Kurdistan

**Sozialdemokratische Kräfte
fordern Verbot der PKK**

Am 7. März wurde in München ein Mitglied der kurdischen Befreiungsfront ERNK getötet, am 3. Mai in Hannover ein Vorstandsmitglied der kurdischen Organisation Komkar. Die Polizei hat die Täter nicht ermittelt. Die Polizei verschärfte die Repressalien gegen kurdische Organisationen und deren Mitglieder, insbesondere gegen die kurdischen Arbeitervereine Feyka-Kurdistan, die sich an dem bewaffne-

ten Osteuropas kurzfristig ab. Auch dieses Mal mußte sich der bulgarische Präsident eine Fülle von Zumutungen anhören. Obwohl Bulgarien bereits zweimal abgelehnt hatte, erneuerten sowohl von Weizsäcker wie Kohl die westdeutsche Forderung, ein BRD-Kulturinstitut in Sofia zuzulassen. Die BRD-Imperialisten wollen über dieses Institut ihre revanchistische Propaganda für „deutsche Volksgruppenrechte“ in Bulgarien verbreiten. Kohl ergänzte dies um die Forderung, die bulgarische Regierung solle sich gegenüber der „Pflege deutscher Kriegsgräber zugänglicher zeigen“ (FAZ, 3.6.) Ebenfalls von Kohl mußte sich der bulgarische Regierungschef dann noch anhören, das Verhältnis BRD-Bulgarien sei „nicht historisch belastet.“ Die Reaktionen Schiwkows auf diese Zumutungen sind nicht bekannt. Weder die SPD noch die Grünen haben gegen diese Zumutungen der BRD an die Adresse Bulgariens protestiert. – (rül)



Der Staatsminister im Auswärtigen Amt Schäfer (FDP) hat BRD-Firmen aufgefordert, in Südafrika zu bleiben. „Bonn liege daran, daß sie dort vertreten blieben und ihre Bemühungen fortsetzten, die Apartheid zu unterlaufen“, berichtet die „FAZ“. Dieser dreiste Versuch, BRD-Konzerne in Südafrika zur „Opposition“ gegen die Apartheid zu schlagen, soll den westdeutschen Monopolen weitere Geschäfte erlauben. Wie Azanier dies sehen, dokumentiert das Bild von Manfred Zylla („Metallart“) aus Südafrika: Die imperialistischen Monopole sind die Herren des Landes – noch. – (rül)

ten Befreiungskampf der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) orientieren. Der Bundesinnenminister verstärkt die Verbotsdrohungen und behauptet im neuen Verfassungsschutzbericht, „aus der Agitation der PKK wird eine starke gewaltorientierte Einstellung deutlich.“

Trotz dieser Drohungen fordern jetzt linke, sozialdemokratische Kräfte staatliche Verfolgung von Anhängern der PKK. Vertreter des Initiativausschusses für ausländische Mitbürger Hessen, der Gesellschaft für bedrohte Völker, des Kölner Komitees gegen menschenfeindliche Ausländerpolitik und Rassismus und von Komkar gaben Ende Mai eine Erklärung ab, über die die DKP-Zeitung UZ zustimmend berichtete. Darin heißt es u.a.:

„Eine Qualität unserer Gesellschaft und unserer Verfassung ist es, daß Menschen aus Kurdistan hier ihre berechtigten kulturellen und politischen Forderungen artikulieren können, ein Recht, das ihnen in ihren Heimatländern verwehrt wird. Durch die Terrorakte der PKK ... wird ... der Ausländerfeindlichkeit und dem Rassismus in der Bundesrepublik Deutschland Vorschub geleistet ... Daher fordern wir die Behörden der Bundesrepublik Deutschland auf, Menschen aus Kurdistan und ihre Organisationen zu schützen; dies schließt ein, daß mit Mitteln des Rechtsstaates gegen die Gewalttäter vorgegangen wird.“

Es ist eine Lüge und Beschönigung, daß die Kurden in der BRD ihre berechtigten kulturellen und politischen Forderungen artikulieren könnten. Sie werden unterdrückt, noch nicht einmal ihre Sprache ist amtlich anerkannt. Die Autoren beschuldigen „diese feigen Mörder im Kreis der PKK“, können keinen einzigen der Mordvorwürfe beweisen und enden mit Forderungen nach staatlichem Eingreifen. Mit der Erklärung der Europavertretung der ERNK vom 8.5., in der sie klarstellt, daß sie mit dem Mord von Hannover nichts zu tun hat, setzen sich die Autoren nicht auseinander. Die ERNK erklärte: „Es ist bereits so weit, daß sie jedes Ereignis auf ihren Straßen unserem Volk und dessen Führerin, der PKK, zuschreiben ... Wir sagen, daß alle uns durch unsere Taten kennen sollen und nicht den Fehler machen dürfen, Sachen, mit denen wir nichts zu tun haben, uns zuzuschreiben.“

Die Autoren der Erklärung haben nur in einem recht: Es ist verwunderlich, daß die Polizei zur Aufklärung der Vorfälle nicht beiträgt. Das spricht nur gegen die Polizei und nicht gegen PKK oder Komkar. Geheimdienst und Verfassungsschutz sind in Händen von CSU-Beamten und Leuten, die ihre Berufserfahrungen beim „Celler-Loch“ machten. Diese arbeiten mit dem türkischen Geheimdienst zusammen und sind womöglich an den Morden beteiligt. Wäre es nicht angebracht, deren Tätigkeit zu verfolgen? (jöd, rül)

Studentenstreiks in Niedersachsen

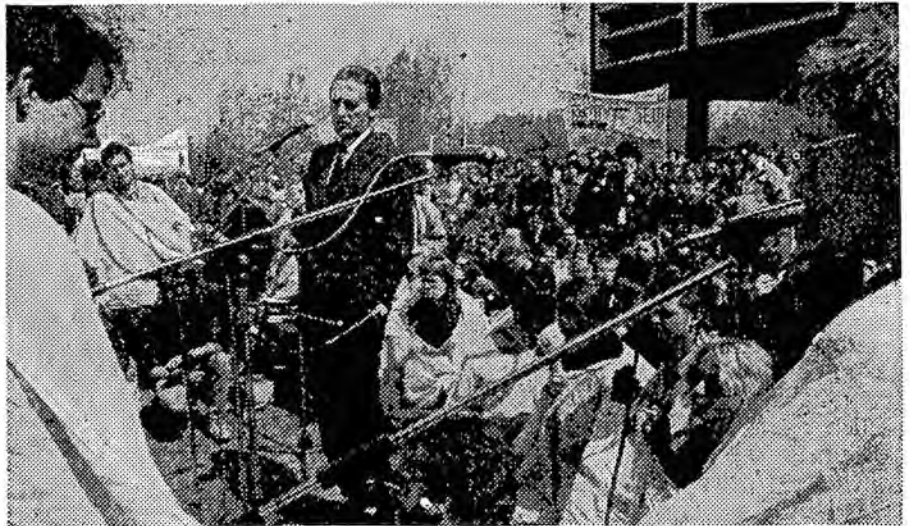
Alle gegen Studiengebühren, aber nicht unbedingt gegen Elitebildung

Zur Überraschung wohl aller führten die „Sparbeschlüsse“ der niedersächsischen Landesregierung (s. Pol. Ber. 10/87), die u.a. die Einführung von Studiengebühren für „Langzeitstudenten“ (500 DM ab 4. Semester über BAFöG-Förderungshöchstdauer, Planstellenwiederbesetzungs- und 12%ige Sachmittelsperre) vorsehen, zu den größten Studentenstreiks und -demonstrationen der letzten Jahre. Überraschend deshalb, weil die Umstellung des BAFöG auf Darlehen, die Novelle zum Hochschulrahmengesetz und zum niedersächsischen Hochschulgesetz und andere gesetzliche Maßnahmen weit einschneidendere Folgen für die Lage gerade der armen Studenten gehabt haben, ohne zu solchen Protesten zu führen.

An allen niedersächsischen Hochschulen fanden Demonstrationen statt, am 11.5. in Göttingen allein 15000 Studenten (d.h. jeder zweite Student der Universität), am 26.5. bei der niedersachsenweiten Demonstration in Göttingen zwischen 25000 und 30000.

fröhlich“ gewesen, „Chaoten und Autonome waren isoliert“, „noch nie hat es soviel Gemeinsamkeiten zwischen Studenten und Professoren gegeben“; es folgte die Aufforderung an die Landesregierung, „auf die Signale zu hören ... und nicht erst, wenn Gewalt Ausrufezeichen hinter diskutierbare Forderungen setzt.“

Als zentrale Forderungen der Demonstration, zu der neben den Asten bzw. Streikräten Schülervertretungen, der DGB, Arbeitsloseninitiativen, SPD und Grüne aufgerufen hatten, waren beschlossen worden: „Rücknahme aller Sparbeschlüsse! Solidarität statt Selektion! Bildung für alle statt Elite!“ Trotz des Beschlusses ging es vielen Studenten aber nur um die Rücknahme der Studiengebühren. Ein autonomer Redner, der ausführte, daß Forschung immer den kapitalistischen Interessen untergeordnet ist und die Drittmittelforschung angriff, wurde von einem Teil der Demonstration ausgepöffelt. Gut behaupten konnte sich in der



Rund 4000 Studenten umkreisen Wissenschaftsminister Cassens vor der Fachhochschule in Hannover und verlangen den Wegfall der Studiengebühren.

Diese letzte Demonstration führte zum Abbruch der Jubelfeierlichkeiten zum 250-jährigen Bestehen der Göttinger Universität und zur Ausladung des Bundespräsidenten v. Weizsäcker, einen Tag bevor er die theologische Ehrendoktorwürde verliehen bekommen sollte. Der Abbruch war äußerst schmerzhaft für die Landesregierung, und sie zögerte bis zuletzt, ob sie die Demonstration zerschlagen oder die Jubelfeierlichkeiten abbrechen soll.

Hinterher ist sie von der Presse unisono ob ihrer Klugheit gerühmt worden. Die Demonstration sei „nicht verbissen, sondern selbstbewußt und eher

Demonstration dagegen, wer für einen ökologischen und sozialen Umbau der Gesellschaft eintrat. Aber auch das „Forschungsland Niedersachsen“ wurde in einem Sarg zu Grabe getragen, und Forderungen nach Erhalt bestimmter Institute waren häufig. Entgegen dem Beschluß des Streikrats, kein Spalier durch die Polizei zuzulassen, fanden viele nichts dabei, als Linke von der Polizei in die Zange genommen wurden, „stattdessen fanden Distanzierungen von der Demoleitung statt, die notwendige Solidarität des Demozugs brach dadurch zeitweise zusammen.“ (Info des Streikrats, 1.6.)

Zur sozialen Lage der Studenten

Welche Studenten trifft die niedersächsische Landesregierung mit der Verhängung von Studiengebühren für „Langzeitstudenten“? In den letzten Jahren haben sich die Fachstudienzeiten, d.h. die Semesterzahl bis zur Erlangung des entsprechenden Abschlusses, nicht in dem gleichen Maß gesteigert wie die Verweildauer an der Hochschule. Während die durchschnittliche Fachsemesterzahl für Diplomstudiengänge von 11,4 (1974) auf 11,8 (1984) Semester stieg, verlängerte sich die Verweildauer von 12,1 (1974) auf 14,0 (1984) Semester. Bei den Lehramtsstudiengängen betrug die Fachsemesterzahl 1974 8,6 Semester, 1984 10,5; die Verweildauer stieg von 9,7 (1974) auf 12,9 (1984) Semester. An den Fachhochschulen gibt es bisher eine solche Entwicklung nicht.

Das Deutsche Studentenwerk erklärt dies in seiner neuesten Sozialerhebung (Daten bis einschließlich Sommersemester 1985) in erster Linie mit einer Reaktion der Studierenden auf die veränderte Arbeitsmarktlage. Es „ist der Anteil derjenigen Hochschulabsolventen, die aufgrund von z.B. arbeitsmarktbedingten Übergangsschwierigkeiten aus mehr oder weniger formalen Gründen immatrikuliert bleiben, ohne ernsthaft einen Studienabschluß anzustreben, in den letzten Jahren stetig gewachsen. Ihre Zahl wurde 1979 mit 10% geschätzt; 1984 waren es bereits 20% der Absolventen“ an wissenschaftlichen Hochschulen. Besonders hiervon betroffen sind die Lehramtsstudiengänge. Viele dieser „Langzeitstudenten“ gehen irgendeiner Tätigkeit nach, mit der sie ihren Lebens-

unterhalt finanzieren, und suchen gleichzeitig eine Stelle entsprechend ihrem Studienabschluß. Diese Möglichkeit wird nun durch die Verhängung von Studiengebühren verbaut. Die Auswirkung auf die Studienbedingungen wird eine weitere Anheizung der Konkurrenz sein.

Mit Sicherheit sind aber auch andere Gründe für die verlängerte Verweildauer an den Hochschulen ausschlaggebend; denn 32% der „Langzeitstudenten“ müssen auch während des Semesters laufend arbeiten, gemessen an der Gesamtheit der Studenten müssen dies nur 20%. Allein in den Jahren '82 bis '85 hat sich die soziale Lage der Studenten merkbar geändert. Erhielten '82 noch 37,1% der Studenten BAFöG, so waren es '85 nur noch 27,0%. Der Anteil der Studenten, die ihr Studium ausschließlich über BAFöG finanzieren, ist von 14% (1982) auf 10% (1985) gesunken. 1985 mußten mehr Studenten während des Studiums arbeiten (55%) als 1982 (50%). Immer mehr Studenten müssen drei und mehr Finanzierungsquellen für ihr Studium nutzen.

Das Deutsche Studentenwerk stellt fest, daß vor allem bei Studenten, deren Eltern Arbeiter, einfache Angestellte oder Beamte des einfachen und mittleren Dienstes sind und deren Einkommen nur knapp über der BAFöG-Bemessungsgrenze liegen, es „diesen Eltern schwer zu fallen (scheint), Beiträge in der Größenordnung aufzubringen, die zu erwarten wären, wenn man die Bedarfssätze nach dem BAFöG zugrundelegt“. Bei Studenten, die zwar geringe BAFöG-Leistungen erhalten und gleichzeitig von den Eltern unterstützt werden, fällt auf, daß diese trotz eigener Arbeit weniger Geld zur Verfügung ha-



Häufig: „Witzig“ statt Forderungen

ben als der Durchschnitt.

Das BAFöG war noch nie kostendeckend; mittlerweile ist es schon in der Mehrzahl der Fälle zu einer Nebeneinnahmequelle geworden. Der Anteil der Studenten, deren Eltern wenig verdienen, ist von 23% (1982) auf 20% (1985) gesunken. Obgleich der Widerstand gegen die Studiengebühren große Teile der Studenten mobilisiert hat, ist uns nicht bekannt, daß Forderungen nach BAFöG-Erhöhung im Mittelpunkt standen. Gründe dafür sind sicher darin zu suchen, daß das BAFöG für die Masse der Studenten keine zentrale Rolle mehr spielt.

Quellenhinweis: Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, 11. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, Schriftenreihe Hochschule, Hrsg. Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

Ganz offenbar haben sich unter der Forderung „Weg mit den Studiengebühren“ ganz unterschiedliche Interessen und politische Richtungen nur scheinbar vereint. Z.B. sind in Göttingen Burschenschafter sogar in Wachs in der Demonstration aufgetaucht, ohne entfernt zu werden. Gleiches gilt für den RCDS.

Stützen können sich Burschenschaften und RCDS auf die Professoren, mit deren Argumentation sie beinahe wörtlich übereinstimmen. Z.B. hat die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) eine Erklärung „zu den Sparbeschlüssen der Niedersächsischen Landesregierung“ verbreitet, in der es in Bezug auf zu geringe Finanzmittel heißt: „Diese Entwicklung ... ist vollends unvereinbar mit politischen Forderungen nach mehr Spitzenforschung und Elitebildung ... Auch als sog. ordnungspolitische Maßnahme zur Verkürzung der Studiendauer lehnt die

WRK Studiengebühren für ‚Langzeitstudenten‘ ab. Die WRK bekennt sich erneut zur Verpflichtung der Hochschulen und insbesondere der Hochschullehrer, alle Anstrengungen zu einer Straffung des Studiums und Verkürzung der tatsächlichen Studienzeiten zu unternehmen ... Dies setzt differenzierte Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen voraus, ... ‚Strafgebühren‘ für sog. ‚Bummelstudenten‘ mögen populär erscheinen, bei nüchterner Analyse des Problems gehen sie an der Sache vorbei und treffen die Falschen.“ (1) Auch für den RCDS handelt es sich bei den Studiengebühren um „soziale Auslese“ statt „intellektueller Elitenbildung“.

Wer sind die „Falschen“, die es jetzt trifft, wo WRK und RCDS doch noch jede Schweinerei der vergangenen Jahre mitgetragen haben und auch nach wie vor der Meinung sind, daß es zu viele „Unbegabte“ an den Hochschu-

len gibt? Bundesbildungsminister Möllemann (FDP) erklärt, daß beim BAFöG dieses Jahr keine gravierenden Änderungen zu erwarten sind, kündigt aber „in kürzerer Frist eine Lösung von Problemfällen an, die in letzter Zeit gehäuft für Familien mit mittleren Einkommen auftreten (Mittelstandsloch). Wenn auch der finanzpolitische Spielraum sehr begrenzt sei, müsse in akuten Notlagen den Eltern geholfen werden, erklärte Möllemann“ (2). Es sieht so aus, als ob die Landesregierung in dieses „Mittelstandsloch“ getreten ist. Es kann gut sein, daß jetzt als nächstes eine besondere Förderung des Nachwuchses von Professoren und Ärzten u.ä. ins Werk gesetzt wird.

Quellenhinweis: (1) Braunschweiger Erklärung des 51. WRK-Senats vom 25.05.87 zu den Sparbeschlüssen der Niedersächsischen Landesregierung; (2) Deutsche Universitätszeitung, 11/87, S.12f. – (kek, sae)

Die Grünen

Grüne Spitzenpolitiker wollen soziale Orientierung bei den Grünen beseitigen

In letzter Zeit haben sich die Angriffe auf die Grünen verschärft. Die bürgerlichen Parteien und der Staatsapparat haben die Politik der Grünen mit verteilten Rollen bekämpft, mit offener Unterdrückung, mit hinterhältigen Appellen, vernünftig zu werden, den Rechtsstaat anzuerkennen und dem Sachverstand der Wirtschaft zu folgen, und mit liebevoller Erdrückung. Das erschwerte die Gegenwehr der Grünen ganz beträchtlich und zeigt bei ihnen eine gewisse Wirkung.

– *Konservative* forderten die Unterdrückung und das Verbot der Grünen. Die Grünen und Alternativen seien das „legale Umfeld“ des Terrorismus, vertrat der Westberliner Justizsenator und Mitverfasser des Grundgesetzkommentars Rupert Scholz. Im Zusammenhang mit der Kampagne gegen die Volkszählung wurden die Räume der Bundestagsfraktion der Grünen durchsucht, Telefone abgestellt und in der Bundestagsdebatte dazu auf das 1956 vollzogene Verbot der KPD verwiesen. Ein Grüner zu sein, wird immer mehr ein Risiko. Faschisten gehen dazu über, Büros der Grünen zu zerstören (z.B. in Düsseldorf).

– *Die Liberalen* haben die Grünen in der Außenpolitik ausgestochen. Die FDP hat die Politik des Wirtschaftsexpansionismus und des weltweiten Freihandels mit der Friedenspolitik verbunden. Sie hat mit der Elitetheorie und dem Leistungsdenken unter der werktätigen Intelligenz propagiert: Nehmt, was ihr kriegen könnt! Den Grünen gelang es nicht, mit ihren Theorien vom Konsumverzicht u.a. das zu stoppen. In der Innenpolitik ist die FDP für Unterdrückung mit Augenmaß und Vernunft eingetreten – wer klug ist und es nicht zu weit treibt, kommt davon.

– *Die Sozialdemokraten* haben in zahlreichen Koalitionsverhandlungen auf Landes- und Kommunalebene versucht, die Grünen im Bündnis zu erdrücken. Wirtschaftswachstum, mehr Arbeitsplätze sollte die Grundlage jeder Reform sein, unabhängig davon ob durch ABM-Maßnahmen, zweiter Arbeitsmarkt, durch Wirtschaftshilfen für die Kapitalisten, durch Kürzungen bei der Sozialhilfe. Unerträgliche soziale Bedingungen sollten mit Hilfe der Grünen geschaffen werden. In vielen Orten und einigen Ländern gingen die Grünen solche Koalitionen unter diesen Bedingungen nicht ein, in anderen eben doch. Das erzeugte Unruhe.

Viele Grüne meinten, daß sie es nicht nötig hätten, diese Angriffe zurückzuweisen. Sie dachten auch, immer breitere Kreise der Bevölkerung

würden ihre Politik akzeptieren und immer mehr Leute sie wählen. Sie müssen sich aber zu den gesellschaftlichen Widersprüche verhalten und müssen sich zur Politik des bürgerlichen Lagers äußern. Sind sie für die Armen oder die Reichen? Sind sie für die Kapitalisten oder die Lohnabhängigen? Sind sie für die Arbeit oder das Kapital? Sind sie für die deutsche Identität oder gegen die Entrechtung der Ausländer? Bisher waren die Grünen eine Interessenpartei, die sich gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft abgrenzte und an die Politik der APO anknüpfte. Man kann über die APO denken, wie man will, eines ist aber gewiß, daß sie gegen Imperialismus und Kapital und für die Armen und die Arbeitenden immer gewesen ist. Wenn die Grünen an dieser Orientierung nicht festhalten, werden sie unglaubwürdig.

Vor allem die grünen Fraktionen in den Gemeinderäten, die sich in zahlreichen nützlichen Auseinandersetzungen für die sozialen Interessen der lohnabhängigen und werktätigen Bevölkerung einsetzen, brauchen keine Verdunklung der sozialen Interessen. In den Gemeinderäten ist die Auseinandersetzung am entwickeltsten, die Angriffe aus dem bürgerlichen Lager am unmittelbarsten. Kommt hier die Entfaltung der praktischen Politik der Grünen ins Stocken, dann sieht es schlecht aus mit ihnen.

Es scheint aber so zu sein, daß die verschiedenen Gruppierungen grüner Spitzenpolitiker die gleichen Merkmale vorweisen: Sie wollen sich auf keine soziale Orientierung für die Politik der Grünen festlegen. Fischer setzte sich auf dem Bundesrealotreffen für andere Interessen ein: „Der Ansatz der Ökologiebewegung und der Friedensbewegung stellte zum ersten Mal nicht mehr nur Klassen- und Gruppeninteressen in den Mittelpunkt der Politik, sondern Gattungsinteressen.“

Soziale Interessen sind Klassen- und Gruppeninteressen. Die sozialen Interessen der Armen und Arbeitenden, für die sie bisher eintraten, sollen fallengelassen und niedergemacht werden und stattdessen das Menschsein, unabhängig ob Reich oder Arm, im Mittelpunkt stehen. Statt die Diskussion über die politische Praxis und die bisherige Politik zu beginnen, fischen die grünen Spitzenpolitiker im Trüben und greifen auf „Strategien“ zurück, die im bürgerlichen Lager beheimatet sind. Den nebenstehenden Dokumenten ist zu entnehmen, daß sie keinesfalls im „linken Ghetto“ landen wollen und daß es darum geht, in „neue Wählerschich-

ten“ vorzudringen. Fischer erklärte: „Genau deshalb ist die Öffnungsdiskussion innerhalb der Grünen hin zu neuen Wählerschichten von strategischer Bedeutung. Genauer: Mehrheiten für Inhalte gilt es herzustellen, und nicht radikale Selbstbestätigung gegen Mehrheiten zu setzen. Wenn man sich seiner politischen Grundlage sicher ist, kann man eine Öffnung zu neuen Wählerschichten riskieren, aber ein Risiko birgt solches Tun immer! Können wir Grüne uns das zutrauen?“

Spitzenfunktionäre der Grünen versuchen weiter, Themen populär zu machen, deren Bedeutung für die örtliche Praxis der Grünen auch bisher schon zumeist überschätzt wurde und die ihre Opposition gegen die Herrschenden schwächen. Es wird viel von



Fischer: Für Gattungsinteresse und gegen „jegliche Einäugigkeit“

Menschenrechten, Blockfreiheit, Wertkonservatismus, Rechtsstaatlichkeit, Mutter und Familie und den eben vorgestellten Gattungsinteressen gesprochen. Über diese Themen wollen grüne Spitzenpolitiker die gesellschaftliche Opposition, die sich größtenteils bei den Grünen sammelt, auf den bereiteten Boden der bürgerlichen Theorie zurückschleppen. Das geht soweit, daß Fischer vor „jeglicher Einäugigkeit“ bei den Menschenrechten warnt, eine Polemik gegen antiimperialistische Positionen, die aber bei den Grünen noch selten ist.

Wenn sich die Grünen nicht bald erklären, daß sie auf der Seite der Armen, der Ausländer und der Arbeitenden stehen, werden sie dieser Herausforderung nicht standhalten. Die entfaltete politische Praxis der Grünen wird erlahmen. Ihre Mitglieder in den Gewerkschaften werden sich isolieren und die Grünen werden sich selber bündnisunfähig machen.

Quellenhinweis: Materialien des Bundesrealotreffens; Die Grünen, Presse Dienst, Resolution des Bundeshauptausschusses. – (jöd)

Dokumente aus der Diskussion der Grünen

Erklärung der Versammlung von Realpolitikern/innen am 28.5. in Frankfurt

Die Anwesenden sind sich einig, daß angesichts des Wahlausgangs in Hamburg und Rheinland-Pfalz die handlungsorientierte Politikalternative in der Partei mit mehr Nachdruck vertreten werden muß. Nicht „Spaltung“ ist angesagt, sondern Konfrontation und Klärung. Grundsätzlich in der Veränderungsabsicht, pragmatisch und gewaltfrei in den Mitteln, ohne ideologische Scheu vor der Durchsetzung der eigenen Politik innerhalb und außerhalb der Parlamente, innerhalb und außerhalb von Regierungen, das ist die realpolitische Perspektive für die Grüne Partei. Die Erfahrung zeigt: Nur durch den Willen zur realen Durchsetzung bekommt unsere Politik ihre radikale Kraft. Die Stärke der Grünen liegt darin, in allen Politikfeldern einen offenen Diskurs mit den gesellschaftlichen Gruppen gerade außerhalb der Partei anzubieten und die Tabuisierung politischer Fragen aufzubrechen. Diesen Prozeß werden wir organisieren:

- durch Verstärkung unseres innerparteilichen Engagements,
- durch Diskussionsangebote für die Gesamtpartei und die Öffentlichkeit,
- durch eine verstärkte Parteiarbeit in den Gremien der Partei,
- durch eine Intensivierung der Mitgliederwerbung.

Die Krise des Industriesystems, die Tendenz zur ökologischen Selbstvernichtung hat sich in den letzten Jahren trotz Ökologiebewegung und grüner Intervention in den Parlamenten weiter zugespitzt. Das internationale politische System beruht trotz weltweiter Friedensbewegung nach wie vor auf der Androhung gegenseitiger Massenvernichtung. Die Durchsetzung der Menschenrechte weltweit und ohne jegliche Einäugigkeit ist ebensowenig fortgeschritten wie die Weiterentwicklung bürgerlicher Demokratie hin zu individueller Freiheit in solidarischen gesellschaftlichen Verhältnissen.

1. Es ist grotesk, daß ausgerechnet die Grünen, die als erste Partei die pazifistischen Ziele der Friedensbewegung in den Parlamenten vertreten haben, in der gegenwärtigen Abrüstungsdebatte kaum vorkommen. Und dies ausgerechnet jetzt, wo es um eigene Initiativen und Vorschläge ginge, jetzt, wo sich vielleicht eine einmalige Chance bietet, aus der ideologischen Aggression der beiden Blöcke in ersten Ansätzen herauszufinden, jetzt, wo der originär grüne Ansatz der Blockauflösung und -überwindung aufgrund der Reformpolitik von Gorbatschow und der Krise Reagans noch zur realen Politik zu Lebzeiten unserer Generation werden kann, schweigen die Grünen als organisierte Partei, anstatt alle Kräfte darauf zu konzentrieren. Angesichts dieser historischen Chance müssen die Grünen sich ohne Wenn und Aber für die doppelte Nulllösung einsetzen. Diese Position werden wir in allen Parteigremien und Fraktionen vertreten.

2. Wir lehnen die Volkszählung ab: Die Einführung neuer Datentechnologien darf das Recht auf informationelle Selbstbestimmung nicht untergraben. Angesichts der durch die fortschreitende Verdattung des Alltagslebens entstehenden Gefahren ist die Ausschöpfung aller Rechtsmittel erforderlich und die Verweigerung der Daten ein berechtigtes Mittel zivilen Ungehorsams. Nicht die Bürgerinnen und Bürger, sondern der Staat ist zu „Glasnost“ verpflichtet. Demokratisches Mißtrauen ist ein selbstverständliches Grundrecht. Wir wenden uns gegen Versuche, die Volkszählung zur innerstaatlichen Machtprobe hochzustilisieren. Martialisches Feldgeschrei ist unangebracht.

Nach dem guten Abschneiden der Grünen bei den Bun-

destagswahlen, dem Stimmenzuwachs bei den Hessenwahlen bei gleichzeitiger Beendigung des rot-grünen Experiments, den massiven Verlusten bei den Wahlen in Hamburg und dem knappen Ergebnis in Rheinland-Pfalz halten wir einen Strategieparteitag der Grünen zur Wahlauswertung und Kursbestimmung für dringend notwendig. Wir werden deshalb über den Bundeshauptausschuss und Landesmitgliederversammlungen einen Strategieparteitag in Verbindung mit dem geplanten Stiftungsparteitag unmittelbar nach den Wahlen in Schleswig-Holstein fordern. Nach den Sommerferien werden die Realpolitiker/innen ein erstes inhaltliches Treffen veranstalten. Als Schwerpunkte werden wir über die Themen Abrüstung/Menschenrechte, Frauenpolitik/Müttermanifest, Wiedergewinnung der ökologischen Meinungsführerschaft der Grünen, die Industrie- und Strukturpolitik, die Gewalt in der Politik und die Weiterentwicklung der Grünen Wirtschafts- und Sozialpolitik diskutieren. Zur Vorbereitung dieser Diskussion werden alle reformpolitischen Strömungen aufgefordert, die Grundzüge ihrer Positionen zur Zukunft der Grünen in einem Reader darzulegen.

Resolution des Bundeshauptausschusses der GRÜNEN vom 30./31.5.1987 in Roisdorf bei Bonn

Durch den Sieg der Wendeparteien in Hessen, die öffentliche Resonanz auf die Bundesversammlung in Duisburg sowie die Landtagswahlergebnisse in Rheinland-Pfalz und – vor allem – in Hamburg ist erneut eine Debatte „Grüne wohin?“ aufgebrochen. Der Bundeshauptausschuß nimmt dazu wie folgt Stellung ...

2. Die Wahlniederlage von „Rot-Grün“ in Hessen stellt alle Grünen vor die Aufgabe, das Ziel der Erringung von gesellschaftlichen und parlamentarischen Mehrheiten für eine andere Politik neu zu überdenken. Die jetzt im Bund und auf Länderebene vorrangige Aufgabe, eine konsequente Oppositionspolitik zu betreiben, wird von keiner Grünen-Strömung mißgedeutet als ein quasi freiwilliger Rückzug ins „linke Getto“ abstrakter Systemopposition. Gleichzeitig müssen wir begreifen, daß eine auf Mehrheitsgewinnung ausgerichtete Politik mehr erfordert als eine parlamentarische Arithmetik der 51 Prozent. Es geht um die Herstellung gesellschaftlicher Mehrheiten für die Durchsetzung von Kernpunkten Grüner Politik ...

5. Der Bundeshauptausschuß beschließt die Durchführung eines offenen Strategiekongresses im Frühjahr des nächsten Jahres. Diese Konferenz soll für Diskussionsteilnehmer/innen von außerhalb der Grünen offen sein, die schon bisher zur Debatte über strategische Fragen innerhalb des links-grün-alternativen Spektrums beigetragen haben.



Ausländer auf dem Parteitag der Grünen

Iran

Trotz schwieriger Bedingungen Streiks und Kämpfe der Arbeiter

Der seit sieben Jahren andauernde Golfkrieg, der täglich umgerechnet etwa 30 Mio. DM kostet, der über 300000 Tote, 400000 Invalide, Millionen Obdachlose und 2,5 Millionen Flüchtlinge gekostet hat, hat die Abhängigkeit Irans vom Weltmarkt und den imperialistischen Konzernen verstärkt. In der iranischen Wirtschaft herrscht, bedingt durch neokoloniale Abhängigkeiten, extreme Abhängigkeit von Rohstoff-, Halbwaren- und Kapitalimporten. 1984 betrug der Anteil der Kapitalgüter an der iranischen Industrieproduktion nur 8%, der der Halbwaren 24%. Im letzten Fünf-Jahresplan war bereits eine Reduktion von Importen im Konsumgüterbereich (von 24,5% auf 15,4%) eingeplant. Die Deviseneinkünfte werden 1986/87 nach Angaben des Ministers für Schwerindustrie, Behzad Nabawi, höchstens sechs Mrd. US-Dollar betragen. Für die industrielle Produktion und Reproduktion würden jährlich mehr als sieben Mrd. Dollar an Rohstoffen und Halbwaren benötigt. Seit 1984 ist ein Betrieb nach dem anderen zu Produktionseinstellungen gezwungen. Die Produktion läuft mit weniger als 30% ihrer normalen Kapazität. Mitte Mai 1986 bestätigt A. Khamuschi, Direktor der Handelskammer, das enorme Haushaltsdefizit und unterstreicht: „Wenn nicht zu Sofortmaßnahmen gegriffen wird, werden die meisten Betriebe stillgelegt und drei Mio. Arbeiter werden arbeitslos.“ Laut offiziellen Angaben gibt es derzeit über fünf Millionen Arbeitslose. Da es keine Arbeitslosenunterstützung gibt, breiten sich Armut und Hunger aus. Das Arbeitsministerium hat aus Furcht vor den politischen und sozialen Folgen von Massenentlassungen die Betriebsleiter dazu aufgefordert, täglich nicht mehr als sieben oder acht Arbeiter zu entlassen. Beispiele für die schlechte Versorgungslage gibt es zur Genüge. Zwar erhält jede Familie eine Anzahl Rationierungsmarken, für die billig Grundnahrungsmittel gekauft werden können. Um die Lebensmittel auf Coupons zu erhalten, muß man aber stundenlang und oft erfolglos Schlange stehen. Auf dem freien Markt ist alles zu horrenden Preisen erhältlich. Ein kg Fleisch kostet rund drei Tagesverdienste. Butter und auch Tempotaschentücher wurden zu Luxusgütern erklärt. Die Inflationsrate beträgt 500%.

Verschärfte Ausbeutung

In allen Betrieben muß statt 40 Stunden pro Woche bei zwei arbeitsfreien Tagen 44-60 Stunden gearbeitet werden. Mit Überstunden, die von den

Arbeitern „zur Unterstützung des Krieges“ verlangt werden, beträgt die Wochenarbeitszeit bis zu 75 Stunden. Die Arbeitslöhne liegen nach Zeitungsberichten bei 1000 bis 1500 Rial pro Tag. Die Sozial- und Krankenversicherung kostet 3000-5000 Rial pro Monat, ihre Leistungen sind gleich Null. Die Arbeiter werden gezwungen, mindestens sechs Monate an die Front zu gehen, wenn sie ihren Arbeitsplatz behalten wollen. Neueingestellt wird sowieso keiner, der nicht im Krieg gewesen war. Schwere Arbeit, Mangelernährung und fehlende Gesundheitsversorgung führen dazu, daß kaum einer das Rentenalter erreicht. Die Renten sind nicht gesichert. Massenentlassungen werden sowohl zur Reduzierung der Produktion als auch zur Disziplinierung von Belegschaften und Steigerung der Ausbeutungsrate durchgeführt. Essenszuschüsse werden gestrichen, Produktionsbonusse nicht ausgezahlt. Die verbliebenen Arbeiter müssen die Arbeit der Entlassenen mitmachen.

Forderungen der Arbeiter

Durch massive Unterdrückung der Arbeiterklasse, Hinrichtungen, Gefäng-

gab es landesweite Kämpfe der Erdölarbeiter gegen Rundschreiben der Regierung, in denen der Donnerstag als arbeitsfreier Tag (entsprechend dem Samstag) abgeschafft werden sollte, achtstündige Schichtarbeit in der Ölindustrie eingeführt werden sollte und das Recht der Arbeiter auf 10%ige Mitbeteiligung aufgehoben werden sollte. Weitere Bewegungen gab es unter den Erdölarbeitern auch gegen die Verringerung des Kinder- und Wohngeldes und die Erhöhung der Lohnsteuer. Zahlreiche Belegschaften waren 1981/82 in Auseinandersetzungen um die Arbeiterräte verwickelt. Die Kapitalisten und Werksleitungen reagierten mit der Einschleusung von bewaffneten Regimeanhängern, „Pasdaran“ und „Hezb'ollahis“, die als Werksschutz, Spitzel und Schlägertrupps gegen aufmüpfige Arbeiter operieren. Arbeiter, die an Streiks beteiligt waren, werden verhaftet, viele auch hingerichtet. Bis heute nehmen die Auseinandersetzungen um Löhne und Arbeitsbedingungen zu. Eine der wichtigsten Forderungen, die in den Kämpfen erhoben wird, ist die nach Lohnerhöhung und Anpassung der Löhne an die Steigerung der Lebenshaltungskosten. Betriebsleitungen und Regierung verweisen auf die „Durchführung des Arbeitsklassifizierungsplanes“, anhand dessen die Lohnerhöhungen erfolgen sollen. Der Plan könne aber nicht durchgeführt werden, solange die Zukunft einer



Durch den Krieg zerstörte Häuser – es herrscht Wohnungsnot, und die Mieten sind astronomisch hoch

nis oder zumindest Entlassung von bewußten und kämpferischen Teilen der Belegschaften, Auflösung der von den Arbeitern in der Revolution gewählten Fabrikräte und deren Ersetzung durch „islamische Räte“ gelang es der islamischen Regierung, die Arbeiterklasse einige Zeit zu desorganisieren. Es gab aber zu keinem Zeitpunkt eine Situation, in der es nicht zu einzelnen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und islamischen Betriebsleitungen gekommen wäre. 1982

Fabrik ungewiß sei. In der Fabrik „Navard-e-Ahvaz“ in Ahvaz wurde im Februar nach mehrjährigen Auseinandersetzungen schließlich ein solcher Plan durchgeführt. Die Lohnerhöhung betrug für die unteren Lohngruppen nur 360 Rial. Arbeiter mit zehn Jahren Betriebszugehörigkeit erhielten 6000 Rial. Dafür wurden aber den Arbeitern die Überstunden gestrichen, auf die sie wegen der niedrigen Löhne angewiesen waren, ebenso Essenszuschüsse und fünf Stunden Freizeit pro Monat.

Weitere Forderungen richten sich nach ausreichender Kranken- und Sozialversicherung, Arbeitsschutz- und Hygienemaßnahmen, Beseitigung von Wohnungsnot und Mietwucher. Der Kampf um Arbeitszeitverkürzung und die Ablehnung von Zwangsüberstunden steht ständig auf der Tagesordnung. Gefordert wird die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden und zwei freie Tage in der Woche. Weiter gibt es nach wie vor Boykottaktionen gegen die Wahlen „islamischer Räte“ und die Forderung nach Kündigungsschutz.

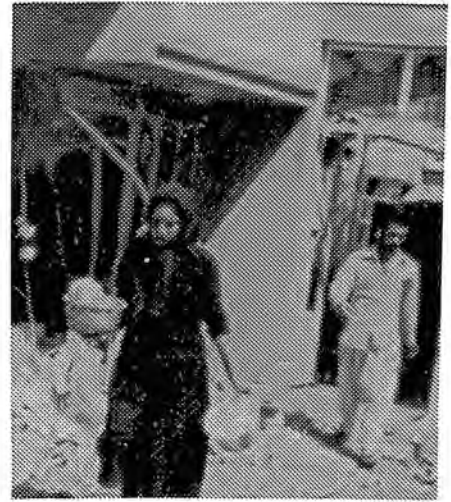
Insgesamt kann gesagt werden, daß die Arbeiter in den Betrieben trotz der brutalen Unterdrückung unruhig und kämpferisch sind, wenn auch diese Kämpfe in der Regel auf betriebliche Auseinandersetzungen beschränkt sind. An den Angriffen auf die Arbeiterklasse offenbart sich der Charakter dieser Republik am deutlichsten. Kapitalistische Ausbeutung und imperiali-

stische Abhängigkeiten prägen das Land stärker denn je. Versuche, die Importabhängigkeit der Wirtschaft auf Kosten des Lebensniveaus der Werktätigen zu vermindern, sind fehlgeschlagen.

Die Fortsetzung und erfolgreiche Stärkung der Kämpfe der Arbeiterbewegung werden für die Aussichten der Opposition, besonders der revolutionären Linken, entscheidend sein.

Für die westdeutsche Linke muß die Solidarität mit den unterdrückten Völkern Irans und den Kämpfen der iranischen Arbeiterklasse in konkreten Forderungen nach Beendigung der Waffen- und anderen Geschäfte mit der islamischen Republik und dem Abbruch der Beziehungen münden.

Quellenhinweise: Neue Züricher Zeitung v. 1./2.2.87 u. 23.4.87; verschiedene Ausgaben der Zeitschriften „Résistance“, „Report“, „Iran im Kampf“, „Freiheit für Iran“; Lutz Meyer: „Die Islam. Republik Iran – ein Beispiel für



Durch die islamischen Arbeitsgesetze wurden Frauen aus Ämtern, Ministerien und Fabriken entlassen

autozentrierte Entwicklung und Dissoziation?“ (in: „Orient“, Zeitschrift des Deutschen Orientinstituts, 3/85); „Berichte, Nachrichten und Analysen über Arbeiter, Bauern und Straßenhändler im Iran“, 1982; „Iran – Irak Bis die Gottlosen vernichtet sind“, Hrg. Anja Malanowski u. Marianne Stern 1987 (rororo aktuell 12133); A.H. Behrawan: „Iran, die programmierte Katastrophe“, Fischer 1980 – (rew)

Daten zur deutschen Expansion im Iran

Bereits 1857 werden im „preußisch-persischen Freundschafts- und Handelsvertrag“ die Möglichkeiten für Handelsbeziehungen erkundet. 1873 wird ein zweiter „Freundschafts-, Handels- und Schiffsvertragsvertrag“ abgeschlossen. 1885 folgt die Errichtung einer ständigen deutschen Gesandtschaft in Teheran sowie die Eröffnung einer deutschen Schule. Bis zum Beginn des ersten Weltkrieges liegt Deutschland bereits an sechster Stelle der Einfuhrländer mit ca. drei Mio. Reichsmark (RM) und an siebter Stelle der Ausfuhrländer mit 0,5 Mio. RM. Nach dem ersten Weltkrieg versuchen das Deutsche Reich und die Industrie den Verlust der Kolonien durch verstärkte Expansion in den Iran auszugleichen. 1918 wird in Berlin die „Deutsch-Persische Gesellschaft“ (DPG) gegründet. Deutsche Konzerne erhalten die meisten Aufträge im Rahmen der ehrgeizigen Industrialisierungsprojekte Reza Khans. Die Firmen Julius Berger Tiefbau AG Berlin, Philip Holzmann AG und Siemens Bauunion werden an einem Konsortium zum Bau der Nord-Süd-Eisenbahnstrecke beteiligt. 1927 erhält die Firma Junkers die Konzession zur Errichtung eines innerpersischen Flugnetzes. Die Firma Siemens baut das Telefonnetz aus. Bis 1933 erfolgt ein rasanter Aufschwung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Nach der Machtergreifung der Nazis wird 1936 in Teheran die deutsch-iranische Handelskammer errichtet. Nach dem zweiten Weltkrieg wird diese Entwicklung ungebrochen fortgesetzt. Der deutsch-iranische Handel steigt von 428 Mio. DM im Jahr

1961 auf 5,7 Mrd. DM im Jahr 1976 (Exporte nach Iran). Die iranischen Exporte in die Bundesrepublik steigen von 914 Mio. DM 1961 auf 4,9 Mrd. DM 1976. Die Bundesrepublik ist zum wichtigsten Importpartner geworden. In Tabriz wird ein Mercedes-Montagewerk errichtet, wo importierte Original-Einzelteile zu LKW's zusammengebaut werden. An sog. „Joint-venture-Unternehmen“ sind u.a. beteiligt: Hoch-Tief AG, DEMAG AG, Daimler Benz AG, Degussa, Bayer. Zwischen 1969 und 1977 werden noch einmal 28 Joint-venture-Gesellschaften gegründet. Auch in militärischer Hinsicht erleben die Beziehungen einen Aufschwung: 400 Leopard-Panzer werden geliefert, Rüstungsindustrien in Lizenz errichtet, iranische Waffentechniker in der BRD ausgebildet. – In den Revolutionsjahren 1978 und 1979 und den Jahren danach stagnieren die Beziehungen. Doch in der Islamischen Republik sind die Bedingungen für Fortsetzung und Ausweitung der Geschäfte gegeben. Noch nie hat der Handel zwischen der BRD und Iran eine solche Blüte erlebt, wie zur Zeit. 1985 liegt das Handelsvolumen bereits bei über 18 Mrd. DM und ist damit doppelt so hoch wie in den besten Jahren des Schahregimes. Daimler und MAN liefern schwere LKW und Sattelzugmaschinen. Viele Fahrzeuge sind eindeutig als nichtzivile zu erkennen, so die ca. 400 olivfarbenen Panzertransporter der Firma Faun und die dazugehörigen Auflieger der Firma Blumhardt, die 1982 über Bremen verschifft wurden. Seit Schah-Zeiten wird bereits das G3-Gewehr von Heckler und Koch in Iran in Lizenz gebaut. So verdienen sich westdeutsche Konzerne am Golfkrieg eine goldene Nase.

Philippinen

Der CIA-finanzierte Terror der „Jesus-Krieger“

Nach der im Februar in Kraft getretenen neuen philippinischen Verfassung sind alle paramilitärischen Verbände aufzulösen. Diese Bestimmung richtet sich gegen die faschistischen Bürgermilizen und Privatarmeen aus der Marcos-Ära. Präsidentin Aquino erließ vor Monaten auch eine entsprechende Direktive, die jedoch nirgends verwirklicht wurde. Im Gegenteil: Seit dem Ende der 60tägigen Waffenruhe im Bürgerkrieg zwischen der philippinischen Armee und der revolutionären Neuen Volksarmee, NPA, operieren im ganzen Land neue Terrorbanden mit Namen wie „Jesus-Krieger“, „Die Massen erheben sich“, „Bürgerarmee gegen Kommunismus“ etc. und mit Methoden wie die berüchtigten Todeschwadronen in Lateinamerika. Präsidentin Aquino sah sich dazu hingerissen, das Wirken dieser Terrorbanden mit dem Begriff „people power“ zu umschreiben.

Diese Terrorbanden, die jeden als Sympathisanten der Kommunisten Verdächtigen hinrichten und die abgeschlagenen Köpfe als Trophäen zur Schau stellen, genießen nicht nur die Unterstützung der philippinischen Re-

gierungsstellen und Armee, sondern sind zumeist direkt von Provinzgouverneuren und Armeeeoffizieren gegründet worden. Teilweise haben auch Großgrundbesitzer ihre niemals aufgelösten Privatarmeen in den letzten Monaten einfach umbenannt – als das Aquino-Regime seine liberale Maske fallenließ und das Startzeichen zur Kommunistenverfolgung gab. Großteils werden die Terrorbanden von der CIA gehalten, wie überhaupt das Strickmuster des Terrors das Ganze als US-Projekt erkennen läßt.

US-Präsident Reagan hat die CIA autorisiert, verdeckte Operationen auf den Philippinen zu unternehmen, und hat den CIA-Etat für die Philippinen aufgestockt. Parallel dazu haben scheinbar private US-Initiativen, vor allem rechte Sekten, und Ex-US-Generäle die Philippinen als neues Wirkungsfeld entdeckt – so Ex-General Singlaub, von Südkorea bis Nicaragua als Sponsor des reaktionären Terrors bekannt. Die rechten US-Sekten haben ein Defizit der katholischen Kirche auf den Philippinen in der Propaganda gegen die Revolution ausgemacht und bieten jetzt für Armeeeingehörige, Regierungsbeamte, Angehörige der Oberschicht und Journalisten eine religiös verbrämte, antikommunistische Ideologisierung an – mit wachsendem Zulauf. Früchte des frommen Wirkens sind Terrorbanden wie die „Jesus-Krieger“. Der Erfolg der Terrors für das Aquino-Regime ist allerdings fraglich: Er untergräbt dessen humanitäres, liberales Image.

Quellenhinweis: Far Eastern Ec. Review, 9.4.87, 23.4.87 – (wom)

Italien

Kirche mischt sich in den Wahlkampf ein

Am nächsten Wochenende wird in Italien ein neues Parlament gewählt. Die Fünferkoalition aus Christdemokraten (DC), Sozialisten und drei kleinen Mittelparteien war vor zwei Monaten mit großem Getöse auseinandergefliegen. Die inhaltlichen Differenzen – u.a. ging es um die Haltung der Regierung zu einem Volksentscheid über die Kernenergie – hätten Koalitionsbruch und Neuwahlen nicht unausweichlich gemacht. Eine wichtige Rolle spielte auch der Wille der Christdemokraten, als die bei weitem stärkste Koalitionspartei wieder den Regierungschef zu stellen.

Bei dieser Vorgeschichte spricht viel dafür, daß die Wahl ausgeht wie noch jede seit 40 Jahren: mit der Bildung einer Regierungskoalition um die DC. Der Vorsitzende des Industriellenverbandes hat sich energisch für eine Neuaufgabe der Fünferkoalition ausge-

sprochen. Und doch: Der Krach zwischen Christdemokraten und Sozialisten läßt die einzig denkbare Alternative, eine Koalition der Kommunisten mit den Sozialisten und einigen kleineren Parteien, nicht mehr ganz so utopisch erscheinen wie noch vor einigen Monaten.

Die – wenn auch nur geringe – „Gefahr“, daß die Christdemokraten erstmals auf den Oppositionsbänken landen könnten, hat sogleich die katholische Kirche auf den Plan gerufen. Der Vorsitzende der italienischen Bischofskonferenz setzte sich für Treue zur „traditionellen Einheit des Engagements der italienischen Katholiken“ ein. Einen so eindeutigen Wahlauftrag für die katholische Einheitspartei DC hatte man seit dem Konzil nicht mehr von den Bischöfen gehört. Poletti räumte zwar ein, daß „im Prinzip sich aus dem einen Glauben nicht notwendig identische politische Entscheidungen ergeben“. Aber „im konkreten“ seien eben „nicht alle Entscheidungen mit dem Glauben und dem Menschen- und Gesellschaftsbild vereinbar, das sich aus dem Glauben ergibt“.

Die anderen Parteien protestierten sofort gegen diesen Bruch des Konkordats, das Staat und Kirche zur Nichteinmischung in die jeweils andere „Ordnung“ verpflichtet. Selbst in der Bischofskonferenz war die Erklärung offenbar nicht unumstritten. Der Generalsekretär der Konferenz sagte, daß die Kirche „Italien und nicht der DC“ helfen wolle. Daraufhin teilte Poletti über seinen Pressesprecher mit, seine Erklärung bedürfe derartiger Klärstellungen nicht.

Mit Spannung erwartete man nun die Vollversammlung der Bischofskonferenz Mitte Mai und besonders die Ansprache des Papstes dort. Ohne die Christdemokraten beim Namen zu nennen, ließ Johannes Paul II. die Geschichte des politischen Katholizismus in Italien Revue passieren, der „bei allen Schwierigkeiten und Mängeln doch zu einer langen Periode geordneten Fortschritts“ beigetragen habe. Die Katholiken rief der Papst auf, „die weltliche Ordnung nach Gottes Plan einzurichten“ und „das christliche Gesicht Italiens zurückzugewinnen“. Jeder verstand, daß dazu demnächst an der Wahlurne Gelegenheit ist.

Niemand solle sich wundern, so der Papst weiter, wenn sich die Katholiken auch bei politischen Entscheidungen an ihre tiefen Überzeugungen hielten, „folgsam der Führung ihrer Hirten“. Die vor allem in der Jugend einflußreiche Laien-Erweckungsbewegung „Kommunion und Befreiung“ (CL) hat schon gespürt. Ihr Führer Formigoni, der in letzter Zeit gelegentlich mit den Sozialisten geliebäugelt hatte, kandidiert für die DC.

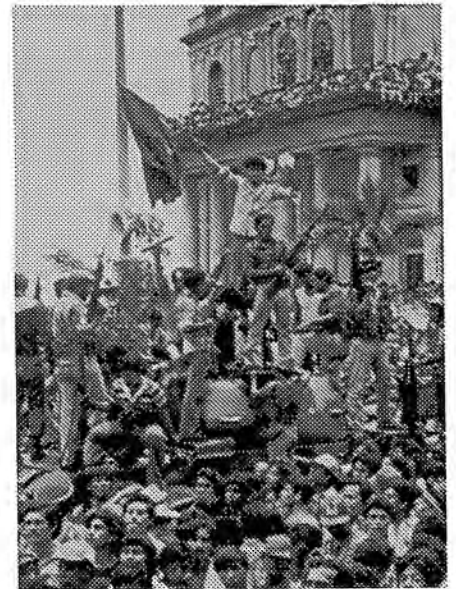
Quellenhinweis: l'Unità, Mai 1987 – (ulg)

Nicaragua

Autonomiestatut für Indianer der Atlantikregion

Ende April verabschiedeten 210 indianische Delegierte in Puerto Cabezas an der nördlichen Atlantikküste Nikaraguas ein im wesentlichen von der Regierung vorgeschlagenes Autonomiestatut für die Atlantikregion. An der „Vielvölkerkonferenz“ beteiligten sich über 2000 Teilnehmer, darunter auch Innenminister Borge. Nach der Verabschiedung durch das Parlament in Managua soll das Autonomiestatut noch in diesem Jahr in Kraft treten.

10 Prozent der Einwohner Nikara-



guas bewohnen die Atlantikregion, darunter 100000 Miskito-, 12000 Sumo- und 1500 Rama-Indianer sowie 26000 Kreolen, 1500 Garifunas und 182000 Mestizen. Die Region (Moskita) war 1894 von Nicaragua mit militärischer Unterstützung der USA annektiert. Vorher stand sie, zu ihr gehörten auch Teile des heutigen Honduras, unter englischer Kolonialherrschaft. 1960 entschied der Internationale Gerichtshof nach Grenzstreitigkeiten zwischen Honduras und Nicaragua die Teilung der Moskita. Nach der Befreiung versagten die Sandinisten den Indianern die erhoffte Autonomie. 1981 nahmen verschiedene Indianerorganisationen den Kampf gegen die Zentralregierung auf, einige schlossen sich den Contras an. Ein Jahr später führten die Sandinisten die Zwangsumsiedlung von 10000 Miskito-Indianern durch, vermutlich um die militärstrategisch bedeutsame Region gegen die zunehmenden Angriffe der Contras halten und um weiterhin die Bodenschätze fördern zu können. Daraufhin flohen über 20000 Indianer nach Honduras. Seit 1984 verhandelt die Regierung Nikaraguas mit Indianerorganisationen über die friedliche Beilegung des Kon-

fliktes. Sie ließ Gefangene frei, verkündete eine Amnestie und machte die Zwangsumsiedelungen rückgängig. Viele Indianer kehrten in ihre Dörfer zurück.

Ob mit dem Autonomiestatut die Auseinandersetzungen beigelegt sind, bleibt fraglich. Nicht alle Indianerorganisationen waren anwesend und wichtige Forderungen wurden nicht erfüllt. Das Autonomiestatut weist alle Ansätze von „Separatismus“ zurück und betont die Einheit der nikaraguanischen Nation, eines „multiethischen Staates“, der die indianischen Gemeinschaften untrennbar angehören. Es verankert die kulturelle Selbständigkeit. Die drei Indianersprachen und das von den Schwarzen gesprochene Englisch werden offizielle Sprachen in der autonomen Region. Ein gewählter 36köpfiger Nationalrat und Regionalbehörden übernehmen dezentralisierte staatliche Aufgaben. Sie können „in Koordination mit den jeweiligen Ministerien die Gesundheits-, Erziehungs-, Versorgungs- und Kommunalprogramme verwalten sowie eigene Projekte der Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur vorantreiben“. In Wirtschaftsfragen bleibt den indianischen Organen nur eine beratende Stimme. Ungeklärt bleibt, welche Möglichkeiten die Indianer überhaupt haben, die Überausbeutung der natürlichen Bodenschätze (Edelhölzer, Mineralien) zu verhindern, wenn die Regierung wegen der Auslandsverschuldung die Rohstoffexporte weiter steigern will. Zudem sollen die Erlöse an die Zentralregierung fallen. Die Differenzen in der Frage der Landesverteidigung sind nicht ausgeräumt. Indianerorganisationen hatten die Selbstverteidigung gefordert, die das Autonomiestatut nicht vorsieht. Offen ist noch die Festlegung der indianischen Stammesgebiete.

Quellenhinweis: NZZ, 02.06.87; Latein-Nachrichten, 133 und 142 – (sie)

Kanada

Québec stimmt einem Verfassungsabkommen zu

Am 30. April haben der kanadische Premierminister Mulroney und die Premiers der zehn kanadischen Provinzen in einer Verfassungskonferenz in Meech Lake, Québec, umstrittene Fragen der 1982 verabschiedeten Verfassung beraten und Einigung über einen Novellierungsentwurf erzielt, den sie Anfang Juni in einer weiteren Konferenz unterzeichnet haben. Kernpunkt ist die Frage eines Sonderstatus für die Provinz Québec, für den jetzt die Formulierung einer „distinct society“, einer abgesonderten Gesellschaft, festgelegt wurde. Mit dieser Formel sind keine Rechtsansprüche verbunden, etwa

auf dem Gebiet des Sprachenstreits, bei dem die Zentralregierung auf Zweisprachigkeit besteht, während viele Québecer verlangen, daß das Französische in ihrer Provinz Regelsprache sein muß, um sich überhaupt auf dem nordamerikanischen Kontinent behaupten zu können.

Im Austausch für dieses und andere geringe Zugeständnisse hat die derzeitige Regierung von Québec zugesagt, die kanadische Verfassung zu unterzeichnen und damit Vollmitglied der kanadischen Föderation zu werden. Die Zugeständnisse betreffen Rechte, die auch den anderen Provinzen eingeräumt werden, nämlich ein Vetorecht bei Verfassungsänderungen; Recht auf Ersatz von Bundesprojekten durch eigene Programme ohne Wegfall der Finanzhilfen des Bundes; Mitsprache bei Einwanderern und Quotierung; jährliche Konferenzen der Regierungschefs zur Abstimmung zwischen Provinzen und Bund.

Das Abkommen hat in der Liberalen Partei, der sowohl der frühere Premierminister Trudeau als auch der jetzige Québecer Premier Bourassa ange-

hören, scharfe Kontroversen ausgelöst. Trudeau sieht darin im Unterschied zu seinem Nachfolger im Parteivorsitz, John Turner, eine gefährliche Dezentralisierung, die den Staat in Krisenzeiten handlungsunfähig machen könne; Turner hat energische Kritiker des Abkommens aus seinem Schattenkabinett entfernt. Die sozialdemokratische NDP unterstützt die Stärkung der Rechte der Provinzen.

Die Parti Québécois, die von der Forderung nach Selbständigkeit als Kernforderung unter ihrem neuen Parteiführer Pierre Marc Johnson abgerückt ist (die Parti Indépendantiste hat sich mit der Forderung nach Souveränität abgespalten), hat das Abkommen als folgenloses „Pressekommuniqué“ kritisiert und auf das Fehlen jedweder Garantien hingewiesen. Der Québecer Premier Bourassa hat jedoch Manövierrspielraum genug, um wichtige Mitglieder der Parti Québécois zu Beratern in den weiteren Verhandlungen mit der Bundesregierung ernennen zu können.

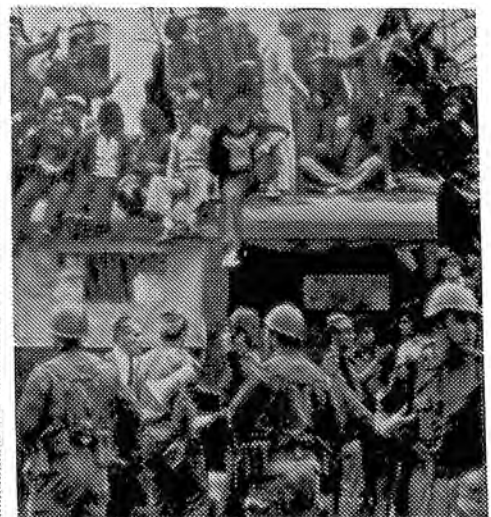
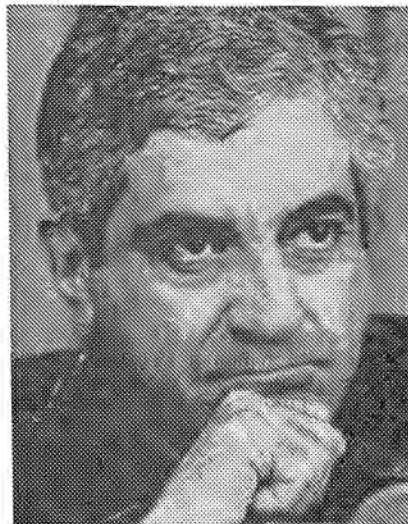
Quellenhinweis: Maclean's, 11. und 18. 5.87; SZ, 6.6.87 – (mfr)

Portugal

Urteil gegen Otelo de Carvalho: 15 Jahre für den Anführer der Nelkenrevolution

Am 20. Mai 1987 wurde Otelo Saraiva de Carvalho nach dreijähriger Untersuchungshaft von einem Lissaboner Gericht zu fünfzehn Jahren Gefängnis verurteilt. Internationale Prozeßbeobachter bestätigten übereinstimmend die Klagen der Verteidiger, daß die primitivsten Regeln eines rechtsstaatlichen Verfahrens am Laufband verletzt wurden. Anstelle von Beweisen bot die Anklage „reumütige Kronzeugen“ auf, die gegen die Zusicherung von Straffreiheit alles Mögliche und Unmögliche aussagten, um Otelo zu belasten.

Die Angeklagten saßen während der Verhandlungen im Gericht von Monsanto in Käfigen, von Richtern, Publikum und Journalisten durch Panzerglasscheiben getrennt. Am 11. Dezember 1986 erklärte der Staatsanwalt auf einer Pressekonferenz: „Wie auch immer das Urteil ausfällt, die Angeklagten werden im Gefängnis bleiben, denn es sind in mehreren Distrikten Prozesse anhängig, die ebenfalls eine Untersuchungshaft erfordern.“ Einer der drei Richter hatte persönlich die



Mit der sog. Nelkenrevolution verbanden sich die Hoffnungen von Millionen Portugiesen (links: Otelo de Carvalho, rechts: feiernde Jugendliche 1974)



In Frankreich steht das Gesetzesvorhaben über Arbeitszeitflexibilisierung auf der Tagesordnung. Ein entscheidender Punkt des Gesetzes ist die Durchsetzung der Nachtarbeit für Frauen. Deshalb will Frankreich auch die Konvention Nr. 89 der ILO (Verbot der Nachtarbeit für Frauen) kündigen bzw. revidieren. Am 1.6. fand in Paris eine Veranstaltung von Gewerkschaftern, Betriebsärzten und Betroffenen gegen die Nachtarbeit auf Initiative der kommunistischen Abgeordneten Jackie Hoffmann statt (Bild). Dort wurde kritisiert, das Gesetz verschlechtere im Namen einer Pseudo-Gleichberechtigung die Arbeitsbedingungen vor allem der schlecht ausgebildeten und -bezahlten Frauen. – (sur)

Genua: Generalstreik gegen „weiße Morde“

60000 haben am 18. Mai in Genua für mehr Arbeitssicherheit und die Schließung lebensgefährlicher Industrieanlagen demonstriert. Wenige Tage zuvor war in der norditalienischen Hafenstadt ein Methanoltank explodiert; vier Arbeiter starben. Auf dem Depot mitten in einem Wohnviertel sind 21000 Kubikmeter hochexplosive Kohlenwasserstoffe gelagert. Die Anwohner kämpfen seit 15 Jahren für die Schließung des Depots. Nach dem Unfall riefen die Gewerkschaften in der Stadt zu einem zweistündigen Generalstreik gegen die „weißen Morde“ auf, wie die italienischen Arbeiter tödliche Arbeitsunfälle nennen. Im ganzen

Land legten die Lohnabhängigen symbolisch für 15 Minuten die Arbeit nieder. – (ulg)

Peru: zunehmende Proteste gegen Wirtschaftspolitik

Ende Mai streikten trotz Streik- und Koalitionsverbots Tausende von Polizisten für Lohnerhöhungen. Nach vier Tagen machte die Regierung Zugeständnisse. Einen Tag später legte ein Generalstreik gegen die reaktionäre Wirtschaftspolitik der Garcia-Regierung des größten Gewerkschaftsverbandes, des kommunistischen CGTP, in dem 90 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen sind, die größten Städte des Landes lahm. Die Regierung setzte Militär gegen die Streikenden ein. – (sie)

Spanien: Angriffe gegen die Lohnabhängigen

Der spanische Kapitalistenverband beklagt um rd. 30% wachsende Importe bei einem Exportanstieg von nur 7% seit EG-Beitritt. Die Regierung gibt wachsende Staatsschulden bekannt. Gemeinsam versuchen beide die Streiks in der Industrie und den Öff-



fentlichen Diensten niederzuhalten. Gegen den Streik im Gesundheitswesen für bessere öffentliche Gesundheitsversorgung mit höherem staatlichen Finanzierungsanteil und für eine Senkung der Arbeitsstunden führt die bürgerliche Presse eine Kampagne wegen angeblich unterlassener Hilfeleistung. In Zaragoza griff die Polizei eine Demonstration streikender Arbeiter von General Motors an. Die Arbeiter befinden sich seit zwölf Tagen im Streik und fordern eine Senkung der Bandgeschwindigkeit, Verlängerung der Pausen und die Wiedereinstellung eines Entlassenen. In Zafra, Badajoz, haben 800 Arbeiter die Fabrik Diter, Mehrheitsbesitz KHD (BRD), wegen geplanter Entlassungen und ausstehender Zahlungen an die Sozialversicherungen, besetzt. – (chc)

dreijährige Untersuchungshaft gegen Otelo angeordnet. Einer der drei Richter jedoch erklärte bei der Urteilsverkündung, er betrachte Otelos Unschuld für erwiesen, das Verfahren sei eine Verhöhnung der unabhängigen Justiz.

Der 25. April 1974 auf der Anklagebank

Die von der Bewegung der Hauptleute herbeigeführte Nelkenrevolution setzte der faschistischen Diktatur im Jahr 1974 ein jähes Ende. Otelo de Carvalho war der strategische Kopf des unblutigen Umsturzes. In seinem Buch „Anklage und Verteidigung in Monsanto“ schreibt er: „Ich wußte, daß ich eines Tages dafür bezahlen würde, daß ich die Bauern und Arbeiter unterstützt habe, die tausende Hektar Land und Wohnungen, die aus Spekulationsgründen leerstanden, besetzten. Ich wußte auch, daß man mir vorwerfen würde, die Besetzungen von leerste-

henden Fabriken durch die Arbeiter, die Organisation von Arbeiter-, Soldaten- und Stadtteilkomitees unterstützt zu haben.“

Er war es, der 1975 den Rechtsputsch von General Spínola vereitelte. Bei den Präsidentschaftswahlen 1976 erzielte er als unabhängiger, von keiner großen Partei unterstützter Linkskandidat 18 Prozent der Stimmen und kam damit auf den zweiten Platz hinter Eanes. 1977 hofft die Rechte, gestützt auf eine Gruppe konservativer Offiziere, von neuem ein autoritäres Regime errichten zu können. Selbst Soares, damals Ministerpräsident, beschwor vor dem Parlament die Gefahr einer Rückkehr zum Faschismus. Otelo entwirft einen – als „Globales Projekt“ bezeichneten – Widerstandsplan für den Ernstfall, der eine politische Massenorganisation, Volksmilizen und eine unabhängige Struktur innerhalb der Streitkräfte umfaßt. Dieser Plan dient

als Vorwand, um Otelo und zahlreiche weitere Mitglieder seiner legalen Partei FUP am 19./20. Juni 1984 zu verhaften. Mithilfe einer angeblich linksextremen Gruppe, die sich FP-25 nennt, mehrere Attentate verübt hat, und die von der Anklageschrift als militärischer Arm der FUP bezeichnet wird, wird das „Globale Projekt“ in einen „terroristischen Umsturzversuch“ umgedeutet. Otelo sei „für die Gründung, die theoretischen Grundlagen und die Durchführung der Aktionen der FP-25 verantwortlich.“ Trotz dreijähriger Ermittlungen gelingt es der Staatsanwaltschaft nicht, auch nur den Schimmer eines Beweises für diese Behauptung zu erbringen.

NATO und USA-Interessen

Geostrategisches Ziel der USA nach 1974 war, daß Portugal ein verlässlicher Partner der NATO bleiben muß. So versteht man die ständigen massiven

Eintägiger Generalstreik in British Columbia

Am 1. Juni traten in der kanadischen Westprovinz British Columbia 300000 Arbeiter und Angestellte in einen eintägigen Generalstreik gegen einen Gesetzentwurf der Provinzregierung, der einem Tarifkommissar das Recht gibt, Streiks per Schiedsspruch oder Schlichter zu beenden. Die Regierung, ermuntert durch die Feststellung des obersten Gerichtshofes vor wenigen Wochen, daß das Streikrecht kein Verfassungsgut darstellt, will investitionsfreundlichen Arbeitsfrieden sichern. – (mfr)

USA: Reagan forciert Isolierung der Aids-Kranken

Am Vorabend der dritten internationalen Konferenz über Aids hat US-Präsident Reagan radikale Maßnahmen zur Isolierung und Verfolgung von Aids-Kranken angekündigt. Sein Konzept sieht Zwangsuntersuchungen für die am meisten Entrechteten vor: Gefangene und Ausländer. Wer eine Drogen- oder Seuchenberatungsstelle aufsucht, soll zwangsuntersucht werden, sowie alle Krankenhauspatienten. Heiratserslaubnis soll nur noch erhalten, wer nachweislich aids-frei ist. Etwa 54 Mio. Menschen wären betroffen. Bei der Eröffnung der Konferenz führte Vizepräsident Bush aus, man sei es den Gesunden schuldig, sich ein Bild über das Ausmaß der Seuche zu beschaffen. Was mit denjenigen geschehen soll, deren Aids-Test positiv ausfällt, darüber schweigen sich beide aus. Hilfe für Betroffene und Forschungsgelder sieht das Konzept nicht vor. Schützen soll man sich durch Hochhalten moralischer Werte wie Abstinenz und Sex nur noch im Ehebett mit staatlich geprüfter Heiratserslaubnis. Auf Proteste

im Saal reagierte Bush mit: „Was, gibt es hier etwa Schwule?“ In Washington protestierten über 200 Leute gegen die Zwangsmaßnahmen. 64 wurden verhaftet, die Polizisten trugen leuchtend orangefarbene Stulpenhandschuhe. – (ger, her)

Iran/Contra-Affäre – unerwartete Enthüllungen

In den Anhörungen häufen sich die Reagan belastenden Aussagen der unteren Mittelsmänner und die sich widersprechenden Aussagen der höheren Chargen des staatlichen Waffenschleppings. Kürzlich wurde ein Dokument von CIA-Chef Casey an den

damaligen Sicherheitsberater McFarlane bekannt, in dem der Plan zur Umgehung des drohenden Verbots von Militärhilfe an die Contras dargelegt ist. Reagan sagt jetzt, er habe natürlich von der „Unterstützung der Freiheitskämpfer“ gewußt. Vor kurzem hatte er noch „gar nichts gewußt“. Jesse Jackson, Vorsitzender der Regenbogenkoalition und inoffizieller Präsidentschaftskandidat, kommentiert: „Sturmwolken ziehen auf, Regen fällt und das Wasser steigt. Alle im Erdgeschoß des Weißen Hauses sind schon untergegangen und während sie sich um ein Rettungsboot schlagen, zeigen sie auf ihn.“ – (ger, her)



„Ausnahmezustand ohne Ende! – Südafrika/Azania-Vertreterinnen von Basisorganisationen (Cape Action League und United Women Congress) berichten über: Perspektiven des Widerstands.“ Die gemeinsame Rundreise von Lynn Brown und Rita Edwards, deren Organisationen der UDF bzw. der NF angehören, wird organisiert von der AAB-Gruppe Frankfurt und dem Frankfurter Afrika-Arbeitskreis. Ziel der Rundreise soll sein, über die aktuelle Situation in Südafrika und über Ansätze zur Einheit der Befreiungskräfte zu berichten sowie Ziele und Perspektiven des Kampfes vorzustellen. Termine: Mannheim, 15.6.; Frankfurt, 16.6., 17.6./18.6 (Kirchentag); Freiburg, 19.6.; Kassel, 20.6.; Bonn, 22.6.; Münster, 23.6.; Bielefeld, 24.6.; Hamburg, 25.6.; Westberlin, 26.6.; Stuttgart, 29.6.; Schwäbisch-Hall, 30.6.; Ulm, 2.7. – (sie)

Einmischungen der USA in die portugiesische Politik, angefangen mit der offenen Unterstützung für Spinolas Putschplan 1975. Eine „Armee zur Befreiung Portugals“ wurde aus ehemaligen Agenten des Salazar-Geheimdienstes PIDE rekrutiert. 7000 Soldaten der US-Navy landeten im spanischen Rota, um Spinola gegebenenfalls zu Hilfe zu kommen. Washingtons damaliger Botschafter in Lissabon hieß Frank Carlucci, der schon 1964 die Aktion des CIA gegen den linksgerichteten Präsidenten Brasiliens, Joao Goulart, koordiniert hatte. Carlucci, später als Vizeverteidigungsminister für die geheimen Waffenlieferungen an die UNITA in Angola zuständig, hat es mittlerweile zum Sicherheitsberater Ronald Reagans gebracht.

Erfolgreicher war die wirtschaftliche Daumenschraube, die die USA und ihre Verbündeten ansetzten: Einstellung der amerikanischen Weizenlieferungen,

Schließung der ITT-Betriebe, Boykottmaßnahmen seitens der BRD, die übrigens seit Jahren im Rahmen der NATO-Arbeitsteilung für die spezielle Militärhilfe an Portugal zuständig ist. Der Weltwährungsfonds erstellte einen Plan, der die Rückgängigmachung der Agrarreform, die Rückgabe der enteigneten Ländereien und Fabriken, die Erleichterung ausländischer Investitionen, Einschränkungen des Streikrechts usw. verlangte. Der Sozialist Mario Soares machte sich zum Vollstrecker dieses Restaurations- und Disziplinierungsplanes.

Die Verhaftung Otelos im Juni 1984 fällt zusammen mit der Parlamentsdebatte über ein neues „Gesetz zur inneren Sicherheit“. Eine Vorlage, die der Staatsrechtler Ingo Müller mit Hitlers Ermächtigungsgesetz verglich, und bei dem deutsche „Experten“ offensichtlich beratend tätig waren. Die Handschrift „ausländischer Ratgeber“

ist unverkennbar, heißt es doch in Artikel 7: „Ausländische Geheimdienste und internationale Organisationen arbeiten zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung mit der Obersten Behörde für innere Sicherheit zusammen.“

Ein seltsamer Zufall wollte es, daß Staatspräsident Soares am 19. Mai 1987, am Tag vor der Urteilsverkündung, in Washington mit zwei hochgestellten Persönlichkeiten zusammentraf: Ronald Reagan und Frank Carlucci.

Solidarität mit Otelo

Otelos Anwälte verlangen die Annullierung des widerrechtlichen Verfahrens. Aber mit jedem Tag, den Otelo länger in Haft bleibt, wächst die Gefahr für seine persönliche Sicherheit. Wo bleibt die Stimme der vielen, die sich nach 1974 für die Nelkenrevolution begeisterten?

(aus: Das Urteil gegen Otelo de Carvalho..., CEDRI, Postfach, CH-4002 Basel – ti)

- Veröffentlichungen -

Süßmuth für „Frauen in Männerberufe“

Der Band „Technik ist auch Frauensache“ enthält neben Beiträgen gewerkschaftlich interessierter Autorinnen auch einen Beitrag der Familien- und Frauenministerin Rita Süßmuth, die sich darin stark macht für „Frauen in Männerberufe“. Interessant ist der Beitrag wegen der Begründungen, die Süßmuth dafür anführt. Erstens erhofft sie sich offensichtlich von der Zunahme weiblicher Beschäftigung insbesondere in industriellen Facharbeiterberufen eine ausbaufähige Möglichkeit, flexible Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen durchzusetzen: Sie setzt auf den Drang von kinderaufziehenden Frauen, angesichts der mangelhaften gesellschaftlichen Einrichtungen wenigstens für bestimmte Zeit in Teilzeitschichten zu arbeiten. Sodann bringt sie ein Argument vor, warum Frauen insbesondere geeignet sind, mit „neuer Technologie“ umzugehen: „Kommunikationsfähigkeit, Durchhaltevermögen ... die Bereitschaft, Details zu beachten“. Das ist durch die Blume dieselbe Kennzeichnung von „Frauenfähigkeiten“, die noch vor wenigen Jahren von den Kapitalisten in der Industrie für üble Bedingungen in der Frauenarbeit gegeben wurde: Z.B. argumentierten Kapitalisten in der Elektroindustrie mit der Fingerfertigkeit und Fähigkeit, Monotonie zu ertragen, um zu begründen, warum Frauen besonders geeignet seien, im Gruppenakkord am Band Kleinteile zu montieren. Die Süßmuth-Vorstellungen von besonderen Frauenfertigkeiten werden in den anderen Beiträgen nicht kritisiert. (Chr. Lippmann, Technik ist auch Frauensache. Frauenförderung im Industriebetrieb, VSA-Verlag, 19,80 DM – uld)

Schuldenkrise der Dritten Welt

Vor kurzem erschien im isp-Verlag eine Aufsatzsammlung zum Thema „Schuldenkrise – In der Dritten Welt tickt eine Zeitbombe“ (pocket 24, 124 S., 14,80 DM) mit Beiträgen von J. Bortz („Die lateinamerikanischen Schulden und die Zyklen der Weltwirtschaft“), von F. Castro („Streich die Schulden der Dritten Welt!“), von E. Mandel („Verschuldungskrise: Eine tickende Zeitbombe“) und W. Wolf („Schuld, Zins, Profit. Sieben Thesen zum Verhältnis zwischen Dritter, Erster und westdeutscher Welt“). Die Autoren arbeiten heraus, daß die Verschuldung der Dritten Welt bei den Imperialisten von 1980 600 Mrd. US-\$ auf heute über 1000 Mrd. gestiegen ist, daß allein die lateinamerikanischen Staaten jährlich über 40 Mrd. US-\$ an Zinszahlungen an die Gläubiger abfüh-

ren müssen, daß sich die Lebensbedingungen der arbeitenden Massen in der Dritten Welt drastisch verschlechtert haben. „Heute“, so behauptet der Klappentext „bestimmt die Verschuldung der Drittweltländer bei den Großbanken in New York, Tokio, Frankfurt usw.“ das Verhältnis „zwischen Metropolen und ‚Dritter Welt‘“. Demgegenüber hätten andere Formen der Ausbeutung und Ausplünderung, die in der früheren marxistischen Analyse im Mittelpunkt standen, wie z.B. der „ungleiche Tausch“, an Bedeutung verloren. Imperialistischer Kapitalexpport und die Inbesitznahme von Rohstoffquellen durch imperialistische Monopole als wesentliche Elemente imperialistischer Ausbeutung der Drit-



ten Welt findet kaum Erwähnung. Als Ausweg aus der „Schuldenkrise“ wird der Vorschlag von Fidel Castro nach Schuldenerlaß diskutiert und unterstützt, als „Sofortforderung im Interesse der Masse der Dritten Welt und im Zeichen der internationalen Solidarität“ und um „der Gefahr eines von hier ausgehenden Bankenkrisis und einer entsprechenden wirtschaftlichen Erschütterung zu begegnen“ (W. Wolf). Hingegen wird die Abkoppelung vom imperialistischen Weltmarkt nicht einmal diskutiert, obgleich W. Wolf z.B. Che Guevara zitiert: „Jedesmal, wenn ein Land sich befreit ... bedeutet dies einen Schlag für das weltweite imperialistische System, aber wir müssen zugeben, daß die Trennung nicht bloß mit dem Akt der Erklärung der Unabhängigkeit oder mit der Vollbringung des bewaffneten Sieges vollzogen ist. Der Bruch ist vollzogen, wenn der imperialistische ökonomische Einfluß auf ein Volk beendet ist. Diese Abtrennung ist deshalb ein lebenswichtiges Interesse ...“ – (sie)

Süßmuth legt Leimruten aus

„AIDS – Wege aus der Angst“ heißt das neue Buch von Rita Süßmuth. Sie will durch die Schaffung eines „Vertrauensverhältnisses zwischen dem Staat einerseits und Menschen mit erhöhtem AIDS-Risiko andererseits“ den Weg zum Einsatz seuchenpolizeilicher Maßnahmen frei machen.

„AIDS bekommt man nicht, AIDS holt man sich“, „AIDS ist noch nicht heilbar, aber vermeidbar“. Deshalb liege die Verantwortung bei jedem Einzelnen. Die Angst vor AIDS sei gut: „Sie schützt den Menschen vor riskanten, leichtfertigen und unbesonnenen Verhaltensweisen und verstärkt so das Bedürfnis, sich vor Gefahren zu schützen. ... Gefahren gehen in erster Linie von all denen aus, die ungeschützten Sexualkontakt mit wechselnden Partnern bzw. Partnerinnen haben, die promisk leben.“ Jeder soll vor jedem Angst haben, sich auf jeden Fall freiwillig testen lassen und sein Leben ändern. Als Erfolg der „Aufklärungskampagne“ verbucht R. Süßmuth, daß mehr Freiwillige zum Test erscheinen.

Die Infizierten und AIDS-Kranken sollen sich ihrem Schicksal ergeben: „Menschliches Leben ist immer gefährdet, es gibt grundsätzlich keine menschliche Existenz ohne Krankheitsgefährdung.“ Nicht an Versorgung und Heilung, sondern am engen Netz psychosozialer Betreuung der Infizierten und AIDS-Kranken mangle es, d.h. an staatlicher Kontrolle und Überwachung. Die Selbsthilfegruppen sollen dabei helfen.

R. Süßmuth läßt an der Vorbereitung auf effektive Anwendung des Bundesseuchengesetzes keinen Zweifel: „Zutreffend ist, daß der Staat dort eingreifen muß, wo einzelne gegen die Gesetze verstoßen, das heißt, den Schutz des Menschen vor Ansteckung und Krankheit mißachten. In solchen Fällen bildet das Bundesseuchengesetz die Grundlage für rechtliche Maßnahmen.“

Zu der Ansicht, daß Lebensbedingungen für die Frage der Ansteckung mit dem HIV-Virus bzw. Ausbruch von AIDS wesentlich sind, meint sie, daß über die gesundheitlichen und vielleicht auch seelischen Einflüsse die Wissenschaft noch kaum etwas wisse. – (sul)

Studie über die Deutsche Bank

Hermannus Pfeiffer ist Mitarbeiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung. In seinem Buch stellt er die These auf, daß drei aufsehenerregende wirtschaftliche Ereignisse der letzten Jahre auf Strategien der Deutschen Bank zur Steigerung ihrer Profite und zur Erweiterung ihrer wirtschaftlichen und politischen Macht zurückzuführen

sind. Diese drei Ereignisse sind die Fusion zwischen Daimler-Benz, AEG, Dornier und MTU, die Umwandlung des Flick-Konzerns in eine Aktiengesellschaft und die kapitalmäßige Umstrukturierung des Medienkonzerns Springer.

Als Zweck der genannten Fusion weist Pfeiffer den Aufbau des größten Rüstungskonzerns in der BRD nach. Durch bewertende Sichtung von Quellen und eigene Untersuchungen belegt er seine These einsehbar und widerlegt öffentliche Behauptungen der beteiligten Sachverwalter des Kapitals, es sei Daimler-Benz nur auf eine Verbreiterung und Abrundung der Produktpalette unter Einbeziehung von Hochtechnologie angekommen. Sehr interessant und wohl kaum in diesem Umfang bekannt sind die dargelegten personellen Verflechtungen der beteiligten Konzerne über Aufsichtsräte, Vorstände und mit Politikern und Wissenschaftlern gemischten Gremien untereinander und mit der Deutschen Bank.

Die Rolle der Deutschen Bank beim Verkauf von 49% der Springeraktien im Juni 1985 beleuchtet Pfeiffer aufgrund zahlreicher Quellen. Eine Erhebung der Monopolkommission von 1984 konnte von dieser selber nicht ausgewertet werden, weil sie kein Recht hat, die Befragten zur Antwort zu verpflichten. Also erfuhr sie so gut wie nichts über die Eigentums- und Beziehungsverhältnisse der bundesdeutschen Presseunternehmen. Sie muß sich selber stützen auf Erhebungen des Statistischen Bundesamtes, das nur Angaben über „selbständige“ Unternehmenseinheiten besitzt, nicht aber über Verflechtungen. Pfeiffer legt Wert auf die Darstellung, wie Axel Springer sein Erbe ordnete. Nach seinen eigenen Worten hatte er den Wunsch, durch Aufnahme von „kongenialen Partnern“ die „Basis für die Zukunft zu erweitern“. Passend erschien ihm die Familie Burda. Jedoch erhob das Bundeskartellamt Einspruch. Pfeiffer zeigt, daß Burdas auch nicht kapitalkräftig genug waren, um das große Geschäft mit den Neuen Medien zu gewährleisten. Dies ging nur über ein von der Deutschen Bank besorgtes Konsortium, das die Aktien unter deren Freunde verteilte.

Ein gesonderter Aufsatz ist der beherrschenden Stellung der Großbanken und wieder hauptsächlich der Deutschen Bank bei der Durchsetzung des Atomprogramms der Regierung gewidmet. Pfeiffer weist nach, daß keine „Energieschlücke“ besteht, die dieses Programm nötig macht, und daß der Atomstrom nicht billiger ist als der Kohlestrom. Profite für die Kraftwerksbauer und die Banken sind der einzige Zweck.

(Hermannus Pfeiffer, Das Imperium der Deutschen Bank, Campus Verlag, Frankfurt/M. 1987 – an!)

Evangelischer Kirchentag

„Markt der Möglichkeiten“ – mit politischer Erpressung gegen Apartheid

Ein Schwerpunkt des am 17. Juni in Frankfurt beginnenden Deutschen Evangelischen Kirchentages wird die Kampagne „Kirchentag gegen Apartheid“ sein. Zu den Organisatoren der Kampagne gehören die seit einigen Jahren in der evangelischen Kirche tätigen Initiativen der evangelischen Frauenarbeit, die vor allem Aktionen für den Boykott von Früchten aus Südafrika durchgeführt haben, sowie verschiedene christliche Initiativen gegen Apartheid und die „Aktion Sühnezeichen“, deren Sprecher das SPD-Vorstandsmitglied Andreas Zumach ist. Die Kampagne hat einen Erfolg zu verbuchen. Am 15. März beschloß das Präsidium des Kirchentages, die Konten des Kirchentags bei der Deutschen Bank zu kündigen. Die Kündigung hatte eine Vorgeschichte: Auf dem letzten Kirchentag in Düsseldorf 1985 hatte eine Versammlung mit etwa 1200 Teilnehmern mit großer Mehrheit das Kirchentagspräsidium aufgefordert, die Konten zu kündigen. Nichts geschah. Darauf beschlossen die christlichen Initiativen Anfang 1986, eine Kampagne zur Durchsetzung des Beschlusses durchzuführen. In einem Brief an das Kirchentagspräsidium im November 1986 erinnerten die Organisatoren an den Beschluß von 1985 und verlangten seine Einhaltung. Das Kirchentagspräsidium beschloß anders: Es schrieb einen Brief an den Vorstand der Deutschen Bank, in dem dieser aufgefordert wurde, in den Umschuldungsverhandlungen mit Südafrika politischen Druck auszuüben und für folgende Forderungen einzutreten:

- Aufhebung des Ausnahmezustandes und der Pressezensur.
- Freilassung der politischen Gefangenen.

- Zulassung verbotener politischer Organisationen, einschließlich des ANC.

„Wenn für den Vorstand des Kirchentages nicht erkennbar werden sollte, daß die Deutsche Bank diese Forderungen als Bedingungen in die Umschuldungsverhandlungen eingebracht hat, wird er dem Präsidium vorschlagen, die Geschäftsbeziehungen zur Deutschen Bank zu beenden.“

Obgleich dieser Brief der Deutschen Bank alle Möglichkeiten offenließ zu behaupten, sie hätte die obigen Forderungen vertreten, aber nicht durchsetzen können, handelte die Bank anders: In einem Brief an das Kirchentagspräsidium im Januar dieses Jahres stellte sie zynisch klar, sie werde diesen Forderungen in keiner Weise nachkommen, weil sie in Umschuldungsverhandlungen keinen politischen Druck ausübe. Die Kampagne „Kirchentag gegen Apartheid“ kündigte daraufhin an, sie werde ihre Mitträgerschaft am Kirchentag einstellen, wenn das Präsidium nicht reagiere. Daraufhin wurde das Konto gekündigt.

Nur wenige Tage später äußerte der Rat der Evangelischen Kirche (EKD), die Kirchenleitung der evangelischen Amtskirche, öffentliche Kritik am Beschluß des Kirchentagspräsidiums. Obwohl der Rat im Juli 1986 erstmals zu Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika aufgerufen hatte, distanzierte er sich nun vom Beschluß des Kirchentagspräsidiums und erklärte, er könne sich dem Beschluß „nicht anschließen noch ihn billigen“.

Das Kontenvolumen des Evangelischen Kirchentages bei den Banken beträgt im Schnitt um die 20000 DM, abgesehen von den Zeiten der Kirchentage. Das ist nur ein winziger Bruchteil des gesamten Kirchenvermö-



Solche Szenen wollen die Kirchenoberen der EKD verhindern: Streikende azanische Eisenbahnarbeiter vertreiben die südafrikanische Polizei.

gens. Das „Handelsblatt“ vom 16.3. kommentierte den Beschluß des Kirchentagspräsidiums mit der Feststellung, der wirtschaftliche Schaden bleibe minimal, der politische Schaden sei jedoch um so größer. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ droht mit einer Spaltung der Evangelischen Kirche. Tatsächlich ist anderes zu befürchten. Der Evangelische Kirchentag hat mit seinem „Markt der Möglichkeiten“ seit Mitte der siebziger Jahre dazu beigetragen, die Opposition in der Kirche zu integrieren und die verschiedensten Strömungen miteinander zu versöhnen. In der Beschlußfassung des Kirchentagspräsidiums ist ein Weg angelegt, die Versöhnung zwischen nicht-imperialistischen Kräften und jenen Kräften, die den BRD-Imperialismus aus vollem Herzen und mit Interesse unterstützen, zu betreiben.

Die kirchlichen Initiativen der Kampagne „Kirchentag gegen Apartheid“ wenden sich vor allem gegen die Unterstützung des BRD-Imperialismus für

Südafrika. Die Initiativen treten meistens für den vollständigen Boykott Südafrikas auf, und an vielen Orten wirken sie mit anderen politischen Kräften für den Boykott. Ihre Einmischung in die Tätigkeiten und Bestrebungen der politischen Opposition in Südafrika ist gering. Der Brief des Kirchentagspräsidiums an die Deutsche Bank jedoch läßt alle möglichen Einmischungen westdeutscher Imperialisten zu, ja wünscht sie geradezu. Die Banken werden nicht aufgefordert, ihre Geschäftsbeziehungen zur südafrikanischen Regierung abzubauen und keine Finanzhilfe mehr für die Tätigkeit westdeutscher Kapitalisten in Südafrika zu leisten, sondern ihre Bankgeschäfte zur politischen Erpressung zu nutzen – wenn auch für einen vorgeblich „guten Zweck“.

Das ermöglicht den tief in die Aufrechterhaltung der Rassistenherrschaft in Südafrika verstrickten westdeutschen Banken, voller geheuchelter Empörung zu erklären, solche Erpres-

sungen könnten sie nie durchführen. Nun ist allgemein bekannt, daß die Bedingungen von Banken, die sie bei Kreditvergabe und Umschuldungsverhandlungen gegen Staaten durchsetzen, die betroffenen Staaten immer zu steuer- und sozialpolitischen Tätigkeiten zwingen. Die Deutsche Bank will auf dem Kirchentag mit einem Vertreter auftreten, um die Diskussion über ihre Tätigkeit in Südafrika zu führen. Sie behauptet, ihre Geschäftstätigkeit sei gegen Apartheid gerichtet. Wenn die Kampagne des Kirchentages für den Boykott Südafrikas sich nicht auf eine Kritik der imperialistischen Einmischung in Südafrika einigen kann, kann sich der Kirchentag dann nur noch mit der Frage befassen, welche Art der Einmischung denn nun wirkungsvoller sei.

Quellenhinweis: Info der Kampagne „Kirchentag gegen Apartheid“, zu beziehen: Kampagne Kirchentag gegen Apartheid, Obermainanlage 7, 6000 Frankfurt 1 – (uld)

Aufruf „Kirchentag gegen Apartheid“

Der Ev. Kirchentag 1987 in Frankfurt steht im Schatten der Deutschen Bank. Dieser Schatten reicht bis nach Südafrika und Namibia. Dort finanziert die Deutsche Bank im Verein mit der Dresdner Bank, Commerzbank und anderen bundesdeutschen Banken die Aufrechterhaltung eines Regimes, das auf der wirtschaftlichen und politischen Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung beruht...

Bundesdeutsche Banken und Unternehmen (z.B. Luft Hansa) füllen heute die wirtschaftlichen und finanziellen Lücken, die der Abzug anderer westlicher Firmen und Banken hinterlassen hat. Mit Wissen und Duldung der Bundesregierung verkaufen sie Rüstungsmaterial – von U-Booten über Hubschrauber zu UNIMOG-Lastwagen. Sie liefern Atomtechnologie, Elektronik und Technisches Wissen, die militärisch genutzt werden können. Finanziert werden diese Geschäfte mit Handelskrediten bundesdeutscher Banken. Diese geben darüber hinaus Anleihen direkt an den südafrikanischen Staat, an Unternehmen und Banken.

Seit 1982 waren 48 bundesdeutsche Banken an solchen Anleihen beteiligt. Unter den 20 international führenden Kreditgebern für den Apartheidstaat sind acht bundesdeutsche Banken:

Dresdner Bank, Deutsche Bank, Commerzbank, Westdeutsche Landesbank-Girozentrale, Berliner Handels- und Frankfurter Bank, Bayerische Vereinsbank, Bayerische Hypotheken- und Wechselbank, Bayerische Landesbank-Girozentrale. Seit Südafrika im September 1985 seine Rückzahlungs-Unfähigkeit erklärte, greifen vor allem bundesdeutsche Banken dem Apartheidsregime durch Zahlungsaufschub und günstige Rückzahlungsbedingungen unter die Arme. Im 1. Halbjahr 1987 beteiligen sie sich an weiteren Umschuldungsverhandlungen.

1984 betrug der Gesamtwert der Anleihen, an denen bundesdeutsche Banken als Manager beteiligt waren, 1,85 Mrd. DM. Allein im ersten Halbjahr 1985 betrug der Gesamtwert über 2 Mrd. DM. Wie Südafrika solche Gelder nutzt, zeigen folgende Zahlen: 1984/85 betrug der Militärhaushalt Südafrikas 3,7 Mrd. Rand, 1986/87 wurde er auf 5,1 Mrd. Rand gesteigert.

In Geschäfte mit Südafrika und Namibia verstrickt ist auch die Bundesregierung. Sie sichert sie ab durch Exportgenehmigungen und Bürgschaften und eine mangelnde

Durchsetzung des UN-Rüstungsembargos gegen Südafrika. Entgegen internationalem Recht bezieht die Bundesrepublik Deutschland Uran aus Namibia. Sie verfolgt dabei nicht nur wirtschaftliche Interessen. Ihr geht es um die Aufrechterhaltung eines Außenpostens der „freien Marktwirtschaft“ und die Durchsetzung der militärischen Interessen der NATO in dieser Region.

Die bundesdeutschen Banken arbeiten mit dem Geld ihrer Kunden. Zu diesen gehören auch die EKD, Landeskirchen, Gemeinden und Kirchenkreise, kirchliche und diakonische Einrichtungen und bislang der Deutsche Evangelische Kirchentag. Solange Christen und Kirchen sich nicht in der Lage sehen, ihre Geschäftsverbindung zu Banken, die am Geschäft mit der Apartheid verdienen, abzubauen, sind sie faktisch Komplizen des Unrechtssystems in Südafrika und Namibia.

Solange das der Fall ist, wirft die Deutsche Bank ihren langen Schatten auch auf diesen Kirchentag. Aus diesem Schatten herauszutreten und sich damit auf die Seite der Menschen Südafrikas und Namibias zu stellen, das ist die Forderung der Kampagne Kirchentag gegen Apartheid.

Mit unserer Forderung befinden wir uns in guter ökumenischer Gemeinschaft. Fast alle Kirchen haben erklärt: „Apartheid ist Sünde.“ Diesen Worten Taten folgen zu lassen, fällt offensichtlich besonders in der EKD schwer. Der ökumenische Rat der Kirchen dagegen hat bereits 1981 Kriterien entwickelt, an Hand derer er seine Bankbeziehungen auf die Verflechtung mit dem Unrechtsstaat hin überprüft hat. Daraufhin hat er seine Konten bei mehreren Banken, u.a. der Dresdner Bank, gekündigt...

Mit unserer Forderung nach dem sichtbaren Bruch zwischen Kirchen und Apartheid stützenden Banken hören wir auch auf die Bitte südafrikanischer und namibischer Partnerkirchen. „Ihr könnt nicht zwei Herren dienen“ – Gott und dem Geld, sagen sie uns mit Matthäus 6, 24. Angesichts der Realität in Südafrika und Namibia fordert das eine Grundsatzentscheidung heraus, die keinen Kompromiß mehr zuläßt. „Es geht darum“, so heißt es im KAIROS-Dokument südafrikanischer Christen, „ungerechte Gesellschaftsformen so zu verändern, daß Menschen einander nicht länger als Unterdrücker und Unterdrückte gegenüberstehen müssen.“

Die von uns geforderte Kündigung des Kirchentagskontos bei der Deutschen Bank ist ein Signal...

Dieses Signal soll in Frankfurt unüberhörbar werden!

Nach Straßenbarrikaden Hetze gegen Hausbesetzer

Freiburg. Nachdem am 6.6. im Freiburger Sanierungsgebiet „Im Grün“ an verschiedenen Stellen Baumaterial und Fahrzeuge einer Leihwagenfirma auf den Straßen in Flammen aufgingen, entfacht die Stadtverwaltung unter OB Böhme (SPD) und die örtliche Presse eine Hetzkampagne gegen die Hausbesetzerbewegung mit dem Ziel, sie als „kriminelle Vereinigung“ zu isolieren und zu kriminalisieren. Vorausgegangen war den Aktionen die Räumung eines u.a. von Obdachlosen bewohnten Hauses und die gerichtlich angeordnete und demnächst bevorstehende Räumung eines weiteren. OB Böhme sprach von generalstabsmäßiger Planung einer „paramilitärischen Aktion“, die Badische Zeitung schlicht von „Verabredung zum Verbrechen“. Böhme forderte Distanzierung durch Grüne und SPD (beides bereits geschehen) und kündigte an, die Vertragsverhandlungen wegen Überlassung eines ehem. Fabrikgeländes an den Arbeitskreis Alternative Kultur müßten „neu bewertet“ werden. Die Aktionen hatten in unmittelbarer Nachbarschaft dieses Geländes stattgefunden. – (kuh)

Ministerpräsident Barschel auf Pommerntreffen

Neumünster. Am 28. Mai fand in der Holstenhalle das dritte Landestreffen der Pommern für Schleswig-Holstein und Hamburg statt. Etwas über 1500 Reaktionäre und Revanchisten waren zu der Feier, die unter dem Motto „Pommern lebt“ stand, erschienen. Bei der Ankunft wurden diese von einer Staffel von Transparenten empfangen, auf denen u.a. die Anerkennung der bestehenden Grenzen gefordert wurde. Zu dieser Aktion hatten der AK Asche Prozeß, Arbeitskreis Ausländerpolitik Neumünster, Autonome Gruppe Kiel, BWK, Lübecker Plenum gegen Faschismus, Revolutionäres Jugendplenum und die Volksfront aufgerufen. In der Festhalle wurden verschiedene Gäste, darunter der frischgekürt Vorsitzende der Republikaner in Schleswig-Holstein, Emil Schlee, und CDU-Ministerpräsident Barschel, der als Hauptredner geladen war und die Veranstaltung nicht als Pflichtübung verstand, begrüßt. In den Redebeiträgen der Revanchisten wurden immer wieder Gebietsansprüche auf die „verlorenen Ostprovinzen“ formuliert und gefordert: „Das ganze Deutschland soll es sein, im Europa freier Völker“. Ministerpräsident Barschel unterstrich seine Verbundenheit mit den Vertriebenen und deren Forderungen und hielt fest, daß Europa „nur frei sein (kann), wenn Deutschland nicht mehr geteilt ist“. – (sip)



München. Gegen die geplante Verkürzung des 13. Schuljahres demonstrierten am 1. Juni etwa 4000 unter dem Motto „Bildung statt Rüstung“, an 27 Münchner Gymnasien streikten etwa 9000 Schüler. In 20 weiteren bayerischen Städten gab es Aktionen. Für den 11. Juni ist ein bundesweiter Protesttag angekündigt. Bild: Schlußkundgebung auf dem Odeonsplatz. – (dil)

Protest gegen AIDS-Maßnahmenkatalog

Nürnberg. Am 30.5. demonstrierten ca. 250 Menschen auf Initiative des Komitees AIDS und Menschenrechte gegen den Maßnahmenkatalog der Bayerischen Staatsregierung. Der Demonstrationsauftritt argumentiert damit, daß der Katalog ungeeignet sei, das Bundesseuchengesetz mißbrauche und Freiheits- und Menschenrechte eklatant verletze. Auf der anschließenden Kundgebung sprachen ein Vertreter der AIDS-Hilfe e.V., ein Landtagsabgeordneter der SPD, ein Stadtrat der GRÜNEN sowie der Nürnberger Ausländerbeirat. Hier wurde auch der rassistische Gehalt der Maßnahmen thematisiert. Einen Tag nach Verabschiedung des Katalogs hatte eine Stadtratsmehrheit aus SPD, GRÜNEN und DKP gegen die Stimmen von CSU, FDP und Oberbürgermeister (parteilos) die Verwaltung beauftragt, alle zulässigen Rechtsmittel zu prüfen, falls die Anweisungen des Münchner Kabinetts verbindlich werden sollten. – (ola)

NRW: NPD-Landesparteitag mit Schützenhilfe der Polizei

Lotte. Die nordrhein-westfälische NPD konnte ihren ursprünglich für den 26.4. in Dortmund geplanten und dort verhinderten Landesparteitag am 28.5. in Lotte-Wersen, Kreis Steinfurt, nachholen. Das Landesinnenministerium war über den Verfassungsschutz informiert und benachrichtigte den Kreispolizeidirektor Schmidts (CDU) zehn Tage vorher. Der ließ am 27.5. bei der Gemeinde nach Räumen für die Unterbringung von Polizeieinheiten anfragen, ohne den Grund mitzuteilen. Erst am Morgen des 28.5. wurde der Bürgermeister von Antifaschisten informiert, 100 beteiligten sich an einer Demonstration gegen den

Parteitag. Der sozialdemokratische Bürgermeister von Lotte und der DGB-Kreisvorsitzende protestierten bei Landesinnenminister Schnoor (SPD). Obwohl das Vorgehen der Polizei jedoch auch rechtlich fragwürdig ist, lehnt Schnoor bisher jede Verantwortung ab und will sich nicht einschalten. – (wof)

Neonazi darf Ausländer jetzt als Volkszähler observieren

Weinheim. Erst durch persönliche Begegnung wurde bekannt, daß die Stadtverwaltung von Weinheim den bundesweit bekannten Neonazi und „Deutsche-Liste“-Stadtrat Deckert einen „Zähl“-Bezirk abgrasen läßt. Privat zählt Deckert schon lange: Bei antifaschistischen Veranstaltungen notiert er seit Jahren Auto-Nummern und registriert die Besucher. Im März 1986 forderte er im Gemeinderat „Konsequenzen“, weil in einem mit Asylbewerbern belegten Haus noch nach Mitternacht Licht gebrannt habe! Und von der Stadt wurde ihm zugesagt, „dieser Zustand werde abgestellt“. Gleichzeitig rügte der Oberbürgermeister die GAL-Fraktion, die die „schon neurosenhaften Observationstätigkeiten“ des „selbsternannten Blockwarts Deckert“ ebenso kritisierte wie das Eingehen der Stadt darauf.

Die Volkszählungs-Boykottinitiative unterstellt nun in einem von der Presse boykottierten Offenen Brief, daß die von Deckert betriebene Denunziation von Ausländern „auch ein Interesse von offizieller (städtischer, staatlicher) Seite ist, denn sonst könnten Zähler wie Deckert nicht bedenkenlos eingesetzt werden“. Sie fordern vom SPD-Oberbürgermeister, „Günter Deckert und alle ihm bekannten Mitglieder der rechtsradikalen Gruppe um Deckert vom Amt des Volkszählers zu suspendieren und sofort unbedenkliche Zählpersonen einzusetzen“. (bef)

Verbreitung faschistischer Pamphlete

BAG macht aus kollektivem Recht ein individuelles Recht für KDV'ler

Pinneberg. „Mein Chef möchte mir mitteilen, ob ich zur Frühschicht oder zur Spätschicht wieder erscheinen soll“ – Kommentar des Pinneberger Druckers Dieter Schlichting, Vorsitzender der örtlichen VVN/BdA nach der Entscheidung des Bundesarbeitsgerichtes am 14.5.87. Schon am 20.12.84 hatte das BAG der Kündigungsschutzklage der IG Druck und des Druckers stattgegeben und zwei entgegengesetzte Urteile des AG Elmshorn und des LAG Kiel aufgehoben. Der Drucker sollte am 2.11.81 bei der Druckerei Nordoffset in Ellerbek Werbeprospekte für faschistische und kriegsverherrlichende Bücher des John-Jahr Verlages drucken (s. Bild), was er u.a. mit folgender Begründung ablehnte: „In dem Prospekt wird das NS-Regime und der

Das BAG hatte nun in seinem Urteil vom 20.12.84 ein Urteil von 1960 verwässert, bei dem es noch hieß, daß „kein Bürger nach seinem Arbeitsvertrag verpflichtet sein (könne), für eine Zeitschrift, die das blutbefleckte Gewalt- und Unrechtsregime des Nazismus verherrlicht oder verharmlost, auch nur im geringsten tätig zu werden. Ein Arbeitnehmer habe bei derartigen Verlangen das Recht und auch die Pflicht, eine solche Tätigkeit abzulehnen“. Diesmal führte das BAG an, „daß aufgrund der mittelbaren Wirkung des Grundrechts der Gewissensfreiheit der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer keine Arbeit zuweisen darf, die den Arbeitnehmer in einen solchen Gewissenskonflikt versetzt, der unter Abwägung beiderseitigen Interessen



Nordoffset für faschistisches Geschmiere: „Es gibt nämlich keine Anhaltspunkte dafür, daß heute die Publikation der vom Kläger nicht gewollten Bücher gegen das vernünftige Denken aller verstößt.“

von ihm geführte Krieg rehabilitiert – der Krieg und der SS-Verbrecher Skorzeny verherrlicht – solche Propaganda ist mit dem Grund-§4 Gewissensfreiheit) und dem Strafgesetz (§86 Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen) nicht vereinbar.“ Für den Rest der Schicht wurde der Drucker an eine andere Maschine gestellt, mit der Drohung des Kapitalisten, daß er mit Konsequenzen rechnen muß, wenn er seine Haltung nicht ändert. Am 3.11.81 erhielt Schlichting den Auftrag, den Werbebrief des Dr. Chr. Zentner für ein Buchpaket des John-Jahr Verlages von 81 zu drucken. Der Drucker verweigerte aus den gleichen Gründen wie am Vortag. Der Betriebsrat widersprach durch Beschluß vom 5.11.81 der fristlosen und auch der fristgerechten Kündigung.

vermeidbar gewesen wäre“, und „dem Landesarbeitsgericht ist darin zuzustimmen, daß es sich bei der von dem Kläger behaupteten Gewissensnot um eine innere Tatsache handelt, die nur aus äußeren Indizgründen geschlossen werden kann ... mit dem Hinweis auf seinen Status als Kriegsdienstverweigerer hat der Kläger nämlich eine Indiztatsache dargelegt, die darauf schließen läßt, daß er tatsächlich in Gewissensnot geriet, ...“ Daß Schlichting aktiver Antifaschist in der VVN ist und sich der Satzung der IG Druck („Bekämpfung von faschistischen, militaristischen und reaktionären Einflüssen ...“) stark verpflichtet fühlte, ließ das BAG zwar gelten und kam zu dem Schluß, daß die Firma ihn nicht in Gewissensnot hätte bringen brauchen, hätte sie ihn, wie am Vortage an eine andere Maschine gestellt.

Auf Antrag des Kapitalisten verwies das BAG die Sache jedoch an das LAG zurück, um zu prüfen, ob das Arbeitsverhältnis wegen Unzumutbarkeit der Weiterbeschäftigung nicht doch aufgelöst werden könne. Diese Auflösung holte das LAG im April '86 prompt nach und entschied, daß eine „den Betriebszwecken dienende weitere Zusammenarbeit nicht zu erwarten“ sei. Erneut zog der Drucker auch gegen diese Entscheidung vor das BAG. Dieses urteilte nun am 14. Mai endgültig: „Dieter Schlichting muß in seinem alten Betrieb weiterbeschäftigt werden.“ Weiter versucht Schlichting jetzt auf dem Klagewege einen Lohnausfall von 50000 DM zu bekommen. Die IG Druck hatte den fünfjährigen Gerichtsstreit durch alle Instanzen unterstützt und wertete das BAG-Urteil von '84 „als einen Erfolg für die Freiheit von Arbeitnehmern, eine Arbeit abzulehnen, wenn sie die Ausführung mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können“ und forderte in ihrem Zentralorgan auf, die „Entscheidung ... sollte auch andere Arbeitnehmer ermuntern, (dem) Anwachsen neonazistischer Kräfte energisch entgegen zu treten“. Tatsächlich bieten nur die Kontrollratsgesetze die Möglichkeit, den Kampf gegen die Verbreitung faschistischer Propaganda kollektiv zu führen. Hierbei ließ die BRD-Justiz nur den Einzelfall zu, die faschistischen Werbeprospekte konnten trotzdem gedruckt werden. – (arr)

Arbeitslosigkeit

Versicherungsleistungen bieten kaum noch Schutz

Hamburg. Am 03.06.1987 hat das Arbeitsamt Hamburg bekannt gegeben, daß im Mai 98335 Menschen als Arbeitslose registriert waren, das bedeutet eine Arbeitslosenquote von 13,5%. Die Politik der Bundesregierungen seit Schmidt hat konsequent darauf gezielt, den Schutzcharakter dieser Versicherung für die Lohnabhängigen zu beseitigen. Für die Lohnabhängigen hat diese Versicherung nur dann Sinn, wenn sie vor dem Druck der industriellen Reservearmee auf Löhne und Arbeitsbedingungen gerade dadurch schützt, daß die arbeitslosen Teile der Klasse nicht dem nackten Elend ausgeliefert werden. Dieser Schutz wird systematisch ausgehöhlt und zerstört.

Dies veranschaulichen verschiedene Zahlen aus der Strukturanalyse des Arbeitsamtes Hamburg für 1986, herausgegeben Mai 1987. In Hamburg lag 1986 der Anteil aller registrierten Arbeitslosen, die weder Arbeitslosengeld noch -hilfe erhalten, erstmals über 50%; nur noch 23,7% der registrierten Arbeitslosen erhielten AIG, 24% AIH.

Hinzuzurechnen ist noch die sog. „stille Reserve“ von schätzungsweise 35000 Menschen, die sich beim Arbeitsamt gar nicht erst melden, weil sie weder Aussicht auf Leistungen noch Vermittlung von Arbeit haben.

Die Höhe der gezahlten Beträge ist ein weiteres Indiz für die schwindende Bedeutung als Schutz vor dem Absinken ins Elend: 1985 lag die durchschnittlich gezahlte Arbeitslosenhilfe bei 850 DM, das Arbeitslosengeld bei 1052 DM monatlich. Im Bundesdurchschnitt mußten im Herbst 1985 bereits 2/3 aller Bezieher von Arbeitslosengeld und 84% von Arbeitslosenhilfe mit weniger als 1000 DM auskommen.

Da Massenarbeitslosigkeit mittlerweile eine Dauererscheinung ist, sind zunehmend mehr Menschen länger arbeitslos: 33500 Arbeiter oder Angestellte waren 1985 länger als ein Jahr ohne Arbeit, 15500 sogar mehr als zwei Jahre. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit betrug 1986 bereits 13 Monate.

Das Hamburger Arbeitsamt z.B. vermittelt über die sog. Jobvermittlung mittlerweile wochenweise Aushilfsarbeit, für Frauen z.B. für Lager- oder Packarbeiten zu 8,50 DM brutto/Std. Lohn- und Beschäftigungsstandards sind tausendfach eingerissen.

Quellenhinweis: Strukturanalyse Arbeitsamt Hamburg, Mai 1987; Armut in Hamburg, Broschüre der Fachhochschule Hamburg – (mek)

Sozialer Wohnungsbau

Wohneigentum billiger als Sozialmiete?

Ulm. Laut Aussage der städtischen Ulmer Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft kann Ulm das Ende des sozialen Wohnungsbaus mit Gelassenheit tragen. Die Bewerber um die 6000 städtischen Wohnungen sind von 3000 in 1980 auf derzeit 1500 zurückgegangen. Bewogen durch das Streichen der Bundes- und Landesfördermittel für den sozialen Wohnungsbau, verlegt sich die Stadt jetzt aufs Renovieren und Sanieren, wofür noch Gelder zu bekommen sind. Weiter beteiligt sie sich an Fördermodellen nach dem neuen Bundesgesetz. Unter dem Motto „Wohneigentum zu bezahlbaren Preisen“ bietet sie speziell für junge Familien in einem Ulmer Vorort 18 Häuser zum Erwerb an. Die Finanzierung wird unterstützt durch einen Kredit von der Landesbank, der knapp ein Fünftel des Kapitalbedarfs deckt und 15 Jahre zins- und tilgungsfrei ist. Bei schwierigerer wirtschaftlichen Lage gewährt auch die Stadt noch einen Kredit von 10000 DM. 15% des Gesamtbedarfs müssen durch Eigenkapital aufgebracht werden. Die Häuser einfacher Bauweise bieten auf zwei

Etagen 92 qm Wohnfläche. Dach und Keller können später in Eigenregie ausgebaut werden, wodurch dann die Wohnfläche auf 140 qm ausgeweitet würde. Die Häuser kosten je nach Größe des Grundstücks zwischen 290000 und 316000 DM. Das maximal förderbare Bruttoeinkommen für eine Familie mit zwei Kindern liegt bei 62160 DM (nach Abzügen). Das Finanzierungsmodell errechnet für eine Familie mit zwei Kindern und einem Bruttoeinkommen von 30000 DM bei einem Steuersatz von 22% (Durchschnitt) eine Steuerersparnis von 3000 DM. Hinzu kommen Baukindergeld von insgesamt 1200 DM und jährliche Fördermittel von 5508 DM. Diesen Beträgen steht eine jährliche Belastung von ca. 17200 DM gegenüber. Unterm Strich bleibt eine monatliche Belastung von 624 DM, auf den Quadratmeter umgerechnet von 4,40 DM. Dem stellt das Modell die Sozialkaltmiete von 6 DM/qm gegenüber. Also wahrlich für jeden erschwinglich.

Bei genauerem Hinsehen finden sich in dem Modell einige Haken. Wenn man die den Bruttoeinkommen entsprechenden Steuersätze auf die Abschreibungsbeträge anwendet (wie auch tatsächlich praktiziert), ergibt sich eine Steuerersparnis von 3000 DM erst bei einem Bruttoeinkommen von 55000 bis 60000 DM. Bei 30000 DM liegen die Ersparnisse bei 1437 DM und die monatliche Belastung pro qm bei 5,30 DM. Dabei ist der qm-Preis berechnet auf 142 qm, die aber mit dem angegebenen Finanzaufwand gar nicht nutzbar sind, sondern erst nach späterem Ausbau, der weitere Gelder erfordert. Berechnet auf die anfänglich verfügbaren 92 qm ergibt sich eine Preisspanne von 8,79 DM/qm bei einem Bruttoeinkommen von 20000 DM bis 6,41 DM/qm bei 70000 DM. Je höher das Einkommen, um so größer die Entlastung, um so niedriger der Quadratmeterpreis. Dieses Prinzip verdrängt den sozialen Wohnungsbau. Gefördert werden 18 von 1500. – (evd)

„Hindenburg Treffen“

Patenschaft über „Hindenburg“ bekräftigt

Essen. Mit einem Flugblatt „Hindenburg bleibt Zabrze! – Kündigung der Patenschaft der Stadt Essen über ‚Hindenburg‘“ protestierten 17 oppositionelle und linke Organisationen gegen das „18. Hindenburger Heimattreffen“, an dem am 6./7. Juni in Essen mehrere Tausend teilnahmen. Das Flugblatt unterzeichneten u.a.: Antifaschistisches Forum, Autonome, DFU, DKP, GAL – Die Grünen, Die Falken, MLPD, VVN/BdA, Volksfront.

1953 übernahm die Stadt die Paten-

schaft über die seit 1945 nicht mehr existierende Stadt „Hindenburg“ – die polnische Stadt Zabrze hatte von 1915-45 so geheißen. Die Patenschaft wird von der „Heimatkreisvereinigung Hindenburg“ wahrgenommen. Alle zwei Jahre findet ein „Heimattreffen“ statt, finanziell und organisatorisch von der Stadt unterstützt.

Seit etwa drei Jahren gibt es gegen die revanchistischen Treffen der „Hindenburg“ und auch der „Oberschlesier“ in Essen Aktionseinheiten und Anstrengungen, die Patenschaft aufzulösen. Entsprechende Anträge der GAL im Rat wurden mit Stimmen von



Auftritt einer „Oberschlesischen Jugendgruppe“ – die die angebliche „Heimat“ nie gesehen hat – in der Essener Innenstadt 1986.

CDU und SPD abgelehnt. Die Patenschaftsurkunde legt fest: „Das Bewußtsein der kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung des deutschen Osten wachzuhalten.“ Weiter heißt es: „Die Stadt Essen ist mit der Hindenburger Bevölkerung der festen Zuversicht, daß der Tag der glücklichen Rückkehr in ihre Heimatstadt kommen wird.“ Im Dezember 1986 wurde die Patenschaftsurkunde mit einer Zusatzklärung, die nichts an dem revanchistischen Charakter ändert, durch den Rat bekräftigt.

Auf der diesjährigen „Feierstunde“ hoben sowohl der Vertreter der Stadt, Bürgermeister Sobek (CDU), als auch H. Skowronek für den Vertretungsausschuß Hindenburg diesen „Erfolg“ hervor; unter großem Beifall der etwa 350 anwesenden „Hindenburg“. Beide verurteilten ausdrücklich das vor der Grugahalle verteilte Flugblatt „Hindenburg bleibt Zabrze“. In der Hauptrede schürte Pfarrer Badura Heimatgefühle und propagierte „Deutschtum“.

Vorschläge für eine Veranstaltung gegen das „Hindenburg“-Treffen und weitere Protestaktionen wurden dieses Mal nicht umgesetzt. Das Antifaschistische Forum wird einen Vorschlag für weitere Aktivitäten zum Herbst vorbereiten. – (mab)

Chemische Industrie

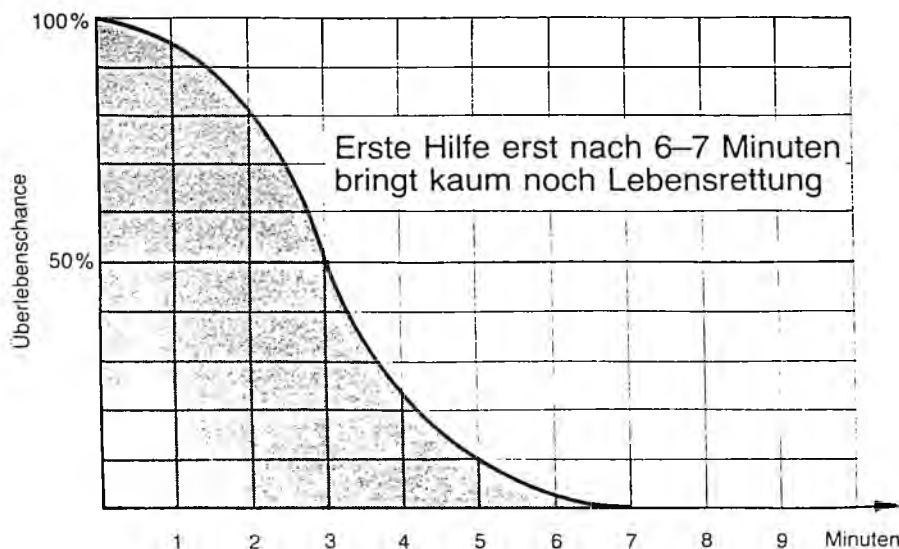
Nach tödlichem Arbeitsunfall zäher Kampf um betriebliches Rettungswesen

Mannheim. Vor knapp einem Jahr kam bei der Chemischen Fabrik Weyl (ca 400 Beschäftigte) ein Chemiarbeiter ums Leben, als er einen Gaswäscher in einem Produktionsgebäude entsorgte. Durch eine unbeabsichtigte Reaktion war dabei schlagartig eine große Menge Schwefelwasserstoffgas freigesetzt worden. Dieses Gas ist ein schweres Nervengift, das bei Inhalation zu einer raschen Lähmung des zentralen Nervensystems und infolgedessen zum Tod führt.

Es soll an dieser Stelle nicht auf die Ursachen des Unfalls eingegangen werden. Worum es hier geht, sind die Erfahrungen, die die Belegschaft mit dem Rettungswesen in der Firma machen mußte.

tungswesen der Firma u.a. feststellen: Ein feuermelderartiges Alarmsystem existiert nicht. Die stattdessen vorgesehene Alarmauslösung über eine werksinterne Telefonnotrufnummer gehörte offensichtlich nicht zum „aktiven Wissen“ der Beteiligten – mangels Unterweisung und Training. Umluft-unabhängige Atemgeräte waren nicht in erreichbarer Nähe – ihr Gebrauch nicht trainiert. Sauerstoffbeatmungsgeräte waren nur in der Ambulanz, nicht im Betrieb selbst vorrätig, ihr Gebrauch keinem Ersthelfer bekannt. Von den sich an der Unfallstelle einfindenden Beschäftigten war offensichtlich keiner in der Lage, den Atemstillstand des Verunglückten zu erkennen und Herzlungenwiederbelebung zu leisten.

Rettungschancen nach Eintritt einer hochgradigen Störung oder nach Aussetzen einer Lebensfunktion in Abhängigkeit vom Zeitpunkt der Erste-Hilfe-Leistung:



Ein Sanitäter ist in Chemiebetrieben erst ab 500 Beschäftigten vorgesehen. Was ist nachts?

Nur durch Zufall hatte ein Kollege der Nachbarabteilung den Vorfall beobachtet und alarmierte seinen Meister. Dieser und später auch noch zwei Arbeiter schleiften den Verunglückten vor den Bau. Die Helfer waren lediglich mit einfachen Atemschutzmasken mit Universalfiltern ausgerüstet, welche bei zu niedrigem Sauerstoffgehalt der Umgebungsluft keinen Schutz bieten. Diese Atemmasken mußten im übrigen erst von einem zwei Stockwerke höher gelegenen Platz beigeschafft werden. Die Werkfeuerwehr ist vermutlich erst zehn Minuten nach dem Unfall alarmiert worden. Der nach weiteren zehn Minuten eintreffende Notarzt konnte mit seinen Reanimationsversuchen nichts mehr ausrichten.

Folgende Mängel lassen sich im Ret-

Der Alarmplan, d.h. das gesamte Vorgehen zur Rettung und Sicherung, war denjenigen, die laut Plan Funktionen hätten ausüben sollen, nicht oder nur bruchstückhaft präsent – es herrschte großes Durcheinander. Lediglich die freiwillige Werksfeuerwehr arbeitete planmäßig, nachdem sie reichlich verspätet alarmiert worden war.

Daß sie die im vorliegenden Fall nur noch geringen Aufgaben der Sicherung der Unfallstelle (der Gasausbruch selbst war schon zum Stillstand gekommen) korrekt durchführen konnte, liegt sicherlich an den regelmäßigen Übungs- und Ausbildungsmaßnahmen (vierzehntäglich zwei Stunden und zusätzliche Übungen und Kurse). Das Interesse des Unternehmers an einer funktionierenden Werksfeuerwehr ist

auch leicht erklärlich: Ohne eine solche würde er keine oder aber nur eine sehr teure Feuerversicherung abschließen können. Da eine Feuerversicherung nur eventuelle Brandschäden, nicht aber produktionsausfallbedingten Gewinnausfall ersetzt, kommt der Feuerwehr für das Kapital eine hohe profitsichernde Bedeutung zu. Das Ersthelfer- und Sanitärwesen zeigt sich im Schadensfall bei weitem nicht so verlustmindernd, da es ja „nur“ um Personenschäden geht. Das Schlimmste, was einem Chemiekapitalisten hier widerfahren kann, ist eine begrenzte Steigerung des Beitrags zur Berufsgenossenschaft: Der Normalbeitrag kann um maximal 20% Zuschlag erhöht werden, wenn die betriebliche Unfallziffer über dem Branchendurchschnitt liegt, sowie um weitere 20% für eventuelle Überschreitungen der durchschnittlichen Unfallfolgekosten (umgekehrt sind auch Nachlässe von zusammen 40% möglich; der Normal- und Grundbeitrag belief sich 1985 auf DM 4,75 je DM 1000 Entgeltsumme). Ein Schadensfall wirkt sich dabei aber maximal fünf Jahre auf die Rechnung aus. Also zählt beispielsweise ein Toter im sechsten Jahr nicht mehr...

Der Betriebsrat hat sofort nach dem Unfall dem Unternehmen einen Katalog mit Forderungen auch zum Ersthelferwesen vorgelegt; die Forderungen waren teilweise schon seit Jahren erhoben worden. Er verlangte sodann eine Betriebsvereinbarung, in der die Unternehmensleitung sich auf die erforderlichen organisatorischen Maßnahmen festlegen sollte. Die Geschäftsleitung bot stattdessen eine Vereinbarung an, in der sie für Ersthelfer 60, für Sanitäter 120 DM jährlich als „Anreiz“ zusicherte sowie die Durchführung von Ersthelferkursen – sonst nichts. Der Betriebsrat entgegnete nach wochenlangem Hin und Her mit einem detaillierten Vorschlag über die Organisation des Hilfs- und Rettungswesens im Betrieb, gestützt auf die einschlägige Unfallverhütungsvorschrift „Erste Hilfe“ (VBG 109) sowie auf Merkblätter des Hauptverbandes der gewerblichen Berufsgenossenschaften (zB ZH 1/142).

Nach diesen Vorstößen sah sich das Unternehmen veranlaßt, einen Kurs in „Erste Hilfe“ und in „Herz-Lungen-Wiederbelebung“ zu organisieren und als Arbeitszeit anzuerkennen. Fast 10% der Beschäftigten aller Sparten nahmen an den Kursen teil und strafen so die Geschäftsleitung Lügen, es fehle lediglich an der nötigen Motivation. Bis heute hat die Geschäftsleitung die angestrebte Betriebsvereinbarung, die im übrigen einigungsstellenfähig ist, noch nicht unterzeichnet. Verbesserungen bei den Rettungsausrüstungen hat sie dagegen veranlaßt. Der mittlerweile neugewählte Betriebsrat scheint entschlossen, die Betriebsvereinbarung nun rasch durchzusetzen. – (sam)

Niedersachsen

**Kritik gegen „Sparpolitik“
hat viele offene Flanken**

Hildesheim. Ein Höhepunkt des Widerstandes gegen die Sparmaßnahmen der niedersächsischen Landesregierung war die Demonstration am 2. Juni in Hannover, zu der der DGB-Niedersachsen, der Landesschülerrat und die Landesastenkonzferenz aufgerufen hatten. Die Beteiligung lag mit knapp 20000 Demonstrierenden im Bereich der Veranstaltererwartungen. Geringe personelle Unterstützung aus dem gewerkschaftlichen Bereich, insbesondere aus dem öffentlichen Dienst, schwächte die Wirkung der Aktion. Das Motto „Aufbruch statt Abbruch – Rücknahme aller Sparbeschlüsse“ kennzeichnet die Hauptkritikpunkte von gewerkschaftlicher Seite.

Schon am 28. April demonstrierten 120 Landesbedienstete vor der niedersächsischen Staatskanzlei gegen die Sparbeschlüsse. In zwölf Betrieben der Landesbehörden wurden am 12. Mai im Rahmen von Betriebs- und Personalversammlungen Resolutionen verfaßt, in denen die Beschlüsse der Landesregierung und die Folgen, wie Mehrarbeit, Überstunden unter Beschuß standen. 350 Universitätsmitarbeiter demonstrierten am 20. Mai durch die Innenstadt Hannovers. Mitglieder der GEW vermauerten symbolisch den Eingang des Kultusministeriums.

Die „Neue Hannoversche Presse“ veröffentlichte am 27. Mai eine Stellungnahme der ÖTV Niedersachsen, die Steuerrückstände für den Landshaushalt kritisierte. Laut ötv habe das Land Niedersachsen zwei Milliarden DM Steuerrückstände, von denen ca. eine Milliarde zum 30. Juni 1986 gestundet oder z.B. aus „Rücksicht auf gefährdete Arbeitsplätze“ ausgesetzt sei. Weitere 943 Millionen DM wären „echte Steuerrückstände“, die zu 95% aus „dem unternehmerischen Bereich kommen“. Demgegenüber könnten der Stellenabbau und die Kürzungen von ca. 650 Millionen DM nur kritisiert werden. Die Landesregierung veröffentlichte (ebenfalls am 27. Mai) eine Anzeige in den niedersächsischen Tageszeitungen: „Die Zukunft sichern durch solides Haushalten“.

Die Landesregierung sichert nicht nur solide den Haushalt, sie bekämpft ebenso solide den Widerstand der Betroffenen. So zensierte und verbot der neue Kultusminister, Prof. Knies, ein Informationsblatt des Landesschülerrates. Die Sekretärin durfte keine Post mehr versenden. Daraufhin wurde das Büro des Landesschülerrates von Schülern vom 29. Mai bis zum 2. Juni aus Protest besetzt.

Bislang richtete sich die Kritik, zumindest von den Gewerkschaften, nur



Ernst Albrecht betreibt seit elf Jahren Politik der Konzerne. 1986 stieg die FDP hilfreich mit ein.

unzureichend gegen „Sparmaßnahmen“ der Albrecht-Hirche-Politik. Die SPD bejammert „Einbußen im technischen Know-how“, die Grünen gehen zumindest auf dem Gebiet Hochschulpolitik gegen „Elitebildung“ vor. Die gestundeten Steuerrückstände sind in der Debatte. Die Senkung des Förderzinses zugunsten von Konzernen, die enormen Geldmittel für „Spitzenforschung und Zukunftstechnologien“, für offene Elitezucht, Steuersenkungen für „Großverdiener“, 200 Millionen DM für den Rüstungskonzern Rheinmetall usw. können sich recht gut aus der Schußlinie öffentlicher Meinungsbildung rausgehalten wissen. Albrecht kann gelassen bleiben, bleibt doch die Kritik im Korsett „Sparmaßnahmen“ eingeeengt. – (mal)

Vergangenheitsbewältigung**Westberliner BMW-Führung
für Gefolgschaftsdenken**

Westberlin. Auf der ersten Betriebsversammlung nach der gerichtlich erzwungenen Neuwahl des Betriebsrates im Westberliner Motorradwerk von BMW am 2. Juni unternahm die Betriebsführung den Versuch, eine Betriebsgemeinschaft zu schmieden, gegen die erfolgreichen Wahlanfechter und Betriebsratsmitglieder Knirsch, Vollmer und Köbrich.

Im ersten Teil seines Berichtes ging Betriebsleiter Stark auf die Konkurrenzsituation ein und forderte die Belegschaft zum Schulterschluß mit den Betriebsinteressen auf. BMW sei der einzige Konzern, der versuche, mit einem Weltmarktanteil von 3,5% den Japanern Paroli zu bieten. Dies erfordere von jedem den vollen Einsatz. „Verluste aus Berlin werden nicht mehr akzeptiert – und wir machen Verluste“, sagte er wörtlich. Dann leitete Betriebsleiter Stark zum zweiten Teil der Betriebsversammlung über. Er berichtete, daß ihm „empörte Briefe“ aus der Belegschaft zugegangen seien, in denen sich Belegschaftsangehörige über die

Darstellung von BMW in der DGB-Ausstellung „Das halbe Leben“ aus Anlaß der 750-Jahrfeier von Westberlin beschwerten. (In der Ausstellung wird die Auseinandersetzung um die Wahlanfechtung dargestellt, und Bezug genommen auf BMW als Musterbetrieb im Faschismus, d. Verf.). Betriebsleiter Stark ließ dann auf der Betriebsversammlung große Fotos der DGB-Ausstellung aufhängen, auf denen das Werktor von BMW mit einem Hitlerbild im Hintergrund zu sehen ist, sowie ein Abbild von BRD-Kanzler Kohl und im Vordergrund die drei gemäßregelten Kollegen sowie ein Schild: „Hier endet der demokratische Sektor“.

Mit geheuchelter Empörung wies Stark dann von sich, daß BMW in die Nähe des Hitler-Regimes gerückt werde und angeblich im Werk keine Demokratie herrsche. Diese Stichworte griff ein Teil der Versammelten sofort auf, um ihre „Empörung“ lautstark mit Pfiffen und anderen Beschimpfungen zu bekunden. Dies führte dazu, daß der anwesende IG-Metall-Sekretär Volker Fiebig seine Rede anfangs nicht beginnen konnte. Diese Inszenierung kam nicht unvorbereitet. Schon einige Tage vorher hatten die „Vernunft“-Betriebsräte und einige Vertrauensleute angeblich 500 Unterschriften für eine „Protestresolution“ gegen die Ausstellung gesammelt und der Betriebsführung übergeben.

Im weiteren Verlauf der Versammlung meldeten sich dann mehrere Beschäftigte, vornehmlich aus dem Angestelltenbereich, die in vorbereiteten Redebeiträgen Denunziantum mit geheucheltem „Volkszorn“ verbanden und ein Kesseltreiben gegen die so bezeichnete „Pappkameradengruppe“ (Knirsch, Vollmer, Köbrich) veranstalteten. In Blockwartmanier wurden die „eingewanderten, verblendeten Ideologen“ aufgefordert darzulegen, von wem sie „gesteuert werden“. Im Feldwebelton wurde aufgefordert, zukünftig Betriebsratskandidaten auf ihre politische Überzeugung hin zu überprüfen. Die Redner griffen die angebliche Linksentwicklung der IG Metall an und behaupteten, Westberlin sei ein „Hort der Freiheit“.

Am Ende wurde ein Mißtrauensantrag gegen die Betriebsräte Knirsch, Vollmer und Köbrich auf den Tisch gelegt, der in einer Abstimmung die Mehrheit der Anwesenden fand. Offensichtlich will die Betriebsführung Betriebsratsneuwahlen durchsetzen, um wieder vollständig einen „Vernunft-Betriebsrat“ zu erhalten.

In einem Schreiben nach der Betriebsversammlung an die Vertrauenskörperleitung von BMW äußert die Westberliner Ortsverwaltung der IGM ihre Empörung über „das inaktive Verhalten der Versammlungsleitung, angesichts der massiven unqualifizierten Angriffe“ auf den DGB auf der Betriebsversammlung. (brr)

Republikaner

Nach Erfolg bei der Bezirkstagswahl nun Kandidatur zum Oberbürgermeister

Nürnberg. Im Herbst wird der neue Landesvorsitzende der bayerischen Republikaner, der Unternehmensberater Franz Fischer, als Kandidat zu den Oberbürgermeisterwahlen antreten. „Die Republikaner haben Nürnberg im Visier“, hatte die Süddeutsche Zeitung kommentiert, und Fischer erklärte der Nürnberger Zeitung, daß „sie nach den Wahlerfolgen eine zweistellige Ziffer anpeilen“. Diese Großspurigkeit ist auch berechnet auf den Stimmenanteil der NPD von 13% in Nürnberg in den 60er Jahren. Die Kandidatur wurde pla-

ziert in einer Situation, in der die CSU reale Chancen besitzt, der SPD den OB-Posten abzugeben. Das nachstehende Interview hat die Redaktion mit Frau Barbara Hailand, der Abgeordneten der GRÜNEN im mittelfränkischen Bezirkstag, geführt. Die REP sind in diesem Gremium durch das ehemalige CSU-Mitglied Dieter Kallweit vertreten. Frau Hailand hatte im März auf einer Veranstaltung des Antifa-Plenums über die Politik der Schönhuber-Partei im Bezirkstag berichtet. – (mas, ola)

Red.: Wie beurteilst Du das politische Verhältnis der CSU zu den REP im mittelfränkischen Bezirkstag?

Frau H.: Es existieren keine politischen Gegensätze, welche sich schroff äußern würden. Da sich der Bezirksrat der REP selten zu Wort meldet, sieht sich die CSU bereits aus diesem Grunde kaum genötigt, Position zu beziehen. Gleich zu Beginn der Legislaturperiode hat die CSU Kallweit einen eigentlich von ihr beanspruchten Sitz im Schulausschuß überlassen und dies damit begründet, daß jedem demokratisch gewählten Bezirksrat die Möglichkeit gewährt werden müsse, im Bezirkstag wirksam mitzuarbeiten. Zu gleicher Zeit haben die CSU-Bezirksräte uns die Unterlagen für die Ausschusssitzungen vorenthalten.

Red.: Der Bezirksrat der REP ist vor allem durch antisemitische Äußerungen öffentlich in Erscheinung getreten?

Frau H.: Du spielst darauf an, daß Kallweit die Streichung von Bezirkzuschüssen für das Buch „Jüdische Alltagsgeschichte in Franken“ beantragt hat. Vor dem Bezirkstag begründete er dies allerdings nicht mit antisemitischen Ausfällen, sondern mit der Bemerkung, daß der Autor bereits übermäßig gefördert worden sei. Andererseits tat er sich kurz darauf auf einer Veranstaltung des REP-Kreisverbandes Ansbach mit diesem Antrag besonders hervor. Die Bezirksräte der CSU hatten sein Ansinnen abgelehnt, ohne den antisemitischen Gehalt auch nur zu erwähnen. Die Redner der SPD dagegen haben sich eindeutig geäußert, so daß wir dem nichts hinzufügen mußten.

Red.: Er hat die Streichung von Sozialhilfe für abgelehnte Asylbewerber verlangt?

Frau H.: Als Begründung für diesen Antrag mußte eine Unterscheidung zwischen „guten“ und „schlechten“ Flüchtlingen herhalten. Asylbewerber aus den Staaten des Warschauer Paktes sollen weiterhin Unterstützung beantragen können, Flüchtlinge aus der Dritten Welt dagegen diffamierte er als Schmarotzer und Wirtschaftsflüchtlinge, die unmittelbar an der Grenze zurückgewiesen werden müßten, damit „uns“ keine Kosten entstehen. Die fi-

nanzielle Verantwortung des Regierungsbezirks für die Flüchtlinge will er auf den Bund und das Land abwälzen. Gleichzeitig führt er rassistische Maßstäbe in das Sozialhilferecht ein: Während einerseits den Flüchtlingen das Geld „nachgeschmissen“ werde, könne ein deutsches Familienoberhaupt mit dem Sozialhilfegesetz nicht auskommen. Bekanntlich liegt dieser Satz für Asylbewerber noch einmal um 20% niedriger.

zu begründen – den Haushalt zusammen mit der CSU verabschiedet.

Red.: Die REP verlangen von den Politikern „Dienst am Bürger“ in „patriotischer Verantwortung“. Kallweit soll seine Aufwandsentschädigung der Deutschen Kriegsgräberfürsorge gespendet haben?

Frau H.: Das ist richtig. Die Aufwandsentschädigung wurde auf der konstituierenden Sitzung des Bezirkstags beschlossen. Damals erklärte Kallweit,



Schönhuber strahlt für Deutschlands neue Kraft (Plakat der Republikaner)

Red.: Welche Möglichkeiten bestehen im Rahmen des Bezirkstags, diese Politik anzugreifen?

Frau H.: Wir versuchen, rassistische und antisemitische Äußerungen eines Dieter Kallweit einer breiteren Öffentlichkeit bekanntzumachen. Dabei legen wir besonderen Wert auf die Entlarvung seiner praktischen Politik, damit jenen, die auf Schönhuber und seine Tätigkeit für den Bayerischen Rundfunk in der Sendung „Jetzt red I“ hereingefallen sind, ein Licht aufgeht. Den bewußten Anhängern der REP wird nicht zu helfen sein.

Red.: Wie hat sich Kallweit bei der Abstimmung des Bezirkshaushalts verhalten?

Frau H.: Ursprünglich hatte er angekündigt, den Haushalt abzulehnen, wenn nicht seinem Antrag, die Sozialhilfe für die Flüchtlinge zu streichen, entsprochen werde. In der Endabstimmung hat er jedoch – ohne dies näher

daß die REP zwar gegen die Überbezahlung von Politikern antreten würden, er der Aufwandsentschädigung für die Bezirksrätstätigkeit aber zustimmen könne, da es sich um ein Ehrenamt handle und er eine Programmwidrigkeit nicht erkennen könne. Später jedoch entschloß er sich – vermutlich aufgrund innerparteilichen Widerspruchs – die Gelder an die Deutsche Kriegsgräberfürsorge zu überweisen.

Red.: Wie erklärst Du Dir die mit 3,78% vergleichsweise hohen Stimmengewinne der REP in Mittelfranken?

Frau H.: Die NSDAP, aber auch die NPD in den 60er Jahren haben hier besonders hohe Stimmengewinne erzielt. Vermutlich können die REP an diesen Ergebnissen anknüpfen. Die meisten Stimmen konnte die Rechtsaußenpartei in den Städten Fürth und Stein sowie in einigen Gemeinden im Landkreis Ansbach erzielen. Den ge-

nauen Grund dafür kenne ich nicht.

Red.: Wie würdest Du die REP im rechten Lager einordnen?

Frau H.: Aufgrund ihrer Programmatik und der mir bekannten praktischen Politik würde ich sie als Faschisten bezeichnen.

Red.: Teile der antifaschistischen Opposition verlangen ein Verbot faschistischer Parteien. Hältst Du eine entsprechende Kampagne auch gegenüber den REP für sinnvoll?

Frau H.: Für mich ist die wichtigste Frage, warum faschistische Organisationen Zuspruch erhalten. Dieses Problem läßt sich durch ein Verbot nicht lösen. Der Grund, warum Parteien wie die REP Anhänger finden, hängt mit der Öffentlichkeitsarbeit der CSU zusammen. Würde sich diese Partei verhalten wie etwa Teile der Kirche und z.B. die Flüchtlinge als Menschen behandeln, würde auch die Bevölkerung anders reagieren und sich das Problem faschistischer Organisationen von selbst lösen.

Red.: Was bedeutet dies für die Kandidatur der REP zu den OB-Wahlen?

Frau H.: Wir müssen in Kauf nehmen, daß sich Fischer für diese Wahlen zur Verfügung stellt. Genau wie bei unserer Arbeit für den Bezirkstag kommt es darauf an, die Politik der REP in der Öffentlichkeit bloß zu stellen und auf diese Weise eine faschistische Sammlungsbewegung zu behindern.

Red.: Was hältst Du von der verschiedentlich aufgestellten Behauptung, die Existenz der REP würde die CSU schwächen?

Frau H.: Diese Auffassung halte ich für falsch. Die Entwicklung der REP stellt für die CSU einen Gradmesser dar, wie weit sie selbst nach rechts gehen kann, ohne auf Widerspruch in den eigenen Reihen bzw. bei ihren Anhängern zu stoßen. Die REP stabilisieren daher das rechte Lager.

Red.: Hältst Du es für erforderlich, sich nach dem Ergebnis der bayerischen Landtagswahlen besonders mit den REP auseinanderzusetzen?

Frau H.: Im letzten Jahr hatten die bayerischen GRÜNEN ein Landtagswahlprogramm verabschiedet, in dem eindeutig gegenüber den neofaschisti-

schen Gruppierungen Stellung bezogen wird. Die Mehrheit der Landesdelegierten war damals wie ich der Ansicht, daß ein Verbot das Problem nicht löst. Es gab allerdings auch andere Auffassungen. Als das Ergebnis der Wahlen feststand, war die Überraschung und vor allem die Betroffenheit der bayerischen GRÜNEN über das Abschneiden der REP groß. Wir sind in der Diskussion zu dem Ergebnis gekommen, daß die Stimmengewinne vor allem auch mit der Person des Franz Schönhuber zusammenhängen, der in der Öffentlichkeit als jemand dargestellt wurde, der sich besonders um die Belange der „kleinen Bürger“ kümmere. Das Ergebnis wäre jedenfalls nicht so hoch ausgefallen, wenn die REP nur mit ihrem Programm mobilisiert hätten. Für die GRÜNEN haben sich bislang keine Konsequenzen ergeben. Ich halte es aber für wert, derartiges auf Landesebene zu diskutieren. Zu ergänzen ist noch, daß seit längerer Zeit ein Landesarbeitskreis „Rechtsentwicklung und Neofaschismus“ existiert.

„Sammlungsbewegung“: Wo wird gesammelt?

In der Gesellschaft der Bundesrepublik gedeiht ständig und auf breiter Fläche ein Bodensatz von Interessengruppen für reaktionäre und reaktionärste Anliegen: in Vertriebenenverbänden sammeln sich Revanchisten, Militaristen in Traditions- und Reserververbänden, Deutschnationalisten und Elitkundige haben in Burschenschaften und Landsmannschaften ein weites Feld, Rechts„denker“ und Publizisten wirken mittels spezieller Kuratorien, Stiftungen, Räte und Bünde.

Wie kann die Saat dieser Verbindungen im Interesse der Finanzbourgeoisie gedeihen? Wie kann deren eigene Dynamik für die Dynamik des Finanzkapitals, für Expansionismus, Kriegsvorbereitung, Arbeiterunterdrückung und Verfolgung der Linken nutzbar werden? In der BRD-Geschichte sind es überwiegend die Unionsparteien und die FDP gewesen, die sich auf diese Kräfte stützen konnten, stützten und ihnen allgemein Geltung verschafft haben im Namen der Freiheit, des Christentums ... und das heißt auch unter Berücksichtigung derartiger Anliegen.

Bei den „Republikanern“ sind christliche, liberale oder auch gewerkschaftliche Rücksichten für die Fürsprecher von Revanchismus, Militarismus, Rassismus und Elitedenken hinfällig. Nach diesem Motto bemühen sich Schönhuber und Co. um die Organisation einer „Sammlungsbewegung der nationalen Kräfte“ unter den eigenen Fahnen, die den an-

gesprochenen Kräften erlaubt, noch vorhandene Hemmungen im politischen Wirken fallen zu lassen.

Im Mai '87 führte Schönhuber eine Rundreise mit schwerpunktmäßigen Auftritten bei Burschenschaften durch, so in Heidelberg bei einem „Verein“, in Marburg bei einer „Gemeinschaft Deutscher Studenten“ und an der Universität Köln beim Ring Freiheitlicher Studenten. Dessen Generalsekretär Manfred Rouhs schreibt regelmäßig für die „Republikaner“-zeitung über Deutschland und über „linken Terror“. Verbindungen zum „student“-Umfeld konnten hergestellt werden. Beitritte von Burschenschäftlern werden vermeldet.

Die „Republikaner“ wurden nach einer Auseinandersetzung um die Deutschlandpolitik der Union gegründet. Das schon weist auf ihren engen Zusammenhang mit dem Wirken der Vertriebenenverbände hin. 1981 nach der Veröffentlichung seines Buchs „Ich war dabei“ (bei der Waffen-SS) ehrten Nürnberger Sudetendeutsche (im Karneval) Schönhuber mit der „Eibanesenperle“ („Sie symbolisiert die Tränen der Vertreibung“). Dabei feierte man ausdrücklich jenes Buch, das wenig später seinen Rauschschuß beim Bayerischen Rundfunk auslöste. Der Landesvorsitzende Hessen der politischen Eliteorganisation der Sudetendeutschen, des Witikobundes, ruft bei den „Republikanern“ nach „politischen Aktionen“ für die revanchistische Sache. Als großen Erfolg bezeichnen die „Republikaner“ den – beim „Schlesier“ beifällig aufgenommenen – Beitritt eines altbekannten Repräsentanten dieser Kräfte, eines Prof. Schlee, zuvor CDU, ehe-

mals Chef der Landsmannschaft Mecklenburg und in Kiel Landesbeauftragter für Vertriebene und Flüchtlinge. Er übernahm nun auch einen der beiden Positionen des stellvertretenden Bundesvorsitzenden.

Für den anderen Vorstandsposten hinter Schönhuber tat dieser einen Ex-Konteradmiral namens Poser mit „NATO Intelligence“ Vergangenheit auf. Er glaubt, als Gallionsfigur mit den „Republikanern“ besser gegen die „Kriegspropaganda der Siegermächte in unseren Geschichtsbüchern“, und wohl nicht nur gegen diese, zu Felde ziehen zu können. „Immer mehr Soldaten, Offiziere, Grenzschrützer, Polizisten, Justizbeamte ...“ finden sich angeblich in deren Mitgliederkartei. Daher fand auch die NPD Zulauf.

Zu den Verbindungsleuten der „Republikaner“ ins akademische Milieu zählen an erster Stelle der Erlanger Historiker H. Diwald („Geschichte der Deutschen“), Fachmann für das Geschichtsbild der deutschen Rechten, sowie Armin Mohler, ehemals Geschäftsführer der Siemensstiftung, der sich um die Eindeutschung der Strategien von Le Pen und Co. bemüht. Mit dem „Landesbeauftragten für Westberlin“, einem Sozialpädagogik-Professor namens Weinschenk, haben die REP auch einen Elitespezialisten aufgetan („Wir brauchen Starke, um den Schwachen zu helfen – wir brauchen Eliten“), der stolz auf seine Aktivitäten in der „Deutschen Gesellschaft für das hochbegabte Kind“ verweisen kann.

Streik im Reinigungshandwerk erfolgreich

Köln. Die Kölner Kapitalisten im Reinigungsgewerbe müssen jetzt auch die bundesweit vereinbarte Tarifierhöhung akzeptieren. 700 Teilnehmer einer Veranstaltung der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden hatten am 11. Mai beschlossen, einen unbefristeten Streik durchzuführen. An einer Demonstration durch die Innenstadt beteiligten sich 200. Am 12. Mai streikten gleich 50 Beschäftigte. Bei den Verhandlungen am 14.5. mußten die Kapitalisten mehr Urlaub, mehr Urlaubsgeld und Jahresvergütung zugestehen. – (jöd)

Lohnerhöhungen mit Signalwirkung

Bad Salzdetfurth. Nach dreijährigen – durch längere Pausen unterbrochenen – Verhandlungen ist es dem Lohn- und Akkordausschuß des Betriebsrats bei fuba gelungen, im gesamten Endprüfungsbereich Höhergruppierungen durchzusetzen. Für angelernte Tätigkeiten wird ab Juli Lohngruppe fünf (vorher vier) bezahlt, Facharbeiterarbeitsplätze werden zukünftig mit Lohngruppe acht (bisher sieben) und neun (davor acht) ent-

Köln. Am 4.6.1987 nahm die HBV-Tarifkommission Einzelhandel NRW folgendes Ergebnis zur Erhöhung der Löhne und Gehälter, rückwirkend ab 1.4., an: In der Gehaltsgruppe I bekommen Verkäuferinnen im 1. Berufsjahr 40 DM monatlich mehr, im 7. Berufsjahr 80 DM. In Lohngruppe I gibt es eine Vorweganhebung von 20 DM, darauf 3,7% = 80 DM. Andere Lohn- und Gehaltsgruppen werden um 3,7% erhöht. Über den Tarifvertrag Arbeitsende im Verkauf wird ab 14.8.1987 weiterverhandelt. – (anl)

lohnt. Im Schnitt bringt dies für die im Zeitlohn arbeitenden Betroffenen zwischen 0,80 und 1,50 DM höhere Stundenlöhne. Freiwillige Zulagen und überdurchschnittliche Leistungszulagen wurden geringfügig angerechnet. Damit sind seit 1985 erstmals wieder neue Eingruppierungen in größerem Umfang erreicht worden. Von den 32 Beschäftigten wurden 23 höher eingruppiert. Diese Lohngruppenänderungen haben Signalcharakter für andere Zeitlohnbereiche, in denen Arbeitsplatzbewertungen anstehen. Der Faktor Arbeitsbelastung durch z.B. Bildschirmtätigkeit wurde deutlich aufgewertet. – (mal)



Protest gegen Samstagsarbeit

Stuttgart. Bei Daimler-Benz Stuttgart haben sich 70 Arbeiter aus dem Werk Untertürkheim und 150 aus dem Werk Hedelfingen beim Betriebsrat wegen der Absicht der Direktion beschwert, regelmäßige Samstagsarbeit im Instandsetzungsbereich einzuführen. Die IGM-Betriebsräte bieten der Direktion die Beibehaltung der bisherigen Überstundenregelung an, diese lehnt aber ab mit Hinweis auf den Überstundenboykottbeschuß des Betriebsrates im März. Außerdem erlaube der neue Tarifvertrag ausdrücklich die regelmäßige Samstagsarbeit. – (ros)

Warnstreiks in der Bekleidungsindustrie

In elf hessischen und rheinland-pfälzischen Bekleidungsbetrieben führten 2000 Beschäftigte am 5. Juni einstündige Streiks durch. Sie bekräftigten die Forderungen der Gewerkschaft Textil-Bekleidung nach 6,5% mehr Lohn sowie einem Rationalisierungsschutzvertrag. Die Bekleidungskapitalisten fordern einen „bekleidungsspezifischen Tarifabschuß“, der weniger Lohnerhöhung als in der Textilindustrie und keinen Rationalisierungsschutz vorsieht. Die Gewerkschaft hat das Kapitalistenangebot von 3,2% als „Verhöhnung der Beschäftigten“ abgelehnt und besteht darauf, „daß es keinen Tarifabschuß ohne Ergebnis im Rationalisierungsschutz geben wird“. Am 6. Juni führte die Gewerkschaft in verschie-

denen hessischen Städten, ebenfalls in Ludwigshafen und in Saarbrücken als Unterstützung des Tarifkampfes eine Aktion „Verbraucheraufklärung“ durch. – (gba)

Tarifkampf Textil in Südbayern

Augsburg. Zu einer Kundgebung der Gewerkschaft Textil-Bekleidung in Königsbrunn bei Augsburg kamen am 23. Mai weit über 1000 aus ganz Südbayern. Der Gewerkschaftsvorsitzende Keller erklärte, die Weigerung der Arbeitgeber, auch nur zu verhandeln, sei bei der GTB ohne Beispiel. Die Gewerkschaft fordere eine spürbare Lohnerhöhung und einen beschäftigungswirksamen Rationalisierungsschutzvertrag für Arbeiter und Angestellte. Neben Ausgewogenheitsforderungen brachte er auch Hinweise wie: „Jeder Arbeitgeber kann in einem Jahr das Ergebnis von zwei Lohnrunden wegrationalisieren.“ – (ael)

GEW-Forderungen zu Kinderhorten

Mannheim. Die GEW-Mitgliederversammlung forderte in einer Erklärung „die Mitglieder des Gemeinderates und der Verwaltung der Stadt Mannheim auf, den Personalschlüssel in den städtischen Kinderhorten – analog zu den Kindergärten – auf 1,5 zu erhöhen“ und, „daß durch die Einrichtung von Elternbeiräten alle Eltern der städtischen Kindertagesstätten demokratische Mitwirkungsrechte bei der Erziehung der Kinder erhalten.“ – (bar)



USA: Seit dem 2. Mai streiken die 170 Mitglieder der Handlungsgewerkschaft Food & Commercial Workers bei der Scan-Möbelläden-Kette im Gebiet von Washington. Die Geschäftsleitung dieser Verbraucher-Kooperative verlangt Lohnkürzungen und weitgehende Einschnitte bei den Zahlungen für die Krankenversicherung und beim Krankengeld. Als das Direktorium tagte, protestierten die Streikenden draußen (Bild) und verteilten Flugblätter mit der Aufforderung, nicht in den Scan-Geschäften einzukaufen. Die Streikenden haben ihre Streikposten auf vier weitere Geschäfte in Baltimore und auf zwei in Norfolk ausgedehnt. (gba)

Coburger Convent

Demonstration gegen revanchistische Landsmannschaften und Turnerschaften

Nürnberg. Unter dem Aufruf „Kampf dem Coburger Convent“ (CC) – „Gegen Nationalismus, Revanchismus und Kriegsvorbereitung“, gründete sich anlässlich des jährlichen Treffens des Coburger Convents eine „Initiative gegen den CC“. Die Initiative rief zum 8. Juni 87 um 16.00 Uhr in Coburg zu einer Demonstration gegen den CC auf.

Im folgenden dokumentieren wir aus der Erklärung der Initiative:

„Die Unterzeichner der ‚Initiative gegen den CC‘ schließen sich zu einem Bündnis zusammen, da nur durch die Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Kräfte in Coburg und darüber hinaus die Abhaltung des CC in naher Zukunft verhindert werden kann.

Unsere Aufgabe sehen wir darin, die Öffentlichkeit über den Charakter der Landsmannschaften und Turnerschaften, die im Coburger Convent zusammengeschlossen sind, aufzuklären.

Denn trotz ihrer Behauptung, sie seien unpolitisch, sind sie Repräsentanten des deutschen Nationalismus, stehen sie in einer Reihe mit den Vertriebenenverbänden und fordern, wie diese, ein neues Großdeutschland. Diese Forderung des CC ist ebenso die weltanschauliche Grundlage der Kriegstreiber von einst und jetzt, unter deren Führung der deutsche Imperialismus bereits zwei Weltkriege entfachte. Mit ihrer ‚Mahnstunde‘ am Marktplatz und den Gedenkfeiern am Schloßplatz und im Hofgarten, wo sie uniformiert und bewaffnet aufmarschieren, verbreiten sie ihr revanchistisches und nationalistisches Gedankengut. Sie pflegen damit den deutschen Militarismus und verherrlichen die beiden Weltkriege, in denen Millionen von Menschen geopfert wurden.

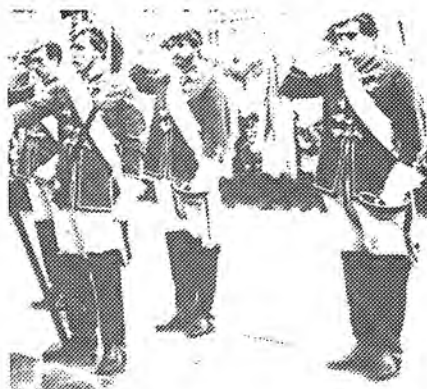
Der Höhepunkt ist die Abhaltung der sogenannten Mahnstunde mit dem schon zur Tradition gewordenen Absingen aller drei Strophen des ‚Deutschlandliedes‘. ‚Von der Maas bis an die Memel, von der Etsch bis an den Belt...‘ (1. Strophe). Was zeigt deutlicher ihren Revanchismus? Sie stellen immer wieder die Grenzen Nachkriegseuropas in Frage und gefährden somit den Frieden.

Der CC ist dadurch nicht nur ein lokales, militärisches Spektakel, sondern auch in engem Zusammenhang mit den aktuellen Kriegsvorbereitungen auf psychologischer und waffentechnischer Ebene zu sehen.

Ihr arrogantes Auftreten gegenüber der Coburger Bevölkerung hat seinen Ursprung in ihrem Elitedenken, das jeder demokratischen Grundhaltung entbehrt. Diese Studentenverbindungen begreifen sich als ‚Elite der Nation‘ und fühlen sich berufen, Führungskräfte in Industrie, Politik, Militär, Justiz etc. zu stellen.

Sie wünschen sich eine unkritische,

systemkonforme Studentenschaft. Durch ihre Forderung nach Streichung des BAFöGs, das überwiegend Arbeiterkindern zugute kam, wollen sie durchsetzen, daß nur noch angepaßten Studenten Stipendien gezahlt werden. Ihre undemokratische Gesinnung zeigt sich weiterhin dadurch, daß weder Frauen, noch Behinderte, noch Ausländer Mitglieder ihrer Verbindungen werden können. Allerdings genießen österreichische Landsmannschaften als Teil des deutschen Sprachraums das



Plakat gegen den Coburger Convent

Recht einer Gastmitgliedschaft. Auch ein Beispiel ihres großdeutschen Denkens.

In Coburg werden den Verbindungen Sonderrechte eingeräumt, d.h. Trunkenheit am Steuer oder Ruhestörungen werden offensichtlich von der Polizei nicht verfolgt oder Anzeigen seitens der Bevölkerung werden ignoriert. Bei Demonstrationen und sozialen Auseinandersetzungen reicht der geringste Verdacht einer Ordnungswidrigkeit aus, um diese zu verbieten. Dagegen gelten für den Coburger Convent andere Maßstäbe. Er zahlt schon vorher einige tausend Mark für Sachschäden, die von CC-Mitgliedern verursacht werden.

Sämtliche Möglichkeiten politischer Einflußnahme werden von der ‚Initiative gegen den CC‘ genutzt werden. Unsere grundlegende Zielsetzung ist es, den CC zu verhindern. Dies verbinden wir mit einer breiten Kampagne gegen das Treffen an Pfingsten in Coburg 1987, insbesondere gegen das Abhalten der ‚Mahnstunde‘!

Für Völkerfreundschaft - Gegen Chauvinismus und Elitedenken! Gegen Gebietsansprüche Für die völkerrecht-

liche Anerkennung der DDR!

Träger der Initiative gegen den CC in Coburg: die GRÜNEN KV, Ausländisch-deutscher Kulturverein e.V., Anti-AKW-Treff, Coburger Antifaschisten, MLPD, MLSV, Antifaschistische Organisation, Jusos UB, DKP, SDAJ, Friedensliste, VVN.

Überegional: GAL Forchheim, Anti-Fa-Plenum Nürnberg, Volksfront Nürnberg, AStA Bamberg, Anarchistische Gruppe Bamberg, Anti-Fa-Aktion München, Volksfront Schweinfurt, Anti-WAA-Gruppe Schweinfurt, Vereinigte deutsche Studentenschaft (VdS), Landesastenkonzferenz Bayern, Volksfront Bayern, GAL Bamberg, MSB Bamberg, Anti-Fa-Plenum Nordbayern, Infoladen München, El Salvador Komitee München, Radikaldemokratische Studentengruppe Bamberg. Weiterhin riefen noch zur Demonstration auf: Bundes-Basisgruppen-Plenum, Juso-Hochschulgruppen, Sozialistischer Hochschulbund (SHB) und Radikaldemokratische Studentinnengruppe (RSG).

Proteste gegen den CC

Am Pfingstmontag demonstrierten etwa 400 Antifaschisten gegen das Auftreten des Coburger Convents in Coburg. Dem Demonstrationszug folgten in kurzem Abstand etwa 30 neofaschistische Skins mit Rufen, wie „Rot front verrecke“, in einer Reihe mit ihnen die Polizei und Korporierte. Bei Anwesenheit von ca. 5000 korporierten Landsmannschaftern wurden die Demonstranten ständig von herumstehenden, im Vollwuchs bekleideten Landsmannschaftern angepöbelt.

Am Kundgebungsplatz versuchten zweimal Stadtbusse, in die Demonstration hineinzufahren, unter Anfeuerung der herumstehenden Landsmannschaftern und einer zuschauenden Polizeitruppe.

Die Kundgebungsreden wandten sich im wesentlichen gegen den revanchistischen und kriegstreiberischen Charakter des Coburger Convents. So wurde klargestellt, daß die Conventsmitglieder 1933 entgegen ihren eigenen Behauptungen mit als erste studentische Verbindung zu den Nazis übergelaufen sind. Desweiteren wurde in einer Rede auf den Charakter der studentischen Verbindungen als Zuchtorganisation der Kapitalistenvertreter hingewiesen, wo jene Studenten für deren Interessen in Wirtschaft, Wissenschaft, Justiz und Militär herangezogen werden.

Ein Studentenvertreter berichtete davon, daß es heute schon wieder möglich ist, daß an Universitäten linke Studenten von Burschenschäftlern aus dem Hörsaal getrieben werden. In einem Sketch stellten Studenten heraus, daß studentische Verbindungen stets auf der Seite der Kriegstreiber standen. - (dax)

Film

Romantik im Leben einer Sekretärin



Der Film „Das grüne Leuchten“ erzählt die Geschichte des verunglückten Urlaubs einer Sekretärin, er spielt in Frankreich. Der französische Regisseur Eric Rohmer erhielt für den Film den Goldenen Löwen der Filmfestspiele von Venedig. Er inszenierte eine alltägliche Geschichte ohne pornographische Elemente und offene Brutalitäten, aber mit stark romantisch-mystischen Zügen.

Der mit einer Freundin geplante Urlaub der Hauptperson Delphine fällt aus, die Freundin hat sich anders besonnen. Delphine träumt einer vergangenen Liebe nach und fürchtet sich, allein in Urlaub zu fahren. Sie sperrt sich gegen Bemühungen ihrer Freundinnen, sie dazu zu bringen, „etwas“ gegen ihr Alleinsein zu unternehmen, z.B. eine Gruppenreise oder allein zu reisen, weil sie unentschlossen ist. Schließlich reist sie quer durch Frankreich. An der nördlichen Atlantikküste, wohin eine Freundin sie mit zu Verwandten nimmt, bleibt sie nur eine Woche, weil sie sich in der Gesellschaft der normalen Urlaubsfamilien unwohl fühlt. Sie mag deren Urlaubsvergnügen, segeln, gut essen, mit den Kindern spielen, nicht. Dann reist sie für einen Tag in die französischen Alpen und landet schließlich in Biarritz, allein. Dort findet sie keinen Anschluß an andere Leute, obwohl sich verschiedene bemühen, sie kennenzuler-

nen.

Sie glaubt nicht, daß an ihr oder ihrer Arbeit irgend etwas so bedeutend ist, daß andere Leute sich dafür interessieren könnten. Dabei hängt sie, aber auch ihre Bekannten und Freundinnen, mystischen Ideen und Aberglauben an – Horoskope, Spielkarten, die Farbe Grün scheinen ihr Hinweise für ihr künftiges Leben zu geben. Und sie träumt die ganze Zeit vom künftigen Märchenprinzen, der großen Liebe, die ihr langweiliges Leben interessant machen könnte. Sie erwartet keinen Reichtum oder Befreiung von der Arbeit, sondern Zuneigung und Romantik.

Der Film propagiert mystisch-grünes Gedankengut. Delphine ist Vegetarierin, weil sie das Töten von lebendigen Wesen mit rotem Blut für grausam hält. Sie mag keine Blumensträuße, weil damit die Blumen getötet werden. Sie bricht in Tränen aus über die Wirkungen eines Sturms an der Atlantikküste, der die Bäume und Sträucher zaust, das Meer peitscht. In Biarritz hört sie von einem Roman von Jules Verne mit dem Titel „Das grüne Leuchten“. Das grüne Leuchten ist ein Phänomen des Sonnenuntergangs, das nur unter besonderen Klimaverhältnissen entsteht. Jules Verne behauptet, seine Erscheinung mache es möglich, seine eigenen Gefühle und die Gefühle der anderen zu erkennen. Darauf wartet Delphine. Und sie sieht es am letzten Tag

ihres Urlaubs, gemeinsam mit einem Freund, den sie gerade kennengelernt hat. Der Film läßt offen, ob er der ersehnte Märchenprinz ist.

Der Film nutzt die Gelegenheit, dezent für die fran-

zösische Touristikindustrie zu werben. Die Aufnahmen von den Urlaubsgebieten in der Bretagne, der südlichen Atlantikküste und den Alpen nehmen großen Raum ein, auch das sommerliche Paris wird vorgeführt. – (uld)

„Der große Diktator“

Satire auf „den Anstreicher, der mein Bärtchen stahl“

Charles (Charlie) Chaplin in einer Doppelrolle als herrschaftssüchtiger Diktator Hinkel und als jüdischer Friseur, der nach Jahren des Gedächtnisverlusts in die antisemitische Verfolgung gerät: „Der große Diktator“ gehört zum Besten, was antifaschistische Filmkunst hervorgebracht hat. Niemand hat Hitler besser karikiert, bissiger kritisiert als Chaplin. Chaplins Hang zum Perfektionismus, der ihn jede Geste, jede Mimik Hitlers exakt kopieren läßt, ist Hitlers Verhängnis: In jeder Szene sieht der Zuschauer Hitler vor sich und doch wiederum dessen Karikatur. Das Lachen bleibt im Halse stecken, und die Komik wird selbst zum Mittel der Kritik, so wenn Hinkel mit der Erdkugel, einem großen Luftballon, spielt und von der Weltherrschaft träumt, bis der Ballon zerplatzt. Szenenwechsel. Chaplin als jüdischer Friseur im Getto. Chaplin läßt seine tiefe Zuneigung zu den armen, unterdrückten und den arbeitenden Menschen sprechen. Die ständigen Filmschnitte streben dem Zu-

sammentreffen beider Welten zu: Der Friseur, nach seiner Verhaftung in gestohlener Uniform aus dem KZ geflohen, wird für Hinkel gehalten und soll eine Rede halten. Der Friseur nutzt die Gelegenheit für einen pathetischen Aufruf gegen jede Unterdrückung, für Solidarität, Freiheit und Menschlichkeit; die Szene wird zur



Mahnung und zur Botschaft eines Künstlers, der die Anliegen der Opfer von Kapitalismus und Faschismus zu seinen gemacht hat. – (Mak)

ZDF

Heimat – glückliche Armut unter kirchlicher Obhut

Carolin, Berge und rosa Bändchen kündigen den vorerst vorletzten von sechs Beiträgen zu „Heimat, deine Lieder“ im Samstagvorabendprogramm des ZDF an. Carolin Reiber liefert eine Definition von Heimat hinterher. Heimat, das ist Märchenerzählen statt Kassettehören, ist das Einfache

und Schlichte, die Handarbeit. Ein biederer Kinderchor trägt „Mein Vater war ein Wandersmann“ vor, denn Heimat ist auch mobil. Heimat, seßhaft, gediegen und seriös, läßt sich aus Kirche, Abendglocken, Nachbarschaft und göttlichem Segen zusammenstückeln. Zur Heimat gehört auch die

landsmannschaftliche Arbeit. Ein Bergmannslied ertönt. „Zwei kleine Finken“ verweisen auf die Naturnähe von Heimat. Trachten, Jodeln und das Lied vom „Tirolerhut“ mit anzüglichen Zwischentexten runden das Bild zu einer „menschlichen“ Heimat ab. Der Heimatliedinterpret, der sich per Zuschauergunst als der beliebteste herausstellen wird, darf demnächst bei Dieter Thomas Heck ins Abendprogramm.

Heimat als das Konzept einer glücklichen Armuts-

gesellschaft unter dem Patronat der Kirche ist nicht neu. Vor dem Ersten Weltkrieg bereits dienten solche Vorstellungen dazu, Menschen auf eine ärmliche und genügsame Volksgemeinschaft einzuschwören, die auch die Entbehrungen eines Krieges auf sich nahm. Sinkt der Lebensstandard, gilt es, aus der Not eine Tugend zu machen. Wer keine Arbeit hat, greift auf Handarbeit zurück, und die ist allemal viel schöner als Industriearbeit. – (gar)

Innenpolitik

Ein krimineller Bericht aus CSU-Kreisen

Der ehemalige Polizeipräsident Münchens, Manfred Schreiber, ist im Bundesinnenministerium für Polizeiangelegenheiten zuständig. Er dürfte wohl Redakteur des „Berichtes zur Polizeilichen Kriminalstatistik 1986“ gewesen sein. In diesem Bericht befindet sich ein Abschnitt, der wegen der gewissenlosen Aussage: „Wieder deutlicher Anstieg der Kriminalität jugendlicher und heranwachsender Ausländer“ geeignet ist, Ängste kleinbürgerlicher Wohlstandigkeit ums Eigentum und vor dem Dieb in Ausländer- und Rassenhaß umzumünzen. Eine solche Aussage wäre unzulässig, selbst wenn sie zuträfe. Es kann nicht bürgerlich rechtens sein, einzelnen Personengruppen Kriminaldelikte zuzuordnen. Stehlen z.B. kann ein Einzelner oder eine Bande. Wer jedoch eine politisch oder kulturell abgegrenzte Personengruppe in eine besondere Beziehung zu Straftaten setzt, betreibt unabsichtlich und dumm oder wissentlich und verbrecherisch Verhetzung. Wer das will, wird meistens auf Lügen zurückgreifen müssen. So ist es dann auch im Bericht aus dem Hause Zimmermann nötig. Wir zitieren:

„Besondere Kriminalitätsbelastung der Ausländer unter 21 Jahren bei der Gewaltkriminalität“

Bei der Gewaltkriminalität ergibt sich für 1986 im Vergleich der Kriminalitätsbelastungszahlen der jungen Deutschen und Ausländer folgendes Bild:

	Deutsche			Nichtdeutsche		
	Tatverdächtige 1986	KBZ 1986	(1985)	Tatverdächtige 1986	KBZ 1986	(1985)
Kinder (8 bis unter 14):	957	30	(35)	446	96	(99)
Jugendliche (14 bis unter 18):	7 966	252	(265)	2 596	822	(806)
Heranwachsende (18 bis unter 21):	12 083	416	(434)	2 974	1 225	(1 147)

Die Kriminalitätsbelastungszahlen der jungen Ausländer liegen bei der Gewaltkriminalität in diesen drei Altersgruppen jeweils etwa dreimal so hoch wie diejenigen ihrer deutschen Altersgenossen und übertreffen diese damit noch deutlicher als bei der Gesamtkriminalität. Die Kriminalitätsbelastungszahlen der ausländischen Jugendlichen und Heranwachsenden zeigen im Vergleich zum Vorjahr eine zunehmende, die der jungen Deutschen eine abnehmende Tendenz.“

Beeindruckend! Kleinliche Bedenken wie das der Volksverhetzung müssen wohl zurückstehen, wenn wissenschaftlich statistisch ein solcher Kriminalitätspfehl nachgewiesen wird. Ausländer raus! Nachzug nie! Ausländergesetze: Verschärfen!

Eine andere Statistik, aus dem gleichen Bericht, auch zu einer Fragestellung der Gewaltkriminalität:

Raub	1971	1976	1981	1985	1986
Großstädte ab 500 000 Einwohner	60	72	111	123	119
Großstädte zwischen 100 000 und 500 000 Einwohnern	42	48	68	75	71
Städte von 20 000 bis unter 100 000 Einwohnern	25	28	37	40	39
Gemeinden unter 20 000 Einwohnern	8	9	13	14	13

Die schwarze Witwe

Am Ende siegt stets das Eigentum

Um ein bekanntes Kriminalmotiv kreist der Kinofilm „Die schwarze Witwe“. Eine schöne Frau, offensichtlich bestrebt, an die Erbschaften ziemlich reich und in der Regel älterer Herren heranzukommen, bringt es fertig, innerhalb weniger Jahre fünf – wie man so sagt – im öffentlichen Leben stehende Gatten erst zu ehelichen und sodann wenige Monate nach der Heirat umzubringen. Sie macht das stets so geschickt, daß kein Verdacht auf sie fällt – bis eine ebenfalls weibliche Angestellte einer Sonderabteilung des FBI auf die Todesfälle aufmerksam wird und sich an ihre Fährte heftet. Sie stößt auf die Gattenmörderin, wird ihre persönliche Bekannte, geht mit dem schon anvisierten nächsten reichen Opfer ins Bett und versucht dann, dieses Opfer nach der Heirat mit der „schwarzen Witwe“ vor deren Absichten zu warnen. Hier bricht die Handlung ab. Am nächsten Morgen ist der Gatte tot, die Gattin wie üblich in Tränen aufgelöst und – die FBI-Agentin wird verhaftet. Die Polizei hat nämlich angeblich in ihrer Wohnung das Gift gefunden, an dem der Gatte starb. Motiv: Eifersucht. Man freut sich schon und denkt: Die FBI-Agentin ist reingelegt. Zumal die Gattenmörderin durchaus nicht unsympathisch dargestellt wird. Im Grunde macht sie ja auch nichts

anderes, als andere Mitglieder der bürgerlichen Klasse auch: Sie richtet ihre Lebensplanung auf die Nutzung des bürgerlichen Erbrechts aus. Das dicke Ende kommt dann reichlich grob: Der Gatte war gar nicht tot, die Verhaftung der FBI-Agentin nur inszeniert, um die Ex-Gattin in Sicherheit zu wiegen, und die Schwester eines der früheren Opfer ist auf einmal auch wieder da. Angeblich hat die Polizei das Gift bereits gefunden, bevor der Gatte es trank. Warum dann das ganze Theater mit der Verhaftung der Agentin, weiß wohl nur der Regisseur. So endet der Film mit einem Lob auf die Staatsmacht: Am Ende siegt eben immer das Recht – und das Eigentum. Wo kämen wir auch hin, wenn das Erbrecht fiele? – (rül)



Besonders deutlich, so steht dazu im Bericht, „fallen die Unterschiede zwischen den Gemeindegrößenklassen bei Raub ... aus“.

Die Häufigkeitzahlen für Raub und Diebstahl unter erschwerenden Umständen gehen nach den Gemeindegrößenklassen um weit über das Dreifache auseinander. Es ist jedem bekannt, daß der Anteil der Ausländer an den Jugendlichen in den Großstädten hoch ist. Es handelt sich bei der „hohen Kriminalitätsbelastung der nichtdeutschen Jugendlichen“ offensichtlich um ein Problem der Jugend in den Großstädten, dafür spricht auch, daß der Anteil der Jugendlichen deutscher Nationalität in den Großstädten häufig zurückgeht. Es ist wahrscheinlich, daß – vergleichbare Lebensumstände angenommen – kein Unterschied in der Kriminalitätsbelastung deutscher und ausländischer Jugendlicher besteht, wenngleich besonders in der großstädtischen Jugend die Diebereien und kleinen Raubtaten zunehmen, die gerade durch den lächerlichen Umfang der Beute Ausweis tragischer Verzweiflung und Perspektivlosigkeit sind, in die offensichtlich die Gesellschaft ihre Jugend stürzt. In den siebziger Jahren wurden in München Leute bestraft, weil sie den Polizeipräsidenten Schreiber mit einem Polizeihund verglichen. In einem höheren Sinne geschah wohl damals Recht, und wir wollen nicht versäumen, uns wenigstens nachträglich bei den Polizeihunden zu entschuldigen.

– (maf)

Das „Daimler-Benz-Buch“

Nützliche Beiträge gegen die Konzernpolitik im Faschismus

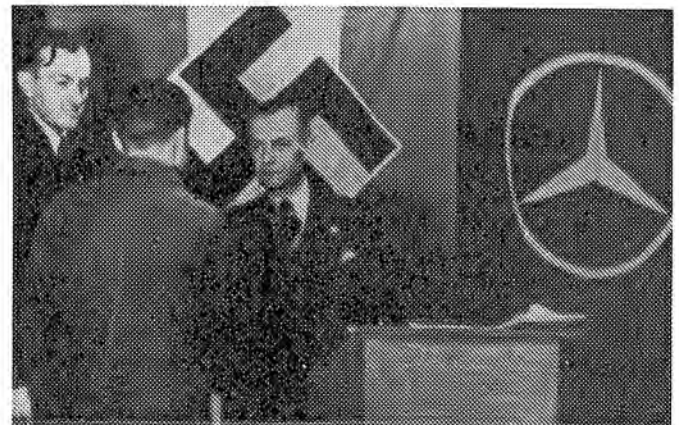
Die im April erschienene 829-seitige Sammlung von Beiträgen unter dem Titel „Das Daimler-Benz-Buch“ zerfällt in zwei Bereiche: einen historischen, der sich mit der Geschichte des Konzerns 1890–1945 beschäftigt und einen, der die aktuelle Innen- und Außenpolitik beleuchten will. In letzterem finden sich Beiträge verschiedener Mitglieder der PLAKAT-Gruppe zum Thema „Daimler-Benz von Innen“, die teilweise zu sogenannten „oral histories“ abgleiten, Plaudereien, in denen aus der Sicht des „kleinen Mannes“ kaleidoskopartig subjektive Befindlichkeiten und Geschichtchen aus Konzernalltag und persönlicher Biographie zum besten gegeben werden. Der Beitrag zur Rüstungspolitik faßt im wesentlichen Spiegel-Artikel zusammen. Der Abschnitt „Kein guter Stern für die Schwarzen. Die Geschäfte von Daimler-Benz im Land der Apartheid“ verarbeitet zahlreiche, 1986 geführte Gespräche mit schwarzen Arbeitern und Gewerkschaftern der südafrikanischen Beteiligungsgesellschaften der Daimler-Benz AG und aktualisiert diverse Beiträge der Anti-Apartheid-Bewegung. Die unmenschliche Behandlung und Ausbeutung der schwarzen Beschäftigten und die hervorragende Zusammenarbeit des Konzerns mit dem Rassistenregime, insbesondere dessen Repressionsapparat, wird dokumentiert.

Lesenswert sind die von Karl Heinz Roth verfaßte Darstellung der Geschichte des Konzerns 1890–1945 (S. 28–373) und verschiedene Beiträge zur „Zwangs- und Haftlingsarbeit unter dem Dreizack“ (S. 392–594). Beide Teile zerstören, gestützt auf mehrjährige, arbeitsteilige Auswertung des Weltarchivbestandes, zwei zentrale Legenden bürgerlicher Firmengeschichtsschreibung, die neu aufgelegt worden sind in der vom Daimler-Vorstand als Reaktion auf Entschädigungsforderungen ehemaliger Zwangsarbeiter in Auftrag gegebenen Weißwäsher-Dokumentation „Die Daimler-Benz AG in den Jahren 1933 bis 1945“, hrsg. v.

der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte, welche u.a. von dem Daimler-Vorstands-Vorsitzenden präsiert wird: Erstens, daß die Daimler-Benz AG erst unter den behördlichen Zwängen der Kriegswirtschaft im Verlauf des Krieges zu einem Rüstungskonzern geworden sei und zweitens, daß „auch die Geschichte der Daimler-Benz-AG von 1933–45 ein Beispiel dafür (ist), daß der ‚Primat der Politik‘ über den wirtschaftlichen Interessen stand, und nicht die Wirtschaft die Politik Hitlers bestimmte, sondern ihr untergeordnet war.“ (ebenda, S. 183f).

Gezeigt wird, wie Daimler im Ersten Weltkrieg zum reinen Rüstungsunternehmen wurde und gegen den Widerstand der Belegschaft nach 1918 in der Hoffnung auf militärische Revision von Versailles große Entwicklungskapazitäten und Prototypenfertigungen, vor allem im Flugzeugmotorenbau, aufrecht erhielt. Sehr früh knüpfte die Geschäftsführung über den Münchner Filialleiter Jacob Werlin Kontakte zur NSDAP, der 1924 mit dem in Festungshaft einsitzenden Hitler über den Kauf von Mercedes-Luxuskarossen korrespondierte, die letzterer mit Tantiemen aus dem Verkauf von „Mein Kampf“ finanzieren wollte. Später versorgte der Konzern die gesamte Naziführung mit nach Rangordnung abgestuften Luxus-Limousinen und verschafft sich so nicht nur Gefälligkeiten wie das Straßenverkehrsmonopol auf dem Reichsparteitag 1933 in Nürnberg. Der Konzern verstand sich als Bastion des Nationalsozialismus in der Wirtschaft und warb bei jeder sich bietenden Gelegenheit in den eigenen Reihen für die Faschisten. Die Lohnraub-, Motorisierungs- und Blitzkriegspolitik führte zu einer Verzehnfachung des Umsatzes von 1933–44. Das Kapitel „Neuordnung und Nachkriegsplanung“ dokumentiert die Vorstellungen der Geschäftsführung, wie, nach der erwarteten Niederwerfung der Sowjetunion, unter Führung der Daimler-Benz AG ein großeuropäisches Kfz-Monopol entstehen sollte und wie die Konzernleitung dafür vorarbeiten ließ: Mit der Beschlagnahme ausländischer Firmen, u.a. der „Brzeskiauto AG Posen“ in Polen, oder mit Produktionsdiktaten der Daimler-Kommissare in besetzten Gebieten; beispielsweise gegenüber der Renault AG, die ihre Produktionspalette an die Daimlertypen angleichen und die Stückzahlen halblieren mußte.

In den Beiträgen zur Vernutzung und Vernichtung von Zwangs-Arbeitern und KZ-Häftlingen wird mit zahlreichen, bisher nicht oder schwer zugänglichen Dokumenten belegt, wie Vorstand und Werksleitungen mit Gestapo und SS zusammenarbeiteten. Die lange Reihe hingerichteter deutscher kommunistischer Dreher und Schlosser, gehängter sowjetischer Zwangsarbeiter und polnischer Juden, erschossener britischer und sowjetischer Kriegsgefangener und elend zugrunde gerichteter KZ-Häftlinge – Frauen, Männer und Kinder, die sich der Konzern aus den Konzentrationslagern Ravensbrück, Dachau, Mauthausen, Natzweiler und Auschwitz zum Arbeitseinsatz von der SS in die Werkshallen führen ließ, bildeten die Basis der Umsatzsteigerung.



Widerstand gegen Betriebsgemeinschaft

Die Kritik an der Konzernpolitik stößt immer wieder auf die Frage nach dem Widerstand in den Betrieben während der faschistischen Diktatur. Gelang es den Faschisten, vor und nach 1933 in der Arbeiterklasse eine Basis für ihre politischen Ziele zu finden? War die faschistische Diktatur für die Konzerne ein Notanker oder war sie die konsequente Fortsetzung einer schon vorher betriebenen Politik? Können daraus Lehren für den heutigen antifaschistischen Kampf und die Rolle der Konzerne gezogen werden? Zur Beantwortung der historischen Fragen gibt das Daimler-Benz-Buch den Konzern betreffend ausreichend Material her:

Nach starken Absatzrückgängen und Verlusten in der Weltwirtschaftskrise ging Daimler-Benz 1930 verstärkt zum Angriff auf die Belegschaft über. Im Werk Gaggenau wurde zum Beispiel die Belegschaft von Januar bis Mai 1930 halbiert auf 1500. Auch in den Stammwerken in Untertürkheim und Mannheim wurde Woche für Woche entlassen. Daimler-Benz nutzte die Gelegenheit, die Arbeiteropposition hinauszusäubern, die Akkorde zu verschärfen und die Löhne in einem kaum faßbaren Maßstab abzubauen. Während die Arbeitsleistung stieg, fielen die Einkommen selbst der Facharbeiter unter das Existenzminimum. Schon vor der Machtübernahme durch die NSDAP hatte die Daimler-Benz-Direktion damals Hungerlöhne durchgesetzt; der Widerstand dagegen war aber nicht gebrochen.

Die Betriebsratswahlergebnisse im März 1933 nach Regierungsantritt der Nazis zeigten, daß die Arbeiterschaft der Unterdrückungswelle die Stirn bot. In den Arbeiterrat des Werkes Sindelfingen wurden sechs Vertreter des Deutschen Metallarbeiter Verbandes (DMV), fünf Kandidaten einer roten Einheitsfrontliste und nur ein Mitglied der NSBO gewählt, während die Angestellten auf eine Wahl verzichteten und sechs Vertreter des Deutschen Handlungsgehilfen-Verbandes, darunter zwei Nazis, in den Angestelltenrat delegierten. Im Mannheimer Werk waren die Wahlergebnisse entsprechend. Die Polarisierung zwischen Arbeitern und Angestellten war deutlich akzentuiert, aber die Arbeiter bildeten die überwältigende Mehrheit in den Betrieben. Daimler-Benz-Direktion und NSBO annullierten daraufhin die Betriebsratswahlergebnisse. Die linken Arbeiterräte wurden noch im März in einer betrieblichen Aktion verhaftet und in SA-Lager deportiert.

Auf betrieblicher Ebene setzten die Nazis eine despotische Arbeitspolitik durch. Den Betriebsführern wurde unumschränkte Handlungsvollmacht zugebilligt, alle tarifvertraglichen Lohnregelungen und Mantelvereinbarungen konnten sie beseitigen. Die Daimler-Benz-Spitze hat die Krisen-Hungerlöhne sogar noch weiter gedrückt. Dabei nutzte sie die Tatsache aus, daß aufgrund des Übergangs von der Kurzarbeit zur 47,5-Stundenwoche die realen Wochenverdienste wieder leicht anstiegen.

Terror und ausgefeilte Personalpolitik

Die kommunistischen und linkssozialistischen Arbeitergruppen kämpften auch bei Daimler-Benz im Untergrund um Rückeroberung des Handlungsspielraums. Die „Hinein in die Betriebe“-Parole ihrer Organisation war 1934 infolge der Neueinstellungen nicht unrealistisch. Während die Widerstandsgruppen ihren Kampf intensivierten, zog sich ein Überwachungs- und Spitzelsystem über ihnen zusammen. Dabei agierte die nationalsozialistische Deutsche Arbeitsfront (DAF) als Impulsgeber. In Zusammenarbeit mit Gestapo und SD wurden SS-Spitzel gezielt in Großbetriebe eingeschleust. Zehntausende kommunistischer und linkssozialistischer Arbeiter fielen 1935/36 den Verhaftungswellen zum Opfer. Im Jahr 1935 wurden die letzten Vertrauensratswahlen durchgeführt. Vertrauensräte waren von der NSDAP



1933 gesetzlich vorgeschrieben worden. Im Werk Mannheim hatten von 1500 Stimmberechtigten 1475 mit folgendem Resultat gewählt: Leere Umschläge 750, ungültig 250, einzelne Streichungen etwa 500. Auch in Untertürkheim war ein Viertel der Stimmzettel ungültig, ein weiteres Viertel abgeändert.

Diese Ergebnisse alarmierten DAF und Sicherheitspolizei. Die Konzernzentrale baute daraufhin mit der Arbeitsfront, Gestapo und den Wehrwirtschaftsstäben des Militärs ihren Werksschutz aus. Dies war nur eine Antwort auf die Unmutsäußerungen in der Arbeiterschaft. Gleichzeitig wurde die DAF zu einer gelben Daimler-Benz-Gewerkschaft umgebildet. In ihren Schulungszentren wurden ehrenamtliche Sozialarbeiter ausgebildet für die Kontrolle der Jugendlichen, Frauen und für Erwachsenenbildung. Die Stammarbeiterschaft wurde aus einem Sozialfonds begünstigt mit innerbetrieblicher Weiterqualifizierung, Urlaubszeiten, Jubiläumsgeschenken usw. Es kam zu einer Fusion der Personalabteilung mit der betrieblichen Führungsgruppe der DAF.

Ein neues Lohngruppenmodell wurde eingeführt, das ein Programm zur Aufspaltung der Belegschaften über die Neubestimmung von Lohn und Leistung war. Die bisherigen fünf Lohngruppen (Facharbeiter, Angelernte, Hilfsarbeiter, Frauen, Jugendliche) wurden unter Rückgriff auf die analytische Arbeitsplatzbewertung zu acht Lohngruppen umgestaltet. Dabei gab es für die Angelernten allein drei Lohngruppen. In allen Gruppen entfielen die Akkordobergrenzen, die Hierarchie wurde verändert zugunsten neuer, innerhalb kürzester Zeit auszubildender Arbeiterschichten. Die Zahl der betriebsinternen Angelernten schnellte seit 1938 sprunghaft in die Höhe. Daimler-Benz verfügte damit über das Knowhow, um aus jeder Arbeitskraft und jedem Arbeitssklaven einen passablen Maschinenbediener zu machen. Während des Krieges rangierten die rekrutierten Fremdarbeiter zum Beispiel aus Belgien und Frankreich in den unteren Lohnkategorien, die Kriegsgefangenen, die KZ-Häftlinge und teilweise auch die Ostarbeiter wurden jedoch nicht „entlohnt“, sondern es wurden unterschiedlich gestaffelte Beträge an die Wehrmacht und an die SS überwiesen. Der Versuch der Daimler-Benz-Direktion, vor allem ältere deutsche Stammarbeiter auf die Seite der nazistischen Unterführerkorps zu ziehen, scheiterte.

Quelle: Das Daimler-Benz-Buch Ein Rüstungskonzern im »Tausendjährigen Reich«, hrsg. von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte d. 20. Jhdts., Franz GRENO-Verlag, Nördlingen 1987, 36.- DM.

Bei Durchsicht des ansonsten nützlichen Quellenapparates fällt auf, daß von den drei Daimler-Konzernkritikbroschüren aus Stuttgart, Mannheim und Bremen, die von Januar bis September '86 in einer Auflage von 8000 vertrieben worden sind, die Mannheimer Broschüre „100 Jahre Daimler-Benz – 100 Jahre Ausbeutung, 100 Jahre Umweltschmutz, 100 Jahre Aufrüstung“ nicht erwähnt wird und bei der Stuttgarter Broschüre „100 Jahre Daimler-Benz – Kein Grund zum Feiern!“, die Mitherausgeberschaft der Anti-Apartheid-Bewegung (S. 689) und der Volksfront (S. 689, 791) nicht wiedergegeben wird. – (ros, zem)

Gesundheitspolitik

Die Gesundheit der Arbeiterbevölkerung verschlechtert sich weiter Blüm in Startposition für die Arme-Leute-Krankenkasse

Die Bild-Zeitung lanciert: „Wer krank ist, soll trotzdem arbeiten“. Die Reaktion verstärkt die Propaganda für die im Herbst vorgesehenen Gesetze, mit denen Blüm die sogenannte Kostenexplosion im Gesundheitswesen eindämmen will. Die Richtung kann den Forderungen des Kapitalistenverbandes BDA entnommen werden: Senkung der Lohnnebenkosten z.B. durch Anrechnung von Kuren auf den Jahresurlaub, Lohnfortzahlung statt von den einzelnen Kapitalisten durch einen Fonds der Krankenkassen, feste statt prozentuale Zuschüsse beim Zahnersatz. Die CDU-Mittelstandsvereinigung will, daß die Versicherten für Arzneimitteln bis 20 Mark 20% selber zahlen, bei Medikamenten bis 40 DM dann 15% und darüber 10%. Der Wert der Arbeitskraft soll gesenkt werden, indem bisher geltende gesellschaftliche Ansprüche beseitigt werden: Das allge-

meine Gesundheitswesen soll nicht mehr die Herstellung körperlichen Wohlbefindens bezwecken, sondern unter menschenverachtender Abwägung von Aufwand und Nutzen den Arbeiter irgendwie wieder leistungsfähig machen. Oder wie es der BDA technokratisch, sachzwanghaft formuliert: „Überkapazitäten bei den Leistungserbringern“ sind abzubauen, „weitere Kostenbelastung gefährdet die Leistungsbereitschaft der Mitarbeiter und die internationale Wettbewerbsfähigkeit“. Die Reaktionen greifen vor allem den Grundsatz an, daß die Lohnabhängigen kollektive Sicherung gegen gesundheitliche Risiken brauchen. Sie behaupten, heute sei individuelles Fehlverhalten das hauptsächliche Gesundheitsrisiko. Dagegen wollen wir im folgenden versuchen, einige Argumente liefern. – (alk, jüt, kar, wjw)

Der Krankenstand der Arbeiter steigt BDA: für Einheit des Kapitals gegen die Lohnfortzahlung

Seit 1984 steigt der Krankenstand in den Betrieben wieder an. 1983 hatte er mit 4,7% der männlichen Pflichtversicherten und 4,1% bei den Frauen einen absoluten Tiefststand erreicht (vgl. Schaubild unten). 1986 lag er bereits wieder um rund 10% über diesen Werten (Männer: 5,1% Krankenstand im Jahresdurchschnitt, Frauen: 4,5%). Keine spektakuläre Entwicklung, meint man auf den ersten Blick, und auch der zuständige Sachbearbeiter im Bundesarbeitsministerium wiegelt gleich ab: Immer noch sei das Krankenstands-niveau extrem niedrig.

Die Bedeutung der Sache wird erst klar, wenn man sie vor dem Hintergrund der Jahre vorher betrachtet. Zwischen 1980 und 1983 hatte ein rasanter Abfall des Krankenstandes stattgefunden (rd. –20%), und die Kapitalistenverbände hatten hämisch kommentiert, in der Krise steige eben die Arbeitsmoral wieder, dies sei keine Zeit für Drückeberger und Krankfeierer.

Tatsächlich war das Sinken der Arbeitsunfähigkeits-Zeiten (im folgenden: AU-Zeiten) keineswegs darauf zurückzuführen, daß die Arbeiter früher regelmäßig ihren „blauen Montag“ eingelegt hätten und nun aus Angst vor Arbeitslosigkeit darauf verzichteten. Derartige Kapitalistenpropaganda wurde von Berechnungen gewerkschaftlich orientierter Wissenschaftler (1) widerlegt, die zeigten, daß der Krankenstand überwiegend von Langzeitkranken bestimmt wird. Denn er hängt ab von der Anzahl der AU-Tage im Jahr, d.h. vom Produkt der AU-Fälle mit der AU-Dauer: je länger jemand krank ist, um so mehr trägt er zum Krankenstand bei. Deswegen haben die kurzen Krankheiten kaum einen Einfluß auf die gesamten Fehlzeiten: Selbst wenn

alle AU-Fälle mit bis zu einer Woche Dauer vollkommen wegfielen, würde der Krankenstand nur um 10% sinken. Umgekehrt entfallen auf die 6,5% AU-Fälle über 6 Wochen Dauer 41% des Krankenstandes. Dies deutet auf die wirkliche Ursache der sinkenden Fehlzeiten in den Betrieben hin: Die Kapitalisten haben Anfang der 80er Jahre die Belegschaften von den Langzeitkranken, d.h. den verschlissenen Arbeitskräften, gesäubert und den Arbeiterkörper verjüngt. Dies zeigte sich damals auch auf der anderen Seite der Arbeitsmarktstatistik, bei den Arbeitslosenzahlen: Zwischen 1980 und 1982 schnellte die Zahl der Arbeitslosen „mit gesundheitlichen Einschränkungen“, die jahrelang um die 250000 be-

tragen hatte, auf 384000 empor – das Problem der „Langzeitarbeitslosen“, die, weil verschlissen, keine Chance mehr haben, einen Ausbeuter zu finden, gelangte in die öffentliche Diskussion. Von Gewerkschaftsseite wurde angegriffen, daß die Arbeitsintensität in der Produktion dem Hochleistungssport gleichkomme und daß die Kapitalisten die dafür nötigen „Olympiamannschaften“ zusammenstellten.

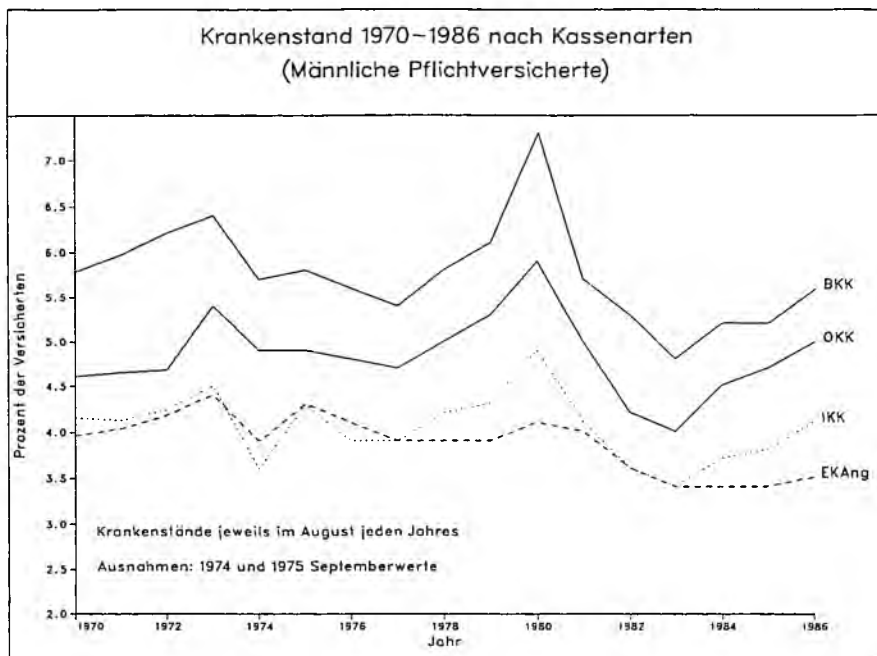
Diese Olympiamannschaften werden jetzt kaputtgemacht, das ist die Bedeutung des steigenden Krankenstandes. Dabei findet der stärkste Verschleiß in der Produktion statt, in den Verwaltungsetagen hat die Rationalisierung noch keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Fehlzeiten gehabt. Dies zeigt die Aufgliederung des Krankenstandes nach Kassenarten (Schaubild rechts oben): Bei den Betriebs- und Ortskrankenkassen war die Säuberung 1980/83 besonders durchgreifend ge-



wesen und bei ihnen nimmt der Krankenstand jetzt zu. Bei den Ersatzkassen der Angestellten dagegen zeigten sich alle Krankenstandsbewegungen in der Vergangenheit nur sehr abgeschwächt, jetzt ist praktisch keine Zunahme zu verzeichnen. Die verschiedenen Kassenarten spiegeln aber weitgehend die gesellschaftliche Arbeitsteilung wider: Bei den Betriebs- und Ortskrankenkassen sind die unteren Lohnabhängigen-schichten, bei den Ersatzkassen die höheren Einkommensklassen konzentriert (s. Tabelle).

Die unterschiedlichen Tendenzen in der Gesundheitsentwicklung zeigen sich noch ausgeprägter bei den Krankenhausfällen (unteres Schaubild), d.h. bei den schwereren Krankheiten. Bei den Ortskrankenkassen nahmen die Krankenhausfälle in den letzten Jahren zu (in diese Statistik gehen auch die Arbeitslosen ein, die aus der Krankenstandsstatistik weitgehend herausfallen), bei den Betriebskrankenkassen und den Ersatzkassen herrschte weitgehend Stagnation. Der Abstand zwischen beiden Kassengruppen ist seit 1970 rasant gestiegen. Diese Spaltung der Lohnabhängigen bezüglich ihres Gesundheitszustandes erschwert die Bildung einer einheitlichen Front gegen die Pläne der Reaktion im Gesundheitswesen. Ein Bewußtsein der zunehmenden Gesundheitsverschlechterung und ihrer Ursachen in der Produktion kann sich „spontan“ nicht herausbilden, weil die verschiedenen Schichten ganz unterschiedliche „persönliche Erfahrungen“ hinsichtlich des Gesundheitstrends machen. Die GRÜNEN z.B. oder auch die Demokratischen Ärzte in den Landesvertretungen gehen nicht von einer Zunahme der Krankheiten aus.

Diese Situation ermuntert die Reaktion zur Zerschlagung des Krankenversicherungssystems und zum Angriff auf die Lohnfortzahlung. Der Sachverständigenrat im Gesundheitswesen hat die Streichung eines Drittels der Krankenhausbetten langfristig für möglich erklärt, zur Umsetzung dieser und ähnlicher Vorschläge will sich Blüm im Herbst äußern. Bei der Lohnfortzahlung fordert die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) in ihrem Jahresbericht 1986 den Übergang zu einer „versicherungsrechtlichen Entgeltfortzahlung“. Nicht mehr das einzelne Unternehmen solle den Lohn fortzahlen, sondern die Krankenversicherung, die ihrerseits Beiträge von den Betrieben erhebt (2). In Erwartung weiter zunehmender Krankenzahlen treibt die BDA Einheitsfrontpolitik für die Monopole: Bislang zahlt derjenige Betrieb am meisten Lohnfortzahlung, der seine Arbeiter am härtesten schindet. Dies schafft einen minimalen Anreiz für die Kapitalisten, den eigenen Krankenstand nicht allzuweit über den Durchschnitt steigen zu lassen. „Fehlzanreize und Fehl-

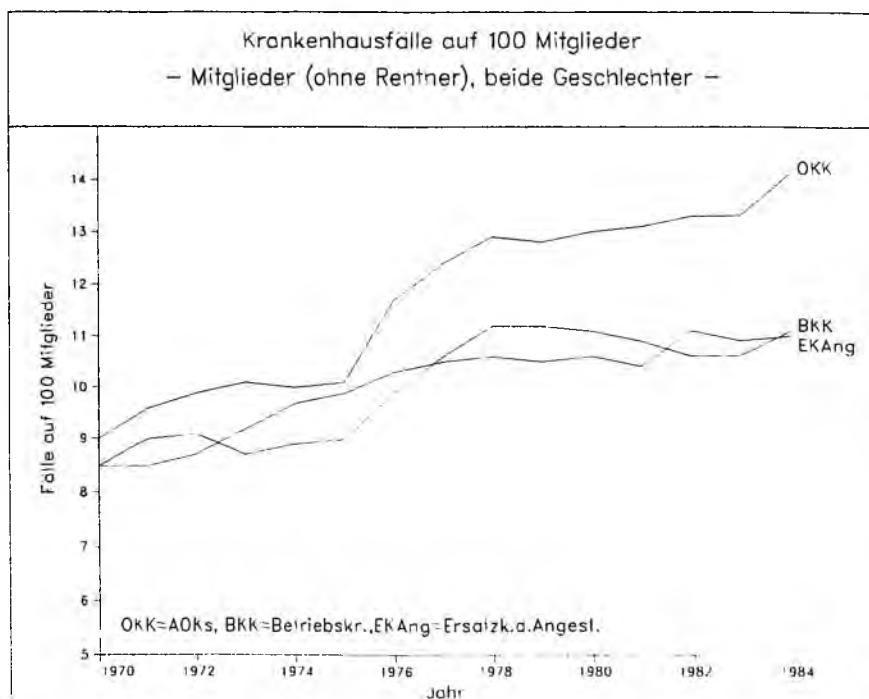


Männliche Erwerbstätige 1982 nach monatlichem Nettoeinkommen und Krankenkasse

Einkommens- klasse	Eink.- Verteilung	in der jeweil. RVO- Kassen(*)	Eink.-Klasse sind versichert in: Ersatz- kassen	Private Kassen	Polizei/ BuWehr
- 600	7.1 %	66.4 %	13.5 %	0.8 %	19.1 %
600 - 1000	2.6 %	72.5 %	17.3 %	5.1 %	4.9 %
1000 - 1400	10.3 %	80.6 %	11.9 %	2.9 %	4.4 %
1400 - 1800	24.4 %	82.9 %	12.4 %	2.9 %	1.8 %
1800 - 2200	22.7 %	72.3 %	20.0 %	6.0 %	1.6 %
2200 - 3000	17.7 %	48.9 %	33.1 %	15.2 %	2.7 %
3000 -	15.2 %	24.5 %	43.3 %	30.6 %	1.5 %
zusammen	100.0 %	63.9 %	22.7 %	9.9 %	3.4 %

(*) RVO-Kassen: AOKs, Betriebs-, See-, Innungs-, landwirtschaftliche und ausländische Krankenkassen und die Bundesknappschaft

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg): Fachserie 13, R. 1, "Versicherte in der Kranken- und Rentenversicherung 1982", Tabelle 1.4



steuerungen“ sind das für die BDA; sie würden bei einer Einheitsumlage unter den Kapitalisten fortfallen. Die Kapitalistenklasse würde sich als einheitlicher Block zu den Arbeitern als gemeinschaftlich zu vernutzendem Menschenmaterial verhalten können, und ganz nebenbei würden die kleineren Betriebe den höheren Krankenstand der Konzerne mitbezahlen. Angesichts der Statistiken über die Opfer ihrer Expansionsschlacht runzeln die Kapitalisten unwillig die Stirn: wieviel Geld wird da verschleudert? Oder hemmt gar etwas das Vorwärtstürmen?

Quellen: (1) K. Preiser, W.F. Schröder: Der Rückgang des Krankenstandes ..., Sozialer Fortschritt 12/83, S. 276; (2) Arbeitgeber, Jahresbericht der BDA 1986, S. 88; Schaubilder: Arbeits- und Sozialstatistik, versch. Jahrgänge; Bundesarbeitsblatt, versch. Jahrgänge; Die gesetzliche Krankenversicherung in der BRD, Statistische und finanzielle Berichte, versch. Jg.



Sachverständigenrat greift auf faschistische Gesundheitspolitik zurück

Daß die Arbeitsbedingungen entscheidenden Einfluß auf den Gesundheitszustand der lohnabhängigen Bevölkerung haben, ist für jeden hart arbeitenden Menschen seit langem eine Tatsache und wurde von der Arbeiterbewegung in Parolen wie „Akkord ist Mord!“ zum Ausdruck gebracht. Seit einigen Jahren hat diese Tatsache auch Eingang in die medizinische Wissenschaft gefunden, wird dort allerdings eher als exotisches Sonderproblem dem Fachgebiet „Arbeitsmedizin“ zugeschoben.

Hat sich daran jetzt auf einmal etwas geändert? Der Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen konstatiert in seinem Jahresgutachten 1987 für die unterschiedlichen „sozialen Schichten“ durchaus „nicht nur Unterschiede in der Gesamtsterblichkeit, sondern auch in Bezug auf das Auftreten häufiger Krebserkrankungen, des Herzinfarkts und der Leberzirrhose“ (S. 30). In einer Tabelle (S. 31) widerlegt er sogar das Vorurteil, beim Herzinfarkt würde es sich um eine typische „Managerkrankheit“ handeln und zeigt, daß Arbeiter, einfache Angestellte und einfache Beamte die höchste Sterblichkeitsrate durch Herzinfarkt aufweisen.

„Unterschiede in der Häufigkeit der Arbeitsunfälle und bestimmter Berufskrankheiten, ferner der Wohnbedingungen, die für einzelne Sozial- bzw. Berufsgruppen Nachteile erkennen lassen, erklären diese Unterschiede wenigstens teilweise.“ (S. 30) Jetzt kommt aber der Pferdefuß, bei dem was angeblich wesentlich ist: Ursache der besonderen Gesundheitsgefährdung dieser Lohnabhängigen seien „höhere

Raten an exzessiven Tabak- und Alkoholkonsum und an Übergewicht“ (S. 30), die „sich stärker ausgeprägt bei sozial schwachen und beruflich belasteten Gruppen (Wechselschicht, Nacharbeit) ebenso bei Arbeitslosen“ (S. 39) fänden. Also nicht die Arbeitsbedingungen (Wechselschicht, Nacharbeit) an sich, sondern die „triebhaft“ Reaktion der Arbeiter (rauchen, saufen, fressen), darauf will der Sachverständigenrat als Ursache ihres schlechten Gesundheitszustandes verkaufen. Verantwortlich sind somit nicht die Kapitalisten, die die Arbeitsbedingungen diktieren, sondern angebliche Unvernunft der Arbeiter.

Zusammenfassend nennt der Sachverständigenrat drei Ursachen für unterschiedliche Mortalität nach Berufsgruppen: „... erhöhte Sterblichkeit an bestimmten Ursachen kann (neben genetischer Heterogenität) ebenso sehr eine erhöhte Exposition gegenüber auslösenden Risiken wie verschlechterten Versorgungszugang bedeuten“ (S. 179). Im Klartext: Der schlechte Gesundheitszustand der hart arbeitenden Klassen liegt in ihrer mangelhaften Erbmasse begründet, in der triebhaft-exzessiven Hingabe an Laster wie Rauchen, Saufen, Fressen und ihrer ignoranten Haltung gegenüber Vorsorgemaßnahmen.

Die Grenze zwischen reaktionärer und direkt faschistischer Gesundheitspolitik ist offensichtlich fließend. Das wird auch besonders deutlich im Kurs, der gegenüber den alten Menschen eingeschlagen wird. So behauptet der Sachverständigenrat: „Insbesondere die Lebenserwartung von Frauen nähert sich ähnlich wie in einigen anderen

Industriestaaten auch in der Bundesrepublik zunehmend Werten, die an die gegenwärtig biologisch maximale Lebensspanne heranreichen“ (S. 29), und er schlußfolgert daraus: „Das bedeutet für viele medizinische Maßnahmen, soweit diese auf eine weitere Steigerung der Lebenserwartung zielen, abnehmenden Grenznutzen bei wachsendem Aufwand ... Für die wachsende Teilgruppe der älteren Bevölkerung muß in Kauf genommen werden, daß die zunehmende Langlebigkeit mit natürlich steigender Krankheits- und Behinderungslast einhergeht. Damit soll hinsichtlich der notwendigen Gesundheitsinvestitionen keine Korrektur zu Lasten der älteren Bevölkerungsgruppen empfohlen werden, aber es ist erkennbar, daß derzeit zu ihren Gunsten relativ mehr Investitionen getätigt werden als für präventive Aufgaben der zuvor beschriebenen Risikogruppen“ (S. 33). Weil der Kapitalistenklasse für ehemalige Arbeitskräfte, die der Profitproduktion nicht mehr zur Verfügung stehen, jeder Pfennig zu schade ist, wird behauptet, diese hätten die „biologisch maximale Lebensspanne“ erreicht. Krankheits- und Behinderungslast wird als für das Alter „natürlich“ hingestellt, um Unterlassung medizinischer Therapie zu rechtfertigen. Es zeichnet sich ab, daß die Reaktion ihre Sammlungsbewegung gegen die Armen, Kranken und Schwachen zunehmend auf direkt faschistischen Begründungszusammenhängen aufbaut.

Quellenhinweis: Alle Seitenangaben beziehen sich auf: Jahresgutachten 1987, Medizinische und ökonomische Orientierung, Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen, Vorschläge für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen, Nomos-Verlagsgesellschaft Baden-Baden, 1987

Steigende Arzneimittelkosten An der „Tablettensucht“ liegt es nicht

1986 sind in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) die Ausgaben auf 119,6 Mrd. DM gestiegen. Für Arzneimittel wurden 17,6 Mrd. DM (oder 14,7% der Ausgaben) verbraucht. 1970 waren es noch 4,2 Mrd. DM und 16,8% aller Ausgaben. (1) Vergleicht man die Steigerungsraten gegenüber 1985, dann liegen die Leistungsausgaben für Arzneien bei +5,6% und Krankenhauspflege bei +6,2% an der Spitze (ebd. S. 12). Darüberhinaus sind die Ausgaben für Selbstmedikation von 3 Mrd. DM 1980 auf 3,9 Mrd. DM 1984 gestiegen. (2) Erfahrungsgemäß dauert es dann nicht lange, daß den Versicherten „Tablettensucht“ zusammen mit „unvernünftiger Lebensweise“ vorgeworfen wird. Wir haben deshalb einige Fakten über den Zusammenhang von Arbeit, Krankheit und Medikamentenverbrauch zusammengetragen.

An der Spitze der verbrauchten Medikamente stehen Schmerz- und Grippemittel, Medikamente gegen Rheuma (Antirheumatika), Psychopharmaka wie Beruhigungs- und Schlafmittel. (3) Eine weitere wichtige Gruppe sind die Medikamente für Herz- und Gefäßerkrankungen, hohen Blutdruck und schlechte Durchblutung der Herzkranzgefäße. Während Schmerz- und Grippemittel mehr bei akuten Beschwerden benutzt werden, können die Psychopharmaka und Rheumamittel sowohl für akute wie chronische Erkrankungen zur Anwendung kommen; die Herz-Kreislaufmedikamente werden fast ausschließlich für chronische Erkrankungen der älteren Versicherten benötigt.

Es soll nun untersucht werden, wie diese Medikamente auf die Bewältigung der täglichen Arbeitshetze wirken und wie sie die Folgen langjähriger Überlastung abmildern oder gerade noch erträglich machen. Dazu zunächst das Schaubild. (4)

Die menschliche Leistungsbereitschaft unterliegt einem festen biologischen Rhythmus, der nicht änderbar ist. Demnach gilt der Satz „mit den Hühnern aufstehen und ins Bett gehen“. Außerdem zeigt die Kurve „Physiologische Leistungsbereitschaft“ noch auf, wie sinnvoll eine Mittagspause ist. Das Schaubild zeigt gleichzeitig, daß aus einem Menschen unterschiedlich Leistung herausgepreßt werden kann. Mit der Steigerung der Arbeitshetze reicht die „physiologische Leistungsbereitschaft“ keineswegs aus, um ein den Ausbeuter zufriedenstellendes Arbeitsprodukt zu liefern. Der Arbeiter soll seine „Einsatzreserven“ mobilisieren. Sofern er das tut, empfindet er nach unterschiedlicher Zeit Schmerzen und Müdigkeit. Bei Über-Kopf-Arbeit z.B. verspannt sich die Nackenmuskulatur,

es kommt zu brennenden Schmerzen, die vom Genick bis zur Kopfhaut ausstrahlen. Der Körper signalisiert so die drohende Überlastung der beteiligten Knochen, Sehnen und Muskeln. Der Arbeiter müßte jetzt eine Pause einlegen oder zu leichter, möglichst anderer Arbeit wechseln. Er ist aber schwerer, monotoner Arbeit, vollschichtig zu wechselnden Tageszeiten unterworfen. Das Schaubild zeigt ferner, daß nachts die „Einsatzreserven“ deutlich vermindert sind. Uns ist kein Betrieb bekannt, wo wegen Nacharbeit die abgeforderte Leistung gesenkt wird.

Ein Arbeiter, der sich unter solchen Bedingungen beim Sanitäter wegen akuter Schmerzen meldet bekommt eine *Schmerztablette*. Jahresumsatz (5) 113142200 Packungen / 307318900 DM. Bei den Rennern (Thomapyrin N, Tegal, Vivimed) sind die Schmerzmittel mit Coffein kombiniert, das aufputschend wirkt. Am gefährlichsten sind Dolviran- und Optalidon-tabletten, wo das Schmerzmittel mit *Beruhigungsmitteln* kombiniert ist. Entweder schluckt der Arbeiter sie, ohne es zu wissen, oder er bekommt sie verordnet. 1985 standen Beruhigungsmittel nach Verordnungshäufigkeit an dritter Stelle (6), die Renner sind Adumbran, Lexotanil, Valium. Jahresumsatz 30777200 Packungen / 235702600 DM. Der Verbrauch an Beruhigungsmitteln steigt von der Altersgruppe 20–29 Lbj.: 2,7% auf 40–54 Lbj.: 20,8%, 55–64 Lbj.: 21,4% und über 65 Lbj.: 47,2% aller Verordnungen. 70% aller Verordnungen entfallen auf weibliche Mitglieder.

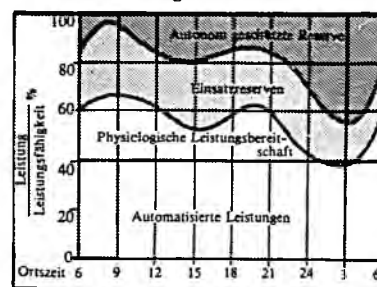
Oft werden die Beruhigungsmittel auch als *Schlafmittel* genommen. Je länger die Belastungen bestehen, um so tiefergreifender die Schädigung des Organismus. Untersucht man die Arbeitsunfähigkeitsstatistik der allgemeinen Ortskrankenkassen (7) für die Altersgruppe 45 und mehr Lbj., dann häufen sich Krebs, Herz-Kreislaufkrankheiten, Atemwegserkrankungen, Skelett-Knochen-Bindegewebs- und Gelenkerkrankungen. Oft beginnt die Häufung schon in der Gruppe 20–45 Lbj. Die gleichen Erkrankungen begründen auch die Erwerbsunfähigkeit. Bei der LVA Oberbayern (Arbeiterrentenversicherung) verschiebt sich der Altersgipfel für die Verrentung von der Gruppe 60–64 in der Zeit von 1981–1985 zur Gruppe 55–59 Lbj.

Für *Rheumamittel* betrug der Jahresumsatz 32533000 Packungen / 392603000 DM, immer mehr Versicherte nehmen solche Medikamente regelmäßig. „Dabei wird eine Gefahr übersehen: Die Linderung der Schmerzen und die Verringerung der Steifheit durch Rheumamittel kann leicht dazu führen, daß Gelenke stärker bean-

sprucht werden, als es ihr Gesundheitszustand erlaubt.“ (5)

Um die chronische Überforderung zu bewältigen, muß der Organismus Hormone freisetzen. Adrenalin und Noradrenalin fördern die Leistungsfähigkeit, setzen Energie (Zucker und Fette) im Blut frei. Gleichzeitig bewirkt Adrenalin aber „Unruhe, Angst und Schlaflosigkeit, Tremor (Zittern, d. Red.)“ (8). Ähnlich wirken eine Zigarette und ein Schnaps. Das Nikotin fördert die Freisetzung von Adrenalin, Zucker und Fetten. Alkohol wirkt je nach Menge anregend oder angstlösend, verdauungsfördernd und schmerzlindernd. Die chronische Fettstoffwechselstörung, Schlaflosigkeit und Anspannung fördern Herz-Kreislauferkrankung und Bluthochdruck.

Tagesperiodik der physiologischen Leistungsbereitschaft



Der Jahresumsatz *Blutdruckmittel*, *Herz-Kreislaufmedikamente* beträgt zusammen ca. 139 Mio. Packungen / 2,061 Mrd. DM.

Gerade für diese chronischen Erkrankungen hat die Schulmedizin das Konzept der „Risikofaktoren“ entwickelt. Dabei werden bestimmte Beschwerden oder Befunde mit der Krankheit gleichgesetzt. Wenn ein Arbeiter Bluthochdruck, erhöhte Blutfette, Übergewicht und Wirbelsäulenbeschwerden hat, wenn er dann noch raucht und gerne ein Bier trinkt, dann führt das zum Herzinfarkt, bzw. wenn er einen bekommt, dann liegt das an seinen Risikofaktoren, nicht an seinen Arbeits- und Lebensbedingungen. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB, Projektbereich Humanisierung der Arbeit, verfügt über umfassende Materialien und Untersuchungen, die solche Propaganda widerlegen.

Quellen: (1) Der niedergelassene Arzt, 22. April 1987, S. 10; (2) Deutsches Ärzteblatt, Nr. 19, 1987; (3) Zusammenstellung aus (2), Krankheit auf Rezept, Kiepenheuer & Witsch, Köln, 1984, Bittere Pillen, ebd., 1983; (4) Biologische Rhythmen und Arbeit, Springer, 1976; (5) falls nicht anders benannt sind die Zahlen aus: Bittere Pillen, S.3; (6) Deutsches Ärzteblatt 19, 1987, S. A-1306666; (7) Statistisches Jahrbuch der BRD, 1986 und LVA Oberbayern, Verwaltungsberichte 1981 und 1985; (8) Arzneimittelneben- und Wechselwirkungen, Stuttgart, 1981

Tabelle 1: Leistungsgruppen, Stuttgart 1977
Männer, 30 bis unter 70 Jahre, nach der Nationalität

Leistungsgruppe	Deutsche		Ausländer	
	Zahl	%	Zahl	%
I Einfache Beamte Einfache Angestellte Arbeiter (ungelernt und angelernt)	9 389	8,1	14 352	48,0
II Mittlere Beamte Mittlere Angestellte Handwerker/Facharbeiter	52 718	45,6	11 478	38,4
III Gehobene Beamte Gehobene Angestellte Handwerksmeister	21 390	18,5	1 163	3,9
IV Höhere Beamte Höhere Angestellte	13 356	11,6	827	2,8
V Höhere Beamte Höhere Angestellte	1 260	1,1	80	0,3
VI Selbständige Gewerbetreibende	6 942	6,0	1 061	3,5
VII Freie Akademiker Leitende Beamte Leitende Angestellte	2 672	2,3	114	0,4
IX Keine Angabe	7 888	6,8	820	2,7
Insgesamt	115 615	100,0	29 895	100,0

(IX in den berücksichtigten Altersgruppen vorwiegend Frührentner, aus: Sterblichkeit und Sozialschicht)

insgesamt ist direkt abhängig vom Einkommen. Bei ungelernter und angelernter Tätigkeit besteht im Alter zwischen 40 und 45 Jahren ein erhöhtes Sterberisiko, was sich in den entsprechenden Altersgruppen bei besser bezahlten Tätigkeit nicht findet, bei den Frührentnern findet sich ein entsprechendes Maximum in der Altersklasse von 50 bis 55 Jahren.

Die Autoren G. Neumann und A. Liedermann untersuchen weiter die Sterbefälle nach häufigen Todesursachen (Krebse, Herzinfarkt) und kommen auch hier zu dem Schluß, daß bei fast allen diesen Todesursachen für die untere soziale Schicht ein erhöhtes Sterberisiko besteht.

Sie ziehen den Schluß: „In der Bundesrepublik Deutschland gibt es nach wie vor ... ein von der Sozialschicht abhängiges Mortalitätsrisiko. Nach fast 100 Jahren Sozialversicherung muß dieses Resultat etwas deprimieren. Einige der hier analysierten Todesursachen – Lungenkrebs, Herzinfarkt, Leberzirrhose – hängen stark vom Verhalten ab. Berufliche Noxen (= Ursachen, d.Red.) treten demgegenüber an Bedeutung zurück.“ Sie vermuten, die erhöhte Sterblichkeit beruhe nicht auf einem tödlicheren Krankheitsverlauf (etwa wegen unzureichender medizinischer Techniken), sondern auf einem allgemein verschlechterten Gesundheitszustand. Sie empfehlen daher

vermehrte Gesundheitserziehung. Man umschiffet die Untersuchung, ob nicht schlechte Arbeit sowohl erhöhte Sterblichkeit als auch vermehrtes Rauchen etc. bedingt.

Konsumgewohnheiten und Arbeitsbelastung

In dem 1986 im VSA-Verlag, Hamburg, erschienen Buch von A. Oppolzer „Wenn Du arm bist, mußt Du früher sterben“ findet man in Kapitel 11 Hinweise darauf, wie sogenanntes gesundheitsschädliches Konsumverhalten durch Einkommen und Arbeitsbelastung bedingt wird. Der Autor zitiert eine britische Untersuchungen, nach denen der Prozentsatz der Raucher in den unteren Berufsgruppen mehr als doppelt so groß ist wie bei den oberen, die Aussagekraft ist allerdings durch ungenaue Abgrenzungen der Gruppen eher begrenzt. Ausführlicher sind die Darstellung zum Zusammenhang von

schäftigten, die unter ungünstigen Umgebungseinflüssen arbeiten müssen, ein überdurchschnittlicher Konsum von Nikotin und Alkohol festzustellen. Das sei als „reaktives Verhalten in Bezug auf überfordernde Streßbelastung und erhöhte Leistungsanforderung zu würdigen.“ Der ebenfalls erhöhte Medikamentenkonsum sei als Anzeichen für gesundheitliches Unwohlsein und Krankheit zu werten.

Ebenfalls überdurchschnittlichen Nikotin-, Alkohol- und Medikamentenkonsum kann man bei Akkordarbeitern, Schichtarbeitern sowie Frauen in Teilzeit feststellen. Der Autor zieht den Schluß:

„Diese Erkenntnisse über vorhandene Zusammenhänge zwischen Belastungsgrad und Belastungsart im Arbeitsprozeß auf der einen sowie Nikotin- und Alkoholkonsum auf der anderen Seite verweisen darauf, daß diese Anregungsmittel von den Betroffenen

Tabelle 11.3.: Nikotin-, Alkohol- und Medikamentenkonsum bei arbeitsfähigen Mitgliedern von Ortskrankenkassen nach Arbeitsbelastungen (Baden-Württemberg, 1969/70) (in v.H.)

Arbeitsbelastungen ¹	Betroffene		starker Nikotinkonsum		regelmäßiger Alkoholkonsum		Medikamenten-Konsum gelegentlich		regelmäßig	
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen	Männer	Frauen
	in v.H.		in v.H.		in v.H.		in v.H.		in v.H.	
Keine	32	64	29	5	29	4	49	56	16	23
Staub	10	10	35	6	38	4	54	55	20	28
Hitze	5	4	36	6	40	7	54	55	17	28
Kälte	3	2	42	10	41	5	55	53	18	33
Lärm/Erschütterungen	19	12	33	7	33	5	55	59	18	27
chem. Luftverunreinigung, Geruchsbelästigung	8	5	34	8	34	6	56	57	20	29
allg. Witterungseinflüsse/Arbeit im Freien	12	1	39	4	49	9	54	55	16	23
besonders unfallgefährdet	9	1	36	5	37	4	54	62	20	23
sonst. Erschwerungen	2	2	40	5	32	4	59	53	18	28

¹ nur das stärkste Erschwerungsmerkmal wurde erfaßt

Quelle: Modell einer allgemeinen Vorsorgeuntersuchung, Baden-Württemberg 1969/70.

Aus: Müller, Nikotin-, Alkohol- und Medikamentenkonsum, S. 101, 102 u. 104 (Tabellen 4, 5 und 6); eigene Zusammenstellung.

(aus A. Oppolzer, Wenn Du arm bist, mußt Du früher sterben)

Arbeitsbelastungen und Nikotin-, Alkohol- sowie Medikamentenverbrauch (siehe Tabelle).

Danach ist insbesondere bei Be-

zu Bewältigung besonderer Arbeiterschwernisse eingesetzt werden.“ Der Autor bemüht sich allerdings nicht um Aufklärung des genauen Mechanismus der Schädigung: Man könnte aus den zitierten Untersuchungen immer noch schlußfolgern, gewöhnt den Leuten das Rauchen und Saufen ab (für das man zwar angesichts ihrer Arbeits- und Lebensumstände Verständnis hat) und sie sind gleich um einiges gesünder. Vieles spricht aber dafür, daß die allgemeine Überanstrengung der Körperfunktionen die Gesundheit ruiniert, daß Alkohol- und Nikotin mehr eine Art Schmerzmittel für den gequälten Körper sind und ihre schädigende Funktion eher zusätzlich. Dann aber ist der Kampf gegen eine Arbeitshierarchie, die einen Teil der Lohnabhängigen in solch mörderische Arbeitsbedingungen zwingt, unumgänglich.

Tabelle 3: Sterblichkeit Stuttgart 1976 – Deutsche Männer, 30 bis unter 70 Jahre

Leistungsgruppe	Alter von ... bis unter ... Jahre							Sa.
	30-40	40-45	45-50	50-55	55-60	60-65	65-70	
	absolute Zahlen							
I	3	15	13	18	16	29	53	147
II	50	24	45	47	57	115	162	500
III	10	4	8	12	14	41	59	148
IV, V, VII	5	2	7	7	14	19	46	100
VI	1	5	3	4	8	20	32	73
IX	8	3	6	10	2	31	69	129
Sa.	77	53	82	98	111	255	421	1 097
	je 100 000							
I	152	1 060	817	1 341	1 615	2 358	4 163	1 498
II	295	284	598	827	1 235	1 981	3 103	922
III	126	157	335	552	732	1 663	2 787	687
IV, V, VII	78	44	349	383	931	1 148	2 719	582
VI	70	509	346	483	980	1 903	2 678	1 019
IX	346	454	790	1 437	294	2 551	3 861	1 590
Sa.	208	328	542	781	1 055	1 900	3 169	929

(zu den Leistungsgruppe siehe Tabelle 1, aus: Sterblichkeit und Sozialschicht)



Kohls Raketenbeschuß

Die Raketendebatte im Bundestag am 4.6. hat einige beunruhigende Ergebnisse gezeigt. Daß die SPD den Regierungspositionen weitgehend zustimmen würde, war zu erwarten gewesen, nachdem schon vor Wochen ihre Sprecher zu erkennen gegeben hatten, daß sie auch jeden Hauch von Widerstand gegen den NATO-Doppelbeschuß auf-

geben würden. Wie aber konnte die SPD das Kunststück fertigbringen, der Regierung wohlwollende Worte zu spenden und gleichzeitig Stimmen der Grünen für ihren Antrag zu finden? Jetzt spricht SPD-Vogel vor der Demonstration der Friedensbewegung. Gelingt dem Regierungslager und der SPD eine Festigung nationalistischer Positionen bis weit in die Opposition gegen die Raketen hinein?

Japan: Die Politik der KP gegen den japanischen Imperialismus

Hierzulande nahezu unbekannt hat die KPJ in den letzten Jahren bei den Wahlen immer ca. 10 Prozent der Stimmen erhalten und ist weltweit eine der mitgliederstärksten Kommunistischen Parteien. Im Kampf gegen die Remilitarisierung Japans und gegen die US-Stützpunkte auf japanischem Boden ist sie die führende Kraft. Allerdings ist es den japanischen Imperialisten schon in den 50er Jahren gelungen, die KP von den anderen Linksparteien weitgehend zu isolieren. In der Auseinandersetzung zwischen der KPdSu und der KPCh Anfang der 60er Jahre hatte die KPJ zunächst die Position der KPCh unterstützt, um später allerdings einen eigenständigen Kurs zu verfolgen.



Faschisten in S.-H.

Zu den Landtagswahlen 1967 kandidierte die NPD in Schleswig-Holstein als erste faschistische Organisation nach dem 2. Weltkrieg und kam für eine Legislaturperiode in den Landtag. Im Vorfeld der Landtagswahlen, die am 13.9.1987 stattfinden, formieren sich rechts von der CDU mehrere Organisationen, die programmatisch

ein Spektrum von „stramm rechts“ bis „offen faschistisch“ abdecken. Die Kandidaturen sind noch nicht entschieden. Unabhängig davon sammeln sie aber Kräfte und können dabei durchaus auf die Unterstützung durch den Staatsapparat rechnen, wie in Kellinghusen, wo eine Versammlung der FAP durch massives Polizeiaufgebot und eine Polizeieskorte ermöglicht wurde.

Türkei vor dem Beitritt in die EG

Vor wenigen Wochen hat die türkische Regierung einen förmlichen Antrag auf Mitgliedschaft in der EG gestellt. Ein Genosse der türkischen Organisation „Kurtulus Yolu“ berichtet über die Hintergründe des türkischen Antrags: „Eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der EG würde die schon vorhandene Reserve an billigen Arbeitskräften vergrößern ... Weiterhin hätte der EG-Beitritt der Türkei eine Erweiterung des gemeinsamen Marktes zur Folge, d.h. im wesentlichen eine Verbesserung der Absatzmöglichkeiten für das EG-Kapital. Darüberhinaus benötigt die EG die Zwischenhändlerfunktion der Türkei zwischen Europa und dem Orient.“



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten
– erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte erscheinen vierzehntäglich, Preis pro Heft:

- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM

Herausgeber

Bundesvorstand des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7

Tel. 0221/21 64 42

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5 Köln 1, Zulpicher Straße 7

Tel. 0221/21 16 58

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich:

Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie –

Nachrichten Stahl- und Metallindustrie. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik – Nachrichten, Analysen, Mitteilungen. 1,20 DM

Mitteilungen der Arbeitsgemeinschaft Medien in der Volksfront 0,50 DM

Arbeitsgemeinschaft Jugend, Militär, Gefängnisse – Nachrichten Jugend, Militär, Gefängnisse. 1,20 DM

Arbeitsgemeinschaft gegen reaktionäre Gesundheitspolitik – Informationsdienst Gesundheitspolitik. 1,20 DM

Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen: Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 45,50 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 91,- DM. Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7

GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg

Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin

Helmstr. 8, 1000 Westberlin 62

GNN Verlag Niedersachsen/Bremen

Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover 1

BWK Nordrhein-Westfalen

Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg

Waldparkstr. 9, 6800 Mannheim 1

GNN Verlagsgesellschaft Bayern

Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Comides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider. 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 64 42

GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln, Zulpicher Straße 7, Telefon 0221/21 16 58 Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Siegmund Eligehausen, Wolfgang Müller, für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen, für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux, für Sozialstatistik Spezialberichte: Alfred Küstler Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei. Vierteljährlich: Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD(A), FAU-R, KG(NHT), PA, VSP